**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**
18. Wahlperiode

Plenarprotokoll 18/86
29. 08. 07

86. Sitzung

Mittwoch, 29. August 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten **4565 A**

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** **4565 A**

Aktuelle Stunde **4565 A**

Fraktion der CDU:

Klimaschutzkonzept setzt Maßstäbe für die Zukunft

Hartmut Engels CDU 4565 B
Dr. Monika Schaal SPD 4566 A, 4574 B
4576 A
Christian Maaß GAL 4567 A, 4572 C
Rüdiger Kruse CDU 4567 D, 4573 B
Gesine Dräger SPD 4568 D, 4572 A
4578 B
Jens Kerstan GAL 4569 D
Axel Gedaschko, Senator 4570 C
Jörg Lühmann GAL 4575 A
Claudius Lieven GAL 4576 C
Klaus-Peter Hesse CDU 4577 B

Fraktion der SPD:

Schulsenatorin stellt sich ins Abseits: Kein Interesse an Lehrerstellen und der Situation an Hamburgs Schulen!

Fraktion der GAL:

Anschluss der HafenCity versenkt : Die U 4 und andere kapitale Fehler

(Fortführung am 30.08.07)

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
– Drs. 18/6690 – 4578 C

Ergebnis 4588 B

Senatsantrag:

Wahl der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts
– Drs. 18/6735 – 4579 A

Ergebnis 4579 B

Antrag der Fraktion der CDU:

Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid am 14. Oktober 2007: Hände weg von der Verfassung
– Drs. 18/6826 – 4579 D

mit

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid "Hamburg stärkt den Volksentscheid"
– Drs. 18/6827 – 4579 D

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Volksentscheid am 14. Oktober 2007: Jeder Briefkasten ist ein Wahllokal!
– Drs. 18/6855 – 4579 D

Kai Voet van Vormizeele CDU 4579 D

Barbara Duden SPD 4581 D

Farid Müller GAL 4583 A

Dr. Manfred Jäger CDU 4585 B

Dr. Andreas Dressel SPD 4586 A

Dr. Willfried Maier GAL 4587 B

Beschlüsse 4588 B

Senatsmitteilung:

Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – hier: Vorlage des Kinder- und Jugendberichtes (§ 27)
– Drs. 18/6573 – 4588 C

Dr. Andrea Hilgers SPD 4588 C

Stefanie Strasburger CDU 4589 D

Christiane Blömeke GAL 4590 C, 4595 A

Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin 4592 A

Carola Veit SPD 4593 C

Beschluss 4593 C

Antrag der Fraktion der CDU:

Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" hier: Maßnahmen aufgrund der Novellierung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Gesetzes zur Datenverarbeitung der Polizei
– Drs. 18/6773 – 4595 C

Dr. Manfred Jäger CDU 4595 D

Dr. Andreas Dressel SPD 4596 B

Antje Möller GAL 4596 D

Beschluss 4597 B

Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße" insbesondere durch PUA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen, Abgeordnete, Abgeordneten- oder Fraktionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen an den Senat (einschließlich Behörden und Landesbetrieben) und des weiteren Umgangs hiermit im Senat und den Fachbehörden und Landesbetrieben sowie an Dritte
– Drs. 18/6800 – 4597 B

Harald Krüger CDU 4597 C

Dr. Andreas Dressel SPD 4600 A

Dr. Till Steffen GAL 4602 B, 4607 C

Dittmar Lemke CDU 4604 C

Wolfgang Marx SPD 4606 B

Beschluss 4608 B

Gemeinsamer Bericht des Wissenschaftsausschusses und des Schulausschusses:

Reform der Lehrerausbildung in Hamburg (Senatsmitteilung) Reform der Lehrerbildung (Selbstbefassung gemäß § 53 Abs. 2 GO)
– Drs. 18/6648 – 4608 B

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

Reform der Lehrerbildung
– Drs. 18/6806 – 4608 C

und

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Reform der Lehrerausbildung
– Drs. 18/6865 – 4608 C

Marino Freistedt CDU 4608 C

Gerhard Lein SPD 4609 D

Christa Goetsch GAL 4610 D

Jörg Dräger, Senator 4611 B

Beschlüsse 4611 B

Kenntnisnahme 4612 B

Antrag der Fraktion der SPD:

Barrierefreier Umbau von U- und S-Bahn-Haltestellen
– Drs. 18/6724 – 4612 B

Jan Quast SPD 4612 C

Niels Böttcher CDU 4613 B

Jörg Lühmann GAL 4613 D, 4614 A

Klaus-Peter Hesse CDU 4614 A, 4615 A

Dirk Kienscherf SPD 4614 C, 4615 A

Beschlüsse 4615 A

Antrag der Fraktion der GAL:

Das Wissen über Hamburgs Bausubstanz verbreiten: Einrichtung einer Denkmaldatenbank
– Drs. 18/6778 – 4615 B

Dr. Willfried Maier GAL 4615 B

Dietrich Rusche CDU 4616 A

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD 4616 B

Beschluss 4616 D

A

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Ich beginne zunächst mit den Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen heute an unsere Kollegin, Frau Prof. Dr. Barbara Brüning.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Professor Brüning, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das jetzt neu angebrochene Lebensjahr. Ich sehe, Sie haben schon reichhaltige Geschenke erhalten.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Danke schön!)

Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass zu TOP 64 unserer Tagesordnung die Antrag stellende Fraktion ihren Antrag aus der Drucksache 18/6776 zurückgezogen hat.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Klimaschutzkonzept setzt Maßstäbe für die Zukunft

(Unruhe im Hause)

– Meine Damen und Herren, es kann ja sein, dass Sie die Themen alle schon kennen. Aber wir haben auch
B noch Zuhörer in diesem Hause.

von der SPD-Fraktion

Schulsenatorin stellt sich ins Abseits – kein Interesse an Lehrerstellen und der Situation an Hamburgs Schulen

und von der GAL-Fraktion

Anschluss der HafenCity versenkt – Die U 4 und andere kapitale Fehler

Ich rufe das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Engels bekommt es.

Hartmut Engels CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat das Konzept des Senats zum Klimaschutz heute als Thema angemeldet unter der Überschrift "Hamburg setzt in diesem Punkt Maßstäbe". Dies ist in der Tat wahr und richtig.

(Beifall bei der CDU)

Dies zeigt nicht nur die mediale Reaktion hier in Hamburg, sondern auch bundesweit. So mancher Bürgermeister verschiedener Großstädte in Deutschland wäre froh – und hat auch schon nachgefragt –, dieses Klimakonzept des Hamburger Senats ebenfalls zu haben und in seiner Stadt umsetzen zu können. Hamburg ist Vorreiter im Klimaschutz geworden

(Beifall bei *Hans-Detlef Roock CDU*)

dank der Aktivität des Senats, ich füge hinzu, auch dank der Aktivität der Opposition – zumindest in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU) C

Dass allerdings die Erstellung eines so großen Klimakonzeptes auch seine Zeit braucht, ist wohl verständlich – um der Kritik, die möglicherweise an dem zeitlichen Ablauf geübt wird, vorweg entgegenzutreten.

Aber es ist eine großartige Leistung von unglaublich vielen Mitarbeitern in allen Behörden. Zu dieser Zusammenarbeit und dazu, dass dieser Senat diese Zusammenarbeit ausgelöst hat, kann ich nur gratulieren und den vielen Mitarbeitern herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es natürlich auch Vorwürfe. Ein Vorwurf ist der Begriff des Sammelsuriums. Ich stelle als Erstes einmal die Frage: Angenommen, der Senat hätte auch nur einen der 170 Punkte weggelassen, ich möchte nicht wissen, wie sehr das bei der Opposition auf Kritik gestoßen wäre.

Zweitens: Sie wissen sehr genau, dass die Frage des Klimaschutzes einerseits eine globale Aufgabe ist aber andererseits auch eines Zusammenspiels unglaublich vieler Faktoren bedarf. Es ist vernünftig und richtig, dass der Senat in diesem Sinne weitgehend alle Möglichkeiten aufgegriffen hat. Klimaschutz fängt beim kleinsten Punkt an und landet natürlich bei den großen Punkten, auch bei der Energieversorgung. Ich komme noch darauf zurück.

Es ist schlicht und ergreifend vernünftig, alle Punkte und möglichst fast alle Punkte – der eine oder andere wird vielleicht noch fehlen – hier genannt zu haben, um einfach deutlich zu machen, dass es sich um ein übergreifendes und umfassendes Konzept handelt, nicht nur mit
D dem Stichwort "Globalisierung", sondern auch in der Frage der Einzelmaßnahmen. Insofern liegt hier ein Konzept vor, das in sich stimmig ist. Die Stimmigkeit dieses Konzepts ist auch verankert in der Mitarbeit und in der weiteren und künftigen Zusammenarbeit des gewiss nicht CDU-nahen Instituts in Wuppertal. Dieses Institut hat bestätigt, dass es sich hierbei, was die Zahlen betrifft, um ein realistisches Konzept handelt. Die Gesamtzahlen beziffern etwa 2 Millionen Tonnen Kohlendioxidersparnis. Die Einzelzahlen, die vom Institut überprüft worden sind, beziehen sich allerdings auf 500.000 Tonnen. Aber die anderen Angaben sind ebenfalls sinnvoll und vernünftig.

Der Senat hat hiermit nicht nur für Hamburg, sondern auch für die gesamte Bundesrepublik Deutschland ein Ziel gesetzt, das eine Beachtung gefunden hat, die kaum ein Klimaschutzprogramm in einer anderen Stadt Deutschlands gefunden hat. Wir können nur noch einmal sagen, dass wir dem Senat zu diesem Programm herzlich gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Es stellt einen Meilenstein in der Frage des Klimaschutzkonzeptes dar – nicht nur für Hamburg, sondern über Hamburg hinaus.

Nun zu den verschiedenen Kritikpunkten, die dazu aufgetaucht sind, insbesondere noch einmal zum Kritikpunkt "Energie". Natürlich ist die Energie einer der größten Belastungsfaktoren für die Umwelt, insbesondere was das Gas CO_2 betrifft. Auf der anderen Seite vermisse ich bei jeder Opposition, sowohl hier im Hause als auch außerhalb, eine ernsthafte Diskussion des tiefen Konflikts, in dem wir uns befinden. Einerseits befürworten wir auch den Atomenergieausstieg – selbstverständlich. Was

Sie machen, ist ja in grober Annäherung auch das, was wir machen wollen.

(Glocke)

– Letzter Satz, gleich.

Auf der anderen Seite: Zu sagen, wie die Alternative lautet, nämlich Kohle, das tun Sie nicht.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter …

Hartmut Engels (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Nein. Ich wollte nur darauf hinweisen: Nicht der letzte Satz gleich, sondern bereits jetzt. Sie sind nämlich schon über der Zeit.

Hartmut Engels (fortfahrend): Dann habe ich den letzten Satz gesagt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, eigentlich hätte ich als ersten Redner den Bürgermeister erwartet. Denn es ist ja offensichtlich sein Klimakonzept. Er hat mit dem Klimakonzept in der Hansestadt Maßstäbe gesetzt, hat Herr Engels gesagt. Aber wir finden, die Latte hängt nicht besonders hoch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Denn der Bürgermeister entwertet sein Klimakonzept mit seiner verfehlten Energiepolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hier knüpfe ich genau an das an, was Herr Engels gesagt hat. Denn Energiepolitik und Klimapolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wenn eine Seite der Medaille falsch ist, dann ist das Ganze ein falscher Fuffziger.

Solange der Bürgermeister an dem Bau des überdimensionierten Kohlekraftwerks in Moorburg festhält, sind alle noch so zahlreichen Klimaschutzmaßnahmen aus dem Konzept für die Katz. Denn 8 Millionen Tonnen CO_2 bläst Moorburg in einem Jahr in die Luft. Das ist viermal so viel wie Hamburg bis 2012 einsparen will. Da helfen keine autofreien Sonntage und Solardächer, Herr Bürgermeister. Selbst die Anstrengungen der Industrie zum CO_2-Einsparen können die CO_2-Emissionen von Moorburg nicht kompensieren.

Herr Bürgermeister, sorgen Sie dafür, dass der Bau dieses Kraftwerks in Hamburg unterbleibt, sonst bleibt nicht nur der Klimaschutz auf der Strecke, sondern auch Ihre Glaubwürdigkeit. Daran ändern auch neue Dienstwagen nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es war ein schwerer Fehler, Vattenfall zu ermuntern, das Kraftwerk in Moorburg doppelt so groß zu bauen wie ursprünglich geplant.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die SPD-Fraktion, um gleich auf Ihre Einwürfe zurückzukommen, Herr Engels, würde viel lieber das alte Heizkraftwerk in Wedel durch ein modernes hocheffizientes Gaskraftwerk in einer geringeren Größenordnung ersetzen. Gas erzeugt halb so viel CO_2 wie Kohle und bei Kraft-Wärme-Kopplung erreicht man einen Wirkungsgrad von nahezu 90 Prozent, was Sie mit dem Kohlekraftwerk längst nicht erreichen.

Ein weiterer Punkt zum Thema "Latte hoch hängen": Die Bundesregierung hat in Meseberg beschlossen, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf bis zu 30 Prozent und bei der Wärme auf 14 Prozent zu steigern. Dem Bürgermeister reicht es allerdings, den Anteil der erneuerbaren Energien über alles bis 2025 auf nur 20 Prozent auszubauen. Damit, Herr Bürgermeister, machen Sie Hamburg nicht zum Vorreiter, sondern wir werden eher Nachhut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenig überzeugend ist es auch, dass der Bürgermeister plötzlich herkommt und 100 Prozent Ökostrom für Hamburg kaufen will. Dabei wurde doch gerade ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, der nur 25 Prozent Ökostrom vorsieht. Der Kauf zusätzlicher Zertifikate für Ökostrom wäre wohl eher ein Fall für den Rechnungshof als ein Schub für das Klima, wenn der bereits geschlossene Vertrag weiterlaufen muss. Diese Aktion belegt, wie kurzatmig das Konzept ist. Wer wirklich mehr Ökostrom aus erneuerbaren Energien haben will, kann nicht gleichzeitig die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken fordern, wie der Bürgermeister das tut.

Wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke fordert, will in Wahrheit die erneuerbaren Energien aus dem Markt herausdrängen und so lästige Konkurrenz für den Platzhirsch vom Markt fernhalten. Wer das unterstützt, macht sich in Sachen Klimaschutz unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es ist doch völlig unverständlich, dass nach den Bränden in Brunsbüttel und Krümmel und bei den Mängeln, die jeden Tag dort in den Kraftwerken entdeckt werden, jetzt noch jemand für die Verlängerung der Laufzeiten dieser Anlagen plädiert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zurzeit – damit Sie das dann auch wissen – sind nicht nur Brunsbüttel und Krümmel abgeschaltet, sondern drei weitere große Atomkraftwerke in Deutschland und wir sitzen nicht im Dunkeln, wie man sieht. Das zeigt schon, dass wir diese Reaktoren gar nicht mehr brauchen.

Die SPD bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie. Wir setzen auf die Energiewende, wir setzen auf erneuerbare Energien und verstärkte Energieeffizienz. Gas ist für uns eine Brückentechnologie. Die CDU setzt dagegen weiter auf überholte Technologien und blockiert damit den Klimaschutz und die Energiewende. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schaal, Herr Engels, Sie sprachen anfangs von Maßstäben, die gesetzt werden. Um es einmal klarzustellen: Wenn hier einer Maßstäbe setzt, dann allenfalls ich.

(Beifall bei der GAL)

Man hatte die letzten Jahre eigentlich nicht mehr zu hoffen gewagt, dass die CDU tatsächlich noch auf den fahrenden Zug der Klimadebatte aufspringt. Jetzt ist es tatsächlich passiert. Sie wollen mitmischen. Das ist erst einmal ein Fortschritt. Vor 20 Jahren, als die Klimaforschung das Thema in Gang gebracht und wir es in die Parlamente gebracht haben, haben Sie noch gesagt, das sei ein Geisterzug und allenfalls etwas für Spinner. Dann haben Sie sich wenigstens auf die Existenz dieses Zuges eingelassen und sich erst einmal als Bremser betätigt. Jetzt sind Sie immerhin auf dem Trittbrett dieses Zuges gelandet. Das ist doch auch schon einmal etwas.

(Beifall bei der GAL – *Michael Neumann SPD*: Schwarzfahrer!)

Aber bei aller Euphorie über das Klimaschutzkonzept, die Sie hier an den Tag legen, sollten Sie eben eins nicht vergessen. Die Leute vergessen es auch nicht. Wir wären heute in Hamburg und in Deutschland weiter, wenn die CDU beispielsweise im Bund und auch hier in Hamburg nicht über Jahre die erneuerbaren Energien als überzogene Subventionsempfänger diskriminiert hätte, wenn Sie den Betrag für Klimaschutz im letzten Etat nicht massiv gekürzt hätten, wenn Sie die Umweltbehörde und damit die Strukturen für den Klimaschutz nicht zerschlagen hätten, wenn Sie den Bau von Fahrradwegen nicht immer nur für eine grüne, verrückte Idee gehalten hätten, genauso wie das Fördern des Zu-Fuß-Gehens.

(*Ingo Egloff SPD*: Die sind rot heutzutage!)

Wir wären auch deutlich weiter, wenn Sie zum Antritt Ihrer Regierung nicht die Entscheidung für eine neue Stadtbahn gekippt hätten. Dann hätten wir heute jeden Tag Tausende Autofahrten weniger. Wir hätten jedes Jahr Zehntausende Tonnen CO_2 weniger. Wir wären heute deutlich weiter, wenn Sie mit Klimaschutz früher angefangen hätten, als Sie es getan haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Barbara Ahrons CDU*: Setzen Sie sich doch einmal mit dem Konzept auseinander, Herr Maaß!)

Deswegen sage ich: Wer über so viele Jahre mit seiner Politik konsequent den Klimaschutz bekämpft hat, der sollte einfach den Mund nicht zu voll nehmen. Jetzt geht es doch für Sie darum, dass Sie den Anspruch, den Sie hier formuliert haben, tatsächlich erst einmal einlösen. Ich will anhand von zwei Punkten einmal untersuchen, ob Sie das denn bei den wichtigsten Themen wirklich tun.

Beim Punkt Stromerzeugung möchte ich gerne darauf eingehen und auch beim Punkt Verkehr. Das Stichwort "Kohlekraftwerke" ist gefallen. Das ist vielleicht der Schlüsselbereich beim Klimaschutz in den nächsten Jahren, weil hier ein gewaltiger Umbruch ansteht, der jetzt machbar ist. Wenn es uns hierbei nicht gelingt, von den alten Technologien wegzukommen, die uns doch in dieses Problem erst massiv hineingebracht haben, vor dem wir jetzt stehen, wenn es uns nicht gelingt, hierbei wirklich noch viel stärker alternative Pfade in Richtung erneuerbare Energien, in Richtung Energieeffizienz, in Richtung Aufbau eines dezentralen Energienetzes zu begehen, dann können wir beim Klimaschutz schlicht einpacken. Deswegen, weil das auch in Ihrer Partei einige erkannt haben, die aus meiner Sicht zurecht die Meinungsführerschaft bei Ihnen in Anspruch nehmen können, wie beispielsweise der Fraktionsvorsitzende im Baden-Württembergischen Landtag, Herr Mappus, der offensiv gesagt hat, er fordere ein Verbot von neuen Kohlekraftwerken, frage ich: Wie sieht eigentlich Ihre Meinung dazu aus, Herr Bürgermeister? Das ist eine Frage, die ich heute an Sie formulieren will.

Wir haben doch noch nach Ihrem cineastischen Erweckungserlebnis, das Sie Ende letzten Jahres offenbar gehabt haben, noch von Ihnen gehört, dass Sie den Bau des Kohlekraftwerks begrüßen. Das war Ihre Aussage im Mai 2007, dass Sie davon ausgingen, dass das Genehmigungsverfahren problemlos über die Bühne gehe und dass Sie es unterstützten. Seitdem Sie jetzt richtig Gegenwind bekommen haben, nicht nur von uns, sondern auch aus der Bevölkerung, höre ich von Ihnen nur ein Drucksen. Von Herrn Mappus höre ich klare Worte. Ich fordere Sie deswegen auf: Nehmen Sie sich auch einmal ein Beispiel an dem, was Ihre Fraktion heute gemacht hat. Die haben so einen hübschen kleinen Stecker hier hingelegt. Schalten Sie dem Kraftwerk Moorburg diesen roten Stecker von "1" auf "0" und machen Sie eine klare politische Aussage, dass das nicht die Energieversorgung der Zukunft für Hamburg ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Traumtänzer!)

Klare Ansagen brauchen wir auch beim Thema Verkehr. Denn hier wird es teilweise wirklich skurril beim Klimaschutzkonzept des Senats. Seit einigen Jahren gibt es relativ stabile Umfragemehrheiten für ein Tempolimit auf Bundesautobahnen. Mit dieser Maßnahme würde der deutsche CO_2-Ausstoß auf einen Schlag um etwa 3 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr sinken. Das ist mehr, als der Senat mit seinem Klimaschutzkonzept in den nächsten fünf Jahren einspielen will.

Jetzt zitiere ich einmal als letzten Satz,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Dann melden Sie einmal Ihr Auto ab, Herr Maaß!)

wie der Senat die Meinungsführerschaft in diesen Punkt hier hineinbringen will. Zitat:

"Der Senat steht einem Tempolimit auf Bundesautobahnen aus Klimaschutzgründen grundsätzlich positiv gegenüber und würde eine Gesetzesinitiative anderer Bundesländer konstruktiv begleiten."

Andere sollen sich die Hände schmutzig machen. Sie sollten hier einmal richtig in den Nahkampf gehen und eine solche Klimaschutzmaßnahme endlich vertreten, Herr von Beust.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist eine spannende Debatte, die ja interessanterweise erst so um den Jahreswechsel an Fahrt gewonnen hat. Da muss man natürlich sagen: Klimaschutz und auch das ganze Thema Treibhauseffekt ist

unter denen, die sich damit beschäftigt haben, Herr Maaß, Sie gehören natürlich dazu, nicht neu. Es war auch 2001 nicht neu, als wir neu in die Regierung kamen. Aber politisches Schwergewicht ist diese Debatte erst jetzt geworden. So ist es.

Nun muss man natürlich sagen: Es ist ganz interessant, wie jetzt reagiert wird. Die SPD hat auf die Schnelle zwölf Thesen zusammengehauen.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Na, na, na. Sie wissen es nicht!)

So wie das meistens bei Marketing ist, hat man gesagt, es müssten zwölf sein. Dann hat man auch irgendetwas gefunden. Ich hoffe, Sie finden auch eine Tür, an die Sie sie nageln können.

(*Wilfried Buss SPD*: Haben Sie noch von etwas anderem Ahnung?)

Schwergewichtig sind diese zwölf Thesen nicht und das wundert einen, wo Sie ja immerhin – Sie sind ja nicht überall nicht an der Regierung – einen Bundesumweltminister haben, der Ihnen ein bisschen Schützenhilfe hätte geben können. Da ist wohl nicht viel gekommen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das ist eine Frechheit, aber wirklich!)

Dann schaue ich mir an, wie denn die GAL auf unsere 170 Punkte reagiert. Die GAL hat sich gesagt: Dann machen wir gar kein Programm.

(Zurufe von der GAL)

– Entschuldigen Sie, haben Sie ein Programm mit Zahlen?

(*Christian Maaß GAL*: Wir sind Programm, Herr Kruse!)

– Genau. Wir sind Programm. Sie sind das Maß aller Dinge. Das haben wir ja schon gehört.

(Zurufe von der GAL)

Nur, glauben Sie im Ernst, dass diese Nummer, die wir aus der Schweiz kennen, wenn es um Hustenbonbons geht, punktet, wenn man sich hinstellt und immer fragt: "Wer hat's erfunden?"

(Beifall bei der CDU)

Ich will mich gar nicht mit Ihnen streiten, wer das nun erfunden hat, weil das tatsächlich Geschichte ist.

(Zurufe von der GAL)

Die entscheidende Frage ist, wer heute handelt.

(*Martina Gregersen GAL*: Sie schneiden schlecht ab!)

Die Handlungshoheit haben wir. Warum haben wir sie? – Weil wir uns nicht mit zwölf Thesen begnügt haben, sondern weil wir ein ganzheitliches Konzept mit 170 Einzelmaßnahmen aufgestellt haben. Auch die haben wir nicht einfach so gemacht, sondern wir haben sie vom Wuppertal Institut evaluieren lassen. Daran können Sie gar nicht rütteln. Das ist etwas: Eine Regierung, die sich Maßstäbe dafür gibt, die sich kontrollieren lässt und sagt, wann es ein Erfolg ist. Das ist hervorragende Klimapolitik.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kann man sich in der öffentlichen Debatte natürlich fragen: Warum macht Hamburg das? Egal, wie sehr wir uns bemühen, selbst, wenn wir innerhalb von fünf Jahren 80 Prozent heruntergehen, ist das weltweit natürlich nur ein weißes Rauschen. Es würde wenig bewirken. Warum soll Hamburg diese Anstrengung unternehmen? Dafür gibt es einen ganz klaren Grund – weil Hamburg als Metropole die Möglichkeit hat, eine Vorbildfunktion zu übernehmen, weil weltweit Metropolen das Schicksal dieser Welt bestimmen und weil in Metropolen der Austausch der Menschen und die Kommunikation und das Entstehen neuer Programme stattfinden.

Wenn Menschen in eine Stadt wie Hamburg kommen, die für viele aus unterschiedlichsten Gründen ein Reiseziel ist, weil diese Stadt von Natur aus eine liebenswerte Stadt ist, und dann Dinge kopieren, die sie bei uns sehen, wenn sie Lösungen, die wir anbringen, mitnehmen und bei sich installieren, dann ist das ein Zündfunke, der überspringt und tatsächlich weltweit etwas bringt. Darum ist es das wert, dass wir als Industrie- und Hafenstadt diesen Weg gehen und dass wir zeigen, dass es möglich ist, die weltweit notwendigen und ehrgeizigen Ziele zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Darum bin ich sehr dankbar, dass der Bürgermeister sich selber an die Spitze gesetzt und gesagt hat: Das ist Chefsache, das ist ein Thema, das wir bewegen müssen,

(*Wilfried Buss SPD*: Mit Euch wäre das doch nichts geworden!)

wo wir auch in den nächsten fünf Jahren alle anderen mitnehmen müssen.

Es gibt ganz tolle Sachen mit Zahlen wie 2050, Entschuldigung. Das ist doch ein bisschen irrational. Wir haben ein Programm für fünf Jahre aufgestellt. Wir haben konkrete Eckdaten genannt und wir haben auch alle mitgenommen und sagen ganz klar: Es funktioniert nur, wenn nicht nur der Staat seine Arbeit macht. Aber wir haben es bei dem beliebten Thema Freiwilligkeit nicht dabei belassen, mit irgendwelchen Dachverbänden zu sprechen, sondern wir nehmen die einzelnen Unternehmen in die Pflicht. Da muss man natürlich auch feststellen, was denn besser wirkt, wenn ein per se wirtschaftsfreundlicher Senat zur Industrie kommt und sagt: "Bitte, kommt und leistet Euren Beitrag!" Wo ist denn jemand eher bereit, als wenn aus einer Ecke, wo man nur Drangsalierung gewöhnt ist, die kommen und sagen: "Wir haben da noch einmal ein paar neue Gesetzideen."

Insofern ist natürlich für den Geist dieser Stadt diese Kombination genau die richtige. Deswegen bin ich dem Senat und all den Mitarbeitern dankbar, die behördenübergreifend – auch dies gibt uns recht, dass es richtig war, diese neue Behördenstruktur zu ergreifen – dieses Programm in so kurzer Zeit gemacht haben, was meines Erachtens europaweit Spitze ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Weltweit, intergalaktisch!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, interessanterweise haben Sie nicht ein Wort zu Moorburg gesagt.

(*Petra Brinkmann SPD*: Was soll er denn dazu sagen?)

Sie haben nicht ein Wort zu dem Projekt des Senats und dem Projekt eines Unternehmens hier in Hamburg gesagt, das nicht geeignet ist, zum Klimaschutz auch nur das Geringste beizutragen, sondern das im Gegenteil in einem Jahr so viel CO_2 in die Luft wirft, wie Sie mit dem ganzen Konzept einsparen möchten. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Ich kann das verstehen. Sie haben nämlich in den letzten Wochen feststellen müssen, dass diese absolute Fehlentscheidung des Senats – der Senat hat eine wesentliche Rolle dabei gespielt – auch medial langsam zu dem Fiasko wird, die es wirklich für diese Stadt ist. Es ist ein Fiasko. Dass Sie das hier aussparen, sagt sehr viel darüber aus, wie ernst Sie es mit dem Klimaschutz meinen, nämlich überhaupt nicht ernst.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie jetzt sagen, die Klimaschutzdebatte hätte erst seit Anfang des Jahres an Fahrt gewonnen: Gut, Anfang des Jahres ist der Zeitpunkt, an dem sowohl GAL als auch SPD Anträge in die Bürgerschaft eingebracht haben. Das waren aber nicht die ersten Anträge und es sind auch nicht die ersten Anträge, denen Sie nicht zugestimmt haben, wie Sie auch im Ausschuss, weil ja der Senat irgendwann kommt und es schlecht aussieht, wenn die Bürgerschaft schon darüber debattiert, bevor der Senat vorgelegt hat, auf den Wunsch Ihrer Fraktion auch noch nicht diskutiert worden sind.

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden und wenn Ihr Gedächtnis nicht so kurz wäre, zu schauen, wie viele Bemühungen es seitens beider Oppositionsfraktionen in der Vergangenheit gegeben hat, das hier zum Thema zu machen, und wie das immer wieder in Anträgen in den Haushaltsberatungen von Ihrer Fraktion abgebügelt worden ist, dann würden Sie vielleicht den Mund nicht so voll nehmen und jetzt behaupten, dass seien alles Ihre Ideen. Wenn die SPD jetzt mit einer Erweiterung ihrer bisherigen Vorschläge kommt, dann brauchen Sie wirklich nicht zu glauben, wir hätten uns das innerhalb weniger Stunden ausgedacht. Sondern das ist sehr fundiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und wenn wir nicht wie Sie unser Konzept dadurch aufblähen, dass wir auch die ganzen bundespolitischen Maßnahmen mit hineinschreiben, wie Sie uns das ja eben vorgeschlagen haben, dann, glaube ich, ist das eher ein Stück hamburgische Ehrlichkeit und nicht die Selbstüberschätzung, die Sie betreiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben etwas gesagt zum Zündfunken. Ich will etwas sagen zur Zündgeschwindigkeit, die bei diesem Senatskonzept angelegt ist. Das möchte ich an einem Beispiel deutlich machen. Sie reden in dem Konzept unter anderem – das interessiert mich als Wirtschaftspolitikerin besonders – von der Clusterpolitik des Senats im Bereich Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologie. Das ist ein ganz gutes Beispiel für die Geschwindigkeit, mit der der Senat Klimathemen in dieser Stadt voranbringt. 2004 gab es die ersten Ankündigungen – also jetzt vor gut drei Jahren –, es gebe dort irgendwann einmal ein Cluster und eine Initiative. Jetzt – drei Jahre später – lesen wir in dem Konzept, man würde jetzt überlegen, wie man dazu ein geeignetes Clustermanagement hinbekommt. Nach drei Jahren sagen Sie, dass Sie jetzt der Universität den Auftrag gäben, zu beschreiben, wie man denn so etwas überhaupt managt. Das ist doch der reine Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch der reine Hohn. Hier in der Bürgerschaft ist der Antrag der GAL-Fraktion, man möge doch einmal über diesen tollen Cluster berichten, damals abgelehnt worden. Na, man weiß, warum der abgelehnt worden ist – weil da nämlich nichts passiert und weil Sie ganz offenbar ein Fehlmanagement in diesem Bereich betreiben, das Sie jetzt korrigieren müssen.

Zweites Beispiel, ähnlicher Bereich: "Fuel Cell Lab" wird jetzt in dieser Drucksache als eine ganz tolle Idee angekündigt. Im letzten Satz steht dann, man habe auch schon Mittel dafür. Das sei die Drs. 18/5012 gewesen, finanziert natürlich aus Arbeitsmarktmitteln, dem Sparschwein des Senats. In dieser Drucksache – die ist jetzt auch schon ein Jahr alt – werden bereits für 2006 Mittel für dieses Laboratorium angekündigt und bereitgestellt. Passiert ist nichts. Ich habe vor vier Monaten in einer Kleinen Anfrage nachgefragt. – Die Gespräche würden noch laufen, Mittel seien noch nicht abgeflossen. – Es passiert nichts. Aber Sie feiern diese Maßnahme in Ihrem Konzept ab, obwohl Sie nachgewiesenermaßen völlig untätig sind und völlig scheitern mit Ihren Versuchen, in dem Bereich etwas zu erreichen.

Das könnte man jetzt für eine ganze Reihe von Maßnahmen fortsetzen. Aber ich will mich noch einmal anschließen an das, was Herr Maaß und Frau Schaal gesagt haben. So sinnvoll das eine oder andere sein mag, alles wird dadurch konterkariert, dass Sie in der Energiepolitik gleichzeitig falsche Entscheidungen treffen. Wenn ich mich an die Märchenstunde von Herrn Senator Gedaschko erinnere, als er hier – vielleicht gegen seine Überzeugung – das Kraftwerk Moorburg verteidigt hat, wird mir heute noch schlecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, Sie haben Recht, wir wollen gar nicht darüber streiten, wer zuerst bestimmte Ideen hatte, denn wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Sie von uns abschreiben. Das tut der Sache im Grunde gut. Worüber wir uns ärgern, ist, dass Sie nur aus der Einleitung abgeschrieben und den Rest gar nicht mehr betrachtet haben. Sie haben mittlerweile begriffen, dass Klimaschutz wichtig ist. Aber welche konkreten Maßnahmen jetzt ergriffen werden, die auch wirklich etwas bringen, soweit haben Sie anscheinend nicht gelesen und abgeschrieben schon einmal gar nicht, denn das beweist Ihr Konzept.

In Ihren Redebeiträge, Herr Kruse und Herr Engels, sprechen Sie immer von 170 Punkten.

(*Michael Neumann SPD*: Oder 175, eben!)

Ein Glück, dass es nicht 169 waren. Vielleicht hätten es auch 175 sein können. Aber das richtig Spannende ist, dass Sie keine einzige konkrete Maßnahme nennen, die in diesem Konzept auftaucht. Wissen Sie auch warum? Weil Sie ein derartiges Sammelsurium an Klein-Klein haben. Wenn Sie einerseits beschreiben, welche Riesenaufgaben vor uns liegen, muss sich jeder schämen, wenn

er mit diesen Minipunkten kommt, die Sie dort aufgeschrieben haben, aber immerhin 170. Nein, meine Damen und Herren, so kommen wir in diesem Punkt nicht voran.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie wollen die Verantwortung den Menschen zuschieben. Jeder Einzelne in Hamburg soll es richten, indem er seinen eigenen Konsum umstellt. Wenn man jetzt den Bürgermeister als Beispiel nimmt, wie konsequent er seit Anfang des Jahres in seinem persönlichen Bereich gehandelt hat, dann wird das wohl nichts werden. Im Januar hat Herr von Beust gemerkt, dass Klimaschutz wichtig ist. Jetzt, acht Monate später, sagt er in einem Interview, nun könnte er auch überlegen, den Stromanbieter zu wechseln. Acht Monate nachgedacht und noch keine Entscheidung, das ist noch nicht sonderlich beeindruckend.

Der zweite Punkt: Sie schaffen sich einen neuen Dienstwagen an, der noch nicht einmal die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie von vor fünf Jahren einhält, was den Ausstoß von CO_2 angeht. So kann man nicht vorangehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann reden Sie davon, dass Sie in Zukunft 100 Prozent Ökostrom ordern wollen. Vor drei Monaten hat Ihr Wirtschaftssenator einen Vertrag abgeschlossen, der einen Anteil von 25 Prozent vorgesehen hatte. Da waren Sie alle schon in der Abstimmung, wie ein gutes Klimaschutzkonzept aussieht. Entweder haben Sie gar nicht begriffen, was dafür da ist, oder es ist Ihnen nicht sonderlich wichtig gewesen.

Jetzt noch zu dem letzten Punkt. Ist das wirklich ein Klimaschutzprojekt, wenn man sich den größten Bereich an CO_2-Emissionen anguckt, der in dieser Stadt produziert wird, nämlich der der Stromproduktion?

Das sind im Grunde genommen drei wichtige Punkte, die Sie dort haben, und alle drei Punkte bringen für den Klimaschutz gar nichts, sondern steigern den Gewinn des Strommonopolisten Vattenfall.

Der erste Punkt: Sie wollen die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern. Die Atomkraftwerke laufen jetzt und wir haben trotzdem einen Klimawandel. Das heißt, wenn sie weiter laufen, bringt das für das Klima überhaupt nichts, aber es steigert natürlich den Gewinn der Atomkonzerne.

Der zweite Punkt: Es wird ein Kohlekraftwerk genehmigt, das den CO_2-Ausstoß um 40 Prozent erhöht. Da reichen Ihre 170 Punkte nicht, um das auszugleichen, da reichen auch 340 Punkte nicht. Die Bilanz wird in fünf Jahren weiterhin negativ sein. Warum machen Sie das Ganze? Warum will Vattenfall dieses Kohlekraftwerk jetzt eigentlich in Hamburg bauen? In fünf Jahren müssten sie die CO_2-Emissionen ersteigern. Das brauchen sie nicht, wenn Sie ihnen das Kraftwerk vorher genehmigen. Dadurch bekommt Vattenfall einen zusätzlichen Gewinn und einen Wettbewerbsvorteil. Das ist schädlich für das Klima, aber der Gewinn des Strommonopolisten Vattenfall wird gesteigert.

Der dritte Punkt: Sie wollen einen Benutzungszwang für Fernwärme vorschreiben. Das mag aus Klimaschutzgründen sinnvoll sein. Wenn Vattenfall weiterhin ein öffentliches Unternehmen wäre, dann wäre das auch kein Problem. Aber wenn Sie das hineinschreiben, dann lassen Sie den Bürgern noch nicht einmal die Wahl zwischen Solarthermie oder Biomasse. Nein, sie müssen sich jetzt an Fernwärme anschließen, die von einem Atom- und Kohlekonzern produziert wird, und jeder, der beispielsweise zu Greenpeace energy gewechselt hat, muss dann zwangsweise die Dreckschleuder Moorburg mit finanzieren. Für den Klimaschutz ist das nicht sinnvoll, aber der private Monopolist Vattenfall hat weiterhin einen Gewinnzuwachs.

Ich komme zum letzten Satz, meine Damen und Herren.

Ihr Konzept ist in weiten Teilen kein Konzept für den Klimaschutz, sondern ein Bewerbungsschreiben für einen Aufsichtsratsposten bei Vattenfall für geleistete Dienste, die unbezahlbar sind à la Schröder und Gasprom. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Schade, dass bei dieser Diskussion schon jetzt an jeder Ecke der parteipolitische Kleinmut, die Kleinkaros durchluken und dass letztendlich alles von einem wunderschönen parteipolitischen Ansatz überdeckt wird. Aber der Sache selbst tun Sie damit keinen Gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie es wirklich gewollt hätten, dann hätten Sie es doch alles schon machen können. Sie haben es nicht gemacht. Nun tun Sie heute so, als hätten Sie alles besser gewusst. Das ist wenig überzeugend.

Was wir machen, ist im Gegensatz zu dem, was einige hier vorgelegt haben, keine Vision irgendwann im Jahre anno Schnee, sondern wir handeln jetzt und haben bis 2012 ganz konkrete Ziele. Sie mögen das lustig finden, wir finden das hervorragend, weil es ein anderer Ansatz ist, als zu sagen, wir werden das ganz global regeln und in der Gebäudewirtschaft werden wir die ganz großen Dinge heben, wie das Ihr Spitzenkandidat gemacht hat. Das ist Klimaschutz nach Gutsherrenart, aber nicht Klimaschutz, wie man ihn praktisch umsetzen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Wir betrachten Klimaschutz als echte Querschnittaufgabe und genau deshalb sind wir auch zu diesem breiten Ansatz gekommen. Es wird in jeden Lebensbereich hineinragen müssen – das wissen wir alle – und deshalb müssen wir auch genau in dieser Kleinteiligkeit vorgehen.

Wenn es den großen Punkt geben würde, mit dem wir das Weltklima mit einer Maßnahme retten könnten, dann hätten ihn natürlich sämtliche Forscher dieser Erde schon entdeckt. Sie haben diese Ideen anscheinend. Sagen Sie es doch den Forschern, dann sind wir auch gern bereit, diesen Punkt aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie doch mal, was Sache ist!)

Der nächste Punkt: Wir listen diese Maßnahmen nachvollziehbar auf. Wir lassen uns auch künftig überprüfen, nicht nur bei der Vorlage dieses Konzepts, sondern wir werden jährlich einen nachgeprüften Bericht durch das Wuppertaler Institut vorlegen.

A Wir haben in diesem Konzept viel Freiwilligkeit und viel Bewusstseinsbildung, einen Sektor, in dem es um freiwillige Selbstverpflichtung geht, der insbesondere mit der Industrie etwas bringen soll, aber – das ist auch ein Stück der Wahrheit – wir werden regulative Maßnahmen haben, die jeden Hamburger treffen werden.

Ich darf hier ankündigen, dass wir noch in diesem Jahr die Klimaschutzverordnung verändern werden. Wir haben mit dieser Veränderung drei Ziele:

Erstens die Verminderung des Energiebedarfs, zweitens die effiziente Nutzung dieser Energie sowie drittens den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudesektor.

Vorgesehen sind dabei insbesondere folgende Regelungen: Begrenzung der Zulassung wärmedurchgängiger Bauteile. Der Jahresprimärenergiebedarf von neu zu errichtenden Wohngebäuden muss die nach der Energieeinsparvorschrift des Bundes zulässigen Werte um mindestens 30 Prozent unterschreiten. Damit gehen wir also deutlich über das hinaus, was vom Bund für die Bundesrepublik angedacht wird. Wir wollen mehr. Es reicht uns nicht, was der Bund sich hier vorgenommen hat.

Für alle geeigneten Gebiete werden wir das Anschluss- und Benutzungsgebot des Fernwärmeverbundes festsetzen. Dazu vielleicht eines: Es überrascht mich, dass hiergegen gewettert wird. Der hier bestimmt unverdächtige Leiter des Bundesumweltamts hat das gerade als einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz dringend empfohlen.

(Beifall bei der CDU)

B Noch etwas zu dem Punkt, der von Ihnen immer automatisch in jedem Satz, der in Sachen Klimaschutz über Hamburg verloren wird, gesagt werden soll: Hamburg habe nichts getan. Meine Damen und Herren, die Deutsche Umwelthilfe ist nicht als christdemokratischer Jubelverein bekannt.

(*Bernd Reinert CDU*: Stimmt!)

Diese Vereinigung hat uns aber als einzige deutsche Großstadt mit dem Beititel "Klimahauptstadt Deutschland" ausgezeichnet.

(Beifall bei der CDU)

Auch das, Herr Maaß – auch wenn Sie das nicht hören wollen –, ist ein Stück der Wahrheit.

Bei dieser Gelegenheit vielleicht noch zur Erinnerung, auch weil das Gedächtnis teilweise sehr kurz ist: Das Gesetz über erneuerbare Energien hat die Regierung Kohl eingeführt und dadurch wurde erst der Siegeszug der erneuerbaren Energien möglich.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Wort, Frau Dr. Schaal, zum Thema Moorburg. Es ist interessant, dass Sie sich intern nicht einig sind. Ihr Spitzenkandidat schlägt in der Pressekonferenz die Verlagerung des Kraftwerks nach Schleswig-Holstein vor. So retten wir das Weltklima. Das kann man machen, ich halte das aber nicht für clever.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Das hat doch gar keiner gesagt. Das stimmt doch gar nicht!)

– Das war so.

Es gibt von Unternehmen natürlich einen Rechtsanspruch für ein solches Verfahren. Auch das müssen wir realisieren. Wir sind nicht in einer Bananenrepublik. Das heißt, wir müssen ein rechtssicheres Verfahren machen. C

(*Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie doch mal, was Sie politisch wollen! Das tun Sie doch nicht!)

– Doch, das tue ich. Wenn Sie mir weiter zuhören und jetzt nicht mit einem Herzinfarkt zusammensacken, dann passiert das auch.

(Unmutsäußerungen bei der GAL – *Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie was Sie wollen!)

– Ja, mache ich. Sind Sie bereit, Herr Egloff?

(*Ingo Egloff SPD:* Kohlekraftwerk – ja oder nein!)

Wir wollen das Kraftwerk, aber wir wollen ein Kraftwerk, das maximal besser ist als das, was jetzt von Vattenfall geplant wird. Das habe ich auch immer gesagt und dabei bleibe ich auch. Dazu gehören zwei Dinge.

(Zurufe von der GAL)

Als Erstes gehört dazu eine maximale Kraft-Wärme-Kopplung. Unabhängig davon, welche Art von Kraftwerk in Deutschland gebaut wird, brauchen wir künftig bei allen Kraftwerkstandorten eine maximale Kraft-Wärme-Kopplung. Das heißt, ein Kraftwerk irgendwo im Nirwana zu errichten, macht keinen Sinn, sondern sie müssen auch Wärmeabnehmer haben. Diese Grundvoraussetzung haben wir zwar an diesem Standort, aber – das habe ich auch deutlich gesagt – die Menge der Wärme, die jetzt von Vattenfall für die Kraft-Wärme-Kopplung vorgesehen wird, ist uns nicht ausreichend, um diesen Standort mit diesen beiden Blöcken als politisch richtig zu akzeptieren. Das ist eine deutliche Aussage. D

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Die nächste Aussage: Es reicht uns nicht aus, irgendwann auf freiwilliger Basis eine CO_2-Reduktion zu haben, sondern wenn, dann wollen wir hier ein klares, vertragliches Bekenntnis zur CO_2-Senkung auch bei einem solchen Kraftwerk, wenn es in Hamburg gebaut würde.

Weiterhin wollen wir nicht eine derartige Erwärmung der Elbe, wie es nach dem bisherigen Konzept von Vattenfall der Fall wäre. Das ist unsere klare politische Richtung an Vattenfall.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem bisherigen Stand des Antragsverfahrens wäre daher dieses Kraftwerk aus unserer Sicht politisch nicht gewünscht.

Wir haben ein ausgezeichnetes Paket an Ideen. Aber, meine Damen und Herren – Frau Goetsch, ich hatte es bei der letzten Diskussion gesagt –, wir alle sind gut beraten, jeden einzelnen Punkt, der clever und intelligent ist, der in dieses Konzept passt und der auch finanzierbar ist, hinein zu tun. Das heißt, wir haben ein Paket geschnürt, wir sind aber mit diesem Paket nicht am Ende, sondern wir wissen alle, wenn wir das Ziel über 2012 hinaus gehen wollen, dann brauchen wir noch viel bessere und viel größere Ideen. Daran wollen wir gemeinschaftlich arbeiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD:* Was haben Sie eigentlich letztes Mal hier erzählt?)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das waren sehr interessante Ausführungen. Offenbar haben Sie Ihre Rede zum Thema Klima am 9. Mai hier im Hause in der Aktuellen Stunde noch einmal gelesen und festgestellt, dass Sie dort – entweder wissentlich oder unwissentlich – sehr viel nicht ganz Richtiges erzählt haben. Damals haben Sie uns begründet, dass das so ein tolles Kraftwerk mit den beiden Blöcken ist. Sie haben damals auch die unzutreffende Aussage gemacht – vielleicht haben Sie das inzwischen gelernt und sich dadurch nicht mehr blenden lassen, was Vattenfall erzählt –, dass dieses Kraftwerk einen Energieausnutzungsgrad von 58 Prozent hat. Das war schon damals falsch und ist es immer noch. Sie haben damals sehr ausführlich begründet, warum es ein toller politischer Erfolg ist, dass es dieses große Kraftwerk gibt. Sie haben sehr ausführlich begründet, dass es für Sie ein toller politischer Erfolg ist, dass Vattenfall sich bereit erklärt hat, diese technischen Möglichkeiten der CO_2-Abscheidung zu nutzen, wenn sie denn technisch möglich sind. Jetzt sagen Sie plötzlich, Sie hätten festgestellt, die Aussagen von Vattenfall seien nichts wert und sie brauchten das vertraglich abgesichert. Sie haben gerade gesagt, Sie brauchen mehr als eine Zusage, Sie wollen eine vertragliche Absicherung dieser Angelegenheit. Beim letzten Mal haben Sie uns auf die Entgegnung, das seien bloß unklare Zusagen, die man nicht einklagen könne, gesagt, das sei kein Problem, Sie würden darauf vertrauen. Ich kann mir Ihre Rede vom 9. Mai besorgen. Ich habe sie nämlich gestern der Fraktion vorgetragen, deswegen erinnere ich mich sehr genau daran.

Das heißt, bereits nach wenigen Monaten müssen Sie in dieser entscheidenden Frage für Hamburg zurückrudern. Sie stellen sich jetzt hier hin und nehmen sehr viel von dem zurück, wofür Sie sich von Ihrer Fraktion haben feiern lassen. Sie tun jetzt so, als ob Sie das schon immer gemeint haben. Sie werden zugeben müssen, dass das, was Sie gesagt haben, nicht gestimmt hat. Sie werden zugeben müssen, dass Sie in diesem Punkt gegenüber Ihrer eigenen Fraktion nicht ehrlich gewesen sind, und Sie werden – das gilt für weite Teile dieses Konzepts – auch der Öffentlichkeit gegenüber zugeben müssen, dass Sie sich vergaloppiert haben, dass Sie von falschen Annahmen ausgegangen sind und dass Sie jetzt langsam – vielleicht –, und zwar vor allem auf medialem Druck hin, zurückrudern. Ich habe Ihnen damals in der Debatte gesagt, dass ich ein bisschen erstaunt darüber bin, dass sich ein Umweltsenator, der sich selbst so nennt, nachdem er vorher sehr viel darüber erzählt hat, dass das kleine dezentrale Lösungen sind, sich dafür hergibt, ein Kraftwerk zu vertreten, von dem er weiß, dass es schlecht für das Klima ist. Das haben Sie damals bestritten, sondern Sie haben gesagt, es sei super und toll. Jetzt gilt das alles nicht mehr. Ich bin mir sicher, dass eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen, die in diesem Konzept stehen, und eine ganze Reihe von anderen Aussagen, die Sie hier aus voller Überzeugung für das Klima treffen, das gleiche Schicksal erleiden werden. Es ist immer gut, wenn man zur Einsicht kommt. Aber bitte beeilen Sie sich damit ein bisschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, Sie hatten sich eingangs beklagt, das würde hier in ein parteipolitisches Klein-Klein ausarten. Da muss ich Sie aber Folgendes fragen: Sie hatten irgendwann am Anfang dieses ganzen Prozesses gesagt, bei der Erarbeitung des Klimaschutzprozesses wollten Sie auch die Opposition mit einbinden. Das Erste, was Sie dann gemacht haben, war, dass Sie einen Klimaschutzbeirat eingerichtet haben. Wer saß darin? – Der Abgeordnete Kruse, Ihr Mann für das Klima in der CDU-Fraktion, ein unabhängiger Experte, den Sie sich in Ihr Klimaschutzgremium geholt haben. Von uns hat, glaube ich, niemand einen Anruf erhalten. Wenn Sie schon sagen, Sie wollen hier die große Umarmungsstrategie machen und die Opposition solle jetzt in einer vaterländischen Bewegung für das Klima nicht herummosern, dann muss ich Sie fragen, warum Sie nicht den ersten Schritt gemacht haben, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der GAL)

Sie sagen, Sie wollen ein relativ kurzfristiges Ziel, 2012 sei jetzt das richtige Ziel. Ich kann Ihnen zustimmen, dass es richtig ist, sich kurzfristige Ziele zu setzen, aber mir fehlt die mittelfristige Perspektive. Wo soll Hamburg im Jahre 2020 stehen? Wir haben es mit Handlungsabläufen zu tun, die lange Entscheidungszeiträume benötigen, wo man nicht einfach schnell den Hebel umlegen kann, sondern wo man die Perspektiven auf gesetzlicher Ebene, auf der Ebene der Förderung, schon jetzt mittelfristig legen muss, damit man klimapolitisch nicht von der Hand in den Mund lebt. Deswegen brauchen wir auch ein mittelfristiges Klimaschutzziel. Das fehlt. Bei Ihren kleinen Maßnahmen, die sicherlich in vielen Punkten richtig sind, fehlt der mittelfristige Weg. Wo wollen Sie 2020 stehen? Das ist ein Zeitraum, den wir in der Politik noch einigermaßen überschauen können. Da braucht diese Stadt Führung. Wenn Sie sich nicht trauen, dazu eine klare Ansage zu machen, werden wir sehr große Probleme bekommen, die Klimaschutzziele, die uns die Klimaforschung gibt, die wir uns nicht ausdenken, tatsächlich zu erfüllen, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Klimaschutzverordnung angesprochen, die Sie noch dieses Jahr umsetzen wollen, beispielsweise strengere Standards für den Neubau. Es ist richtig, dass die Klimaschutzstandards nicht streng genug sind, dass sie dem technisch Möglichen hinterherhinken. Sie führen für Hamburg das ein, was Sie mit der CDU gerade auf Bundesebene in der Energieeinsparverordnung an Standards verhindert haben. Da sind Sie nicht besonders weit gesprungen.

(Beifall bei der GAL)

Die Technik ist mittlerweile viel weiter. Man kann ohne erhebliche Mehrkosten auf KfW-40-Standard bauen. Warum bringen Sie nicht für Hamburg die große Initiative für den Passivhausbau? Dann wären Sie wirklich vornan und würden von uns auch kein Gemoser hören, wie Sie es nennen.

(Beifall bei der GAL)

Noch ein Wort zur Fernwärme. Damit wir uns klar verstehen, der Anschluss an Fern- und Nahwärmenetze ist

klimapolitisch natürlich sinnvoll. Aber Sie müssen auch sehen, dass die Situation aus der Sicht der Verbraucher hochgradig bedenklich ist, wenn der Staat die Bürger dazu zwingt, sich an ein Monopolunternehmen anzuschließen, das sehr hohe Preise hat und dafür bekannt ist, die Preise in ziemlicher Regelmäßigkeit so anzuheben, dass die Gewinne dieses Unternehmens nicht unter einer Milliarde Euro liegen. Es ist besser, wenn Sie den Leuten, wie das Ihre Kollegen in Baden-Württemberg gemacht haben, die Entscheidungsfreiheit lassen zu sagen, ich wechsle in meinem Hause zu erneuerbaren Energien, ich sorge für eine optimale Wärmedämmung und ich gehe nicht an das Fernwärmenetz. Das ist die Möglichkeit, die wir haben wollen. Wir brauchen perspektivisch die optimale Einsparung von Energie und die Nutzung von erneuerbaren Energien und keinen Zwang, sich einem Monopolisten anzuschließen. In diesem Punkt werden wir noch ziemlich aneinander kommen.

(Beifall bei der GAL)

Ich hätte mir eine klare Ansage zur Kohlekraft anders vorgestellt. Sie haben jetzt sinngemäß gesagt, Sie wollen dafür sorgen, dass das Kraftwerk Moorburg kleiner ausfällt und dadurch die Relation zur Wärmeauskopplung steigt. Wenn Sie nur die Hälfte des geplanten Kraftwerks in Hamburg verwirklichen würden, hätten Sie immer noch ein Kraftwerk, wie sie derzeit – beispielsweise mit ungefähr 800 Megawatt – an vielen Standorten in der gesamten Republik geplant werden.

In vielen Städten – ich komme zum Schluss – ist es gelungen, ein solches Kraftwerk zu verhindern, weil die politische Führung gesagt hat, wir wollen dieses Kraftwerk nicht, und zwar ganz und nicht nur zur Hälfte. Nehmen Sie sich deshalb ein Beispiel an den Städten Bremen, München, Krefeld und Bielefeld. Dort hat man es geschafft, auf ein Kohlekraftwerk zu verzichten, und es gab nicht – wie bei uns – ein solches Herumgeeier mit einem halb so großen Kraftwerk.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maaß, Sie haben Recht, man kann vielleicht an seinem Standort ein Kraftwerk verhindern. Dann wird es nebenan gebaut und man hat saubere Pfoten. Wir haben natürlich das Ziel, man kann auch pro Kopf rechnen. Wenn man das Kraftwerk Moorburg auf die Hamburger umverteilt, dann ist es eine Belastung. Dann bauen wir das doch in Lüneburg, dann ist die Pro-Kopf-Belastung zehnmal zu hoch.

(Zurufe von der GAL)

Was haben wir dann gewonnen? Wir haben überhaupt nichts gewonnen. Wir können doch nicht bei der Energiewirtschaft eine Betrachtungsweise haben, die an den Stadtgrenzen von Hamburg aufhört.

(Beifall bei der CDU)

Darum ist es sinnvoll und wird auch überall so gehandhabt, eine Verbrauchsbilanz zu machen und zu schauen, was in Hamburg an Energie verbraucht wird, und danach die Geschichte bewertet.

Frau Dräger, Sie hatten sich gewünscht, dass ich etwas dazu sage und in den fünf Minuten will ich das auch tun. Das hat etwas mit der Wichtigkeit zu tun. Hier geht es eigentlich um das Klimaschutzprogramm und Sie haben sich einen Punkt ausgesucht, der vom Senat so direkt nicht zu beeinflussen ist, nämlich den Bau, den Vattenfall vorhat. Vielen Dank für das Lob, dass Sie keine anderen Angriffsflächen gefunden haben. Aber technische Innovation und den Zeitpunkt von technischer Innovation können Sie nicht durch einen Parteitagsbeschluss festlegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dieser Illusion scheinen Sie sich immer noch hinzugeben. Die Zeiten, wo Sie sich ein paar Jahre davon distanziert haben, sind schon wieder vorbei.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD:* Sie haben ein bisschen gebraucht, bis Sie es verstanden haben!)

Man muss nicht die ganze Nacht darüber nachdenken, was man hier auf solche Sachen antwortet. Das kommt ganz spontan.

(*Ingo Egloff SPD:* Sie müssen mal ein bisschen nachdenken, Herr Kruse!)

– Den Rat können Sie gern beherzigen.

Sie sagen, Sie wissen noch nicht, ob eine Technologie wie die CO_2-Sequestration kommt. Warum schaffen Sie dann bundespolitisch eine Situation, in der wir gezwungen sind, um die Menge an Energie, die für unsere Arbeitsplätze brauchen, mit einer Technik zu ersetzen, von der wir heute wissen, dass sie für die Zukunft nicht die Richtige ist. Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, wie man es anders machen kann.

(*Gesine Dräger SPD*: Atomkraft?)

Lassen Sie uns auf das kommen, was hier auch angesprochen worden ist, und zwar der Vorwurf, wenn wir es ernst meinen würden, hätten wir eine Stadtbahn gebaut. Schauen Sie in die Zeit, wo Sie regiert haben. Da haben die Grünen die Stadtbahn haben wollen. Ich glaube, Sie haben sie nicht bekommen, allerdings die solarbetriebenen Parkscheinautomaten.

(*Michael Neumann SPD:* Sie haben die Brötchentaste eingeführt! Ist das was anderes, oder was?)

Das war ein Antrag von Ihnen, der durchgekommen ist. Sie haben in Ihrer Regierungszeit vier Jahre lang mit einem Gutachten über die Stadtbahn verbracht. In der Zeit bauen wir eine komplette U-Bahn.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt sehr viele Sachen, von denen ich sage, da haben die Grünen wieder einmal eine witzige Idee, das und jenes ist clever. Das Dumme ist nur, dass es an der Umsetzung hapert. Bei uns ist es so, dass wir die Dinge, die wir in Angriff nehmen, auch umsetzen.

(*Michael Neumann SPD:* Auch wenn Sie nicht clever sind!)

Deswegen machen wir solche Maßnahmen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist es auch das, was in dieser Stadt Spaß macht. Es gibt einen schnellen Ablauf zwischen dem Impuls, wir nehmen uns der Sache an und setzen es um. So ist das

mit dem Klimaschutzprogramm. Das Einzige, was Sie in dieser Debatte gebracht haben, ist, uns vorzuwerfen, dass wir in der Vergangenheit – vor ungefähr sechs Jahren – noch nicht so gesprochen haben, dass das da noch nicht unser Thema war. Wenn das der ganze Vorwurf ist.

Ich bin froh, dass in dieser Stadt ein tatkräftiger Senat ist, der heute sagt, wir machen es, der das Programm vorlegt, an dem wir messen können, und der morgen schon mit der Umsetzung beginnt.

(*Michael Neumann SPD:* Lassen Sie uns Harmonia singen!)

Das ist der große Vorzug. Deswegen ist es gut, jetzt die mittelfristige Perspektive zu haben. 2012 dürfen Sie schon den Ergebnisbericht lesen. Deswegen haben wir gesagt, es gibt einen Fünfjahresbericht.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Herr Neumann, Sie entscheiden hier nicht, wann jemand aufhört zu reden, nicht in dieser Legislaturperiode und auch nicht in der nächsten, überhaupt nicht.

Was die mittelfristige Perspektive angeht, seien Sie sicher, dass wir den Führungswillen und auch die Führungskraft haben, auch 2020 die Klimaschutzpolitik zu bestimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, so ist das mit der stillen Post. Irgendjemand hat etwas gehört, erzählt das weiter und weiter und weiter und hinterher kommt dann heraus, dass Sie sagen, der SPD-Spitzenkandidat hätte gesagt, er will in Schleswig-Holstein ein Kohlekraftwerk bauen. Das hat er nicht gesagt, jedenfalls nicht auf der Pressekonferenz, auf der wir gemeinsam waren. Er hat dafür plädiert, dass Hamburg und Schleswig-Holstein in der Energiepolitik enger zusammenarbeiten müssen, denn der Strom wird zwischen den Meeren gemacht und demnächst auch auf dem Meer. Der Zuwachs an Windenergie wird in Schleswig-Holstein so stark sein, dass dieses Bundesland in Zukunft mehr Strom erzeugt – womöglich auch schon heute – als es selbst verbraucht.

Es ist heute schon so, dass die Windenergie mit über 20.000 Megawatt mehr Strom liefert als die Kernkraftwerke an der Elbe.

(*Dr. Diethelm Stehr CDU:* Installierte Leistung! Nicht Lieferung! – Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Sie die Regelenergie ansprechen, Herr Dr. Stehr, wissen Sie auch, dass die Regelenergie immer geringer geworden ist. Dafür taugt nicht ein großes schwerfälliges Kohlekraftwerk, sondern ein flexibles, leicht steuerbares Gaskraftwerk.

Als Zweites möchte ich auf Folgendes eingehen, Herr Senator: Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten nichts gemacht. Sie haben wohl schon vergessen, dass die SPD-Fraktion bereits im Februar einen Masterplan zum Klimaschutz vorgelegt hat, in dem wir Ihnen genannt haben, was Hamburg sofort machen könnte. Dieser Masterplan ist in den zwölf Punkten zusammengefasst, die Michael Naumann am 21. August vorgelegt hat. Dabei geht es in erster Linie darum, die Gebäudeeffizienz zu steigern, denn hier bekommt man am meisten Klimaschutz für das Geld. Darum muss das auch der Schwerpunkt sein. Wir haben gesagt, hier muss der Senat Geld in die Hand nehmen, denn das ist nicht nur gut für das Klima, es schafft Arbeitsplätze und es ermöglicht den Mieterinnen und Mietern, die Mietkosten erträglich zu halten. Schon heute geben Mieterinnen und Mieter wegen der schlechten Gebäudesubstanz – besonders in dem nicht so hochwertigen Wohnraum – fast schon eine dreizehnte Miete für Heizkosten aus. Das darf nicht so sein, das übersteigt die Möglichkeiten vieler Hamburgerinnen und Hamburger.

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass der Klimaschutz bei der Beschaffung künftig eine Rolle spielen muss. Herr Gedaschko, diesen Bereich vermisse ich in Ihrem Konzept völlig. Hier müsste also der Senat im eigenen Beschaffungsverhalten Vorbild sein.

Aus meiner Sicht fehlt auch, dass man den Verbraucher mehr in den Stand setzt, selbst die richtigen klima- und energiepolitischen Entscheidungen zu treffen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen leicht zugängliche Informationen.

Es ist zwar anerkennungswert, dass Sie im Planetarium ein Klima-Informationszentrum einrichten wollen. Aber wir sind der Meinung, dass es für die Verbraucherinnen und Verbraucher viel praktischer wäre, wenn sie sich in den Kundenzentren der Bezirksämter die Informationen im Vorbeigehen abholen können.

(Beifall bei der SPD)

Dann komme ich noch einmal zu dem Thema Vorbild. Wir haben in diesem Hause – ich glaube, vor drei Jahren – diskutiert, was andere Städte unternehmen. München hat ein Konzept vorgelegt: 50 Prozent CO_2 einsparen bis 2050 und ganz konkret mit allen Akteuren verhandeln, was durchgeführt werden kann. Und was machen Sie? Sie laufen jetzt ganz eilig den Unternehmen hinterher. Es ist offensichtlich schon so, dass sich einige Unternehmen bereits beklagen, dass Maßnahmen und Ziele ausposaunt worden sind, die man noch gar nicht richtig ausgehandelt hat.

Meiner Meinung nach geht es so nicht. Vorbildhaft ist München und hier hätten wir schon längst einsteigen können. Wir haben seinerzeit erklärt, dass sich Hamburg hieran orientieren muss. Das hat Hamburg leider nicht getan, weil Sie das abgelehnt haben. Alle Unterlagen, die von der Opposition zum Klimaschutz jetzt aktuell vorhanden sind, liegen im Ausschuss. Sie haben sich geweigert, darüber zu reden. Das ist sehr schade und ich hoffe, dass sich das bald ändern wird.

Noch ein Wort zu Moorburg. Sie, Herr Gedaschko, waren doch einer der ersten, die Kritik an diesem Riesenkraftwerk angemeldet haben. Kaum haben Sie Ihr Amt als Senator angetreten, haben Sie erklärt, dass dieses Kraftwerk schlecht für das Klima ist und man viel kleinere und dezentrale Einheiten haben müsste.

Wir haben in Hamburg viele dezentrale Strom- und Wärmeeinheiten – ich denke hierbei an Schnelsen-Burgwedel oder Allermöhe –. Dort wird die Bevölkerung durch Blockheizkraftwerke mit Strom und Wärme versorgt. Das ist die Zukunft. Warum haben Sie hier nicht weiterge-

macht, sondern reden weiter diesem Monsterkraftwerk das Wort? – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lühmann.

(Zuruf von *Rüdiger Kruse CDU – Hans-Detlef Roock CDU:* Bauen Sie doch erst mal die U-Bahn!)

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

– Herr Roock, wenn Sie sich schon so auf die Stadtbahn freuen, können Sie sie haben, Sie müssen sie nur bauen. Und, Herr Kruse, Sie selbst haben hier versucht, mir Stichworte zu geben, wie wir diese Debatte führen können.

Tatsächlich haben Sie nach fünf Jahren jetzt erst den ersten Spatenstich für eine U-Bahn geschafft, die verkehrspolitisch praktisch keinen Nutzen hat, aber den Steuerzahler 300 Millionen Euro kosten wird. Über die Alternativen hierzu werden wir auch in der dritten Debatte dieser Aktuellen Stunde noch ausführlich sprechen.

Aber, Herr Kruse, Sie sind als Stichwortgeber für diese Debatte schlichtweg nicht zu bezahlen. Wenn Sie es nicht geben würde, müsste man Sie erfinden. Sie haben vorhin erklärt, dass man mit dem Denken nicht an den Stadtgrenzen aufhören soll. Wie wahr, bei einem globalen Thema sollte man das in der Tat nicht tun.

(*Michael Neumann SPD*: Auch sonst nicht!)

Dann schauen wir uns einmal an, wie wir das Thema "Generelles Tempolimit auf Autobahnen" in diesem Senatspapier behandelt finden. Dort steht geschrieben, ich zitiere:

> "Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass es zur CO_2–Einsparung auf Bundesebene zwischen 2,7 und 5,7 Prozent kommen könnte."

Das ist schon mal ein erheblicher Anteil. Wir wissen, Herr Gedaschko, dass es den einen Königsweg nicht geben wird. Also müssen wir wohl jede Maßnahme nehmen.

Dann stellt aber der Senat hierzu fest, dass es auf den Hamburger Autobahnen wohl nicht so viel bringen wird.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Ist doch sowieso Tempo 100!)

Also lässt man es bleiben. Für eine Bundesratinitiative hinsichtlich des Tragens von Warnwesten außerorts waren Sie sich nicht zu schade. Aber hier einen klimarelevanten Beitrag zu bringen, das schaffen Sie nicht.

(Beifall bei der GAL)

Dann wollen wir uns einmal anschauen, was Ihnen so auf der Hamburger Ebene einfällt. Hier sind Sie bei vier autofreien Sonntagen angelangt. Alle Achtung! So lange soll auch die Benutzung des HVV kostenfrei sein. Das ist immerhin vielleicht ein kleiner Anfang. Aber Sie konterkarieren das alles damit, dass diese Maßnahme allein auf freiwilliger Basis funktionieren soll.

In der vorgestrigen Morgenpost konnten Sie die Antwort der Wählerinnen und Wähler hierzu lesen: "Mich stoppt nur ein Fahrverbot"! Das ist die Aussage der Leute, die erklären, dass die Freiwilligkeit allein gar nichts bringen wird, sondern – und hier können Sie auch alle internationalen Beispiele heranziehen – man benötigt tatsächlich die Verbindlichkeit eines Fahrverbots am Sonntag. Dann werden Sie auch mit diesen flankierenden Maßnahmen, die Sie hier vorgeschlagen haben, etwas erwirken können.

(*Bernd Reinert CDU:* Wir vertrauen in die Lernfähigkeit der Hamburgerinnen und Hamburger!)

Schauen wir uns noch einmal Ihre kleinen Vorschläge an. Sie führen in Ihrem Programm beispielsweise Parkgebühren an. Ihrer Meinung nach könnte man hierbei vielleicht etwas tun. Aber tatsächlich seien die Parkgebühren relativ hoch, wodurch die Autofahrer immerhin den Vorteil hätten, dass sie verhältnismäßig zügig einen freien Parkplatz fänden. Ehrlich gesagt, das ist nicht der Nutzen, den die Autofahrer in Hamburg ziehen. Die Autofahrer in Hamburg ziehen ihren Nutzen aus der mangelnden Überprüfung der Parkgebühren. Ihnen gehen hier nicht ein oder zwei Autofahrer durch die Lappen, sondern Ihnen entwischen glatte 83 Prozent. Und der Rechnungshof summiert das zu einem Betrag von 35 Millionen Euro auf, die Ihnen jedes Jahr fehlen.

Diese 35 Millionen Euro finden wir interessanterweise an einer anderen Stelle Ihres Konzeptes wieder, nämlich dort, wo die Effekte einer Tarifsenkung im HVV beschrieben werden.

10 Prozent Tarifsenkung linear machen umgerechnet einen Betrag von 35 Millionen Euro aus, die die Stadt bezahlen müsste.

Die Finanzierungsquelle liegt direkt vor unserer Tür. Wir müssen nur durchsetzen, was geltendes Recht ist. Sie müssen einfach nur den Mut haben, die eine oder andere Maßnahme zu ergreifen, mit der Sie vielleicht auch die Gefahr eingehen müssen, dass der ungebremste Spaß am Autofahren ein bisschen leiden könnte.

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD*)

Dann verweist Herr Kruse auf die Vorbildfunktionen der Metropolen und dass die Leute von uns lernen dürfen. Das ist das letzte Mal, Herr Kruse, dass ich Sie zitiere.

Vielleicht dürften wir auch von anderen Metropolen lernen. Dann würden wir nämlich in diesem Bereich gerade bei der Mobilität sehen, dass es ein Mittel gibt, das zu ganz hervorragenden Effekten in der Lage ist. Das ist in der Tat die Einführung der City-Maut. Stockholm und London haben das vorgemacht.

In Stockholm ist von einem auf den anderen Tag die Verkehrsbelastung in der Menge um 25 Prozent gesunken. Nachdem viele gesagt haben, dass das der Einmaleffekt des ersten Tages gewesen wäre, hat sich die Reduktion dauerhaft eingestellt und den wir in Hamburg auf Dauer haben können. Sie sind aber nicht in der Lage, hierzu ein klares Wort zu liefern. Das ist wirklich ein richtiges Versagen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Schaal.

A **Dr. Monika Schaal** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lühmann, Sie haben mich richtig inspiriert.

(*Jörg Lühmann GAL*: Gern!)

Mir ist zum Thema Vorbildfunktionen auch noch etwas eingefallen. Wir haben lange darüber diskutiert, wie das in Hamburg mit der Radfahrpolitik bestellt ist. Wir haben jetzt feststellen müssen, dass der Senat die Radwege hat systematisch verkommen lassen, weil das Geld schlicht und ergreifend den Bezirken weggenommen wird. Hätte der Senat die Ausfinanzierung der Radwege und der Radfahrpolitik so gelassen, wie es unter Rotgrün war, dann wären wir heute vielleicht insgesamt weiter.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Sie meinen, dass die Radwege in Ordnung sind, dann haben bestimmt die Hälfte oder mehr der Menschen in der Stadt andere Auffassungen.

Es gibt eine andere Stadt in Europa, die in der Radfahrpolitik Vorbild sein kann. Ich denke hierbei an Paris. Dort wurde ein Fahrrad-Leihsystem installiert, sodass in der Stadt 10.000 Fahrräder zur Verfügung stehen, die die Kunden dann denkbar einfach entleihen und an beliebigen Andockstationen wieder zurückgeben können. Diese 10.000 Fahrräder wurden in sage und schreibe nur vier Wochen eine Million Mal ausgeliehen. Hierfür ist ein Bedarf vorhanden. In Hamburg wird in dieser Richtung nichts unternommen. Sie üben keine Vorbildfunktionen aus. Es wäre schön gewesen, wenn Hamburg auf eine solche Idee gekommen wäre.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und GAL)

B Ich denke, man muss abschließend noch Folgendes sagen: Hamburg ist in Sachen Klimaschutz Vorbild gewesen und Sie, Herr Gedaschko, haben erklärt, dass Hamburg hierfür einen Preis gewonnen hätte. Das war die Auszeichnung für die Klimaschutzarbeit von zehn Jahren. Hieran haben sowohl Sie Ihren Anteil, als auch Rotgrün. Diese Auszeichnung ist einer großen Schar von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der ehemaligen Umweltbehörde zu verdanken, die Sie abgeschafft haben.

(*Hartmut Engels CDU:* Die ist doch gar nicht abgeschafft! – Gegenruf *Ingo Egloff SPD:* Das stimmt. Der eine Teil ist in der Stadtentwicklungsbehörde und der andere in der Wirtschaftsbehörde. Deshalb schließt der eine Verträge ab, von denen der andere nichts weiß!)

Dort wurden Projekte und Konzepte ausgedacht und auf den Weg gebracht, die wirklich für die Bundesrepublik bahnbrechend waren.

Ich denke hierbei an Heizung und Solar. Das ist eine Idee, die in Hamburg geboren wurde. Es wurde das 100.000 Dächer-Programm aufgelegt, um die Photovoltaik in Hamburg voranzubringen. Die Solarinitiative Nord hat versucht, mit den Handwerkern die Solartechnologie weiter zu verbreiten und das Programm Arbeit und Klimaschutz. Das sind alles Unternehmungen, die in dieser Behörde entwickelt wurden.

Was macht der Bürgermeister? In dem Moment, als er diese Legislaturperiode in der Hansestadt allein regiert, schafft er die Umweltbehörde, die gerade auf diesem Bereich sehr viele Lorbeeren erworben hat, ab.

(Zuruf von der CDU)

– Natürlich ist sie abgeschafft. Herr Engels, Sie haben C doch alle Teile auseinandergerissen, gerade die Energie- und Klimaschutzabteilung. Das ist alles zerstreut. Hier haben Sie Kompetenz vernichtet und die Stellen nicht mehr nachbesetzt. Das wissen Sie doch selbst viel besser. Schauen Sie in die Haushaltspläne, dann wissen Sie auch, wie karg die Behörde jetzt mit Stellen ausgestattet ist.

Das hat sich jetzt gerächt, denn zum Thema Klimaschutz musste ganz eilig eine Leitstelle, ein Ein-Mann-Betrieb, eingerichtet werden, der die Behörden koordiniert hat, um alles zusammenzuschleppen und zusammenzutragen, was sich unter Klimaschutz subsumieren lässt. Ich bin der Meinung, dass das nicht vorbildhaft ist, sondern hier haben Sie leider viel kaputt gemacht. Wir wären heute sonst weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider handelt es sich bei der neu entdeckten Leidenschaft der CDU für den Klimaschutz um ein sehr durchsichtiges Manöver. Ole von Beust hatte kein Erweckungserlebnis bei Al Gore. Die unbequeme Wahrheit ist wohl eher die, dass das bei Infratest dimap oder bei forsa geschah, denn seit einem Jahr befindet sich die CDU stabil unterhalb der eigenen Mehrheit. Also versucht sie, jeden Strohhalm zu nutzen, jedes Wählerpotenzial abzugrasen und jede Bündnisoption zu eröffnen, um am Wahlabend noch das rettende Ufer zu erreichen, egal wie D groß vorher das Versagen in dem Politikfeld gewesen ist.

Man möchte meinen, dass es dem Klima egal sein kann, aus welchen Motiven heraus es geschützt wird. Die Hauptsache ist, dass es wirkungsvoll geschieht. Aber genau hier liegt der Haken. Ihr Klimakonzept ist halbherzig und ohne wirkliche Ambitionen. Sie setzen sich ein Ziel von zwei Millionen Tonnen CO_2-Einsparung bis 2012, aber nur 500.000 Tonnen, also ein Viertel davon, sind tatsächlich durch quantifizierbare Maßnahmen hinterlegt. Der Rest soll durch Aufklärungseffekte, freiwillige Selbstverpflichtung und den technischen Fortschritt erreicht werden. Also sind es nur 500.000 Tonnen beziehungsweise 3 Prozent CO_2-Reduktion bis 2012.

Dann vertrauen Sie auf den technischen Fortschritt. Als technischen Fortschritt versuchen Sie und Vattenfall auch, uns das neue Kohlekraftwerk in Moorburg zu verkaufen, das allein 2012 acht Millionen Tonnen mehr CO_2 verursachen wird. Das sind zusätzliche 40 Prozent; minus 3 Prozent durch Ihr Maßnahmekonzept. Hier hilft auch nicht die Abschaltung von Wedel. Moorburg ist mehr als viermal größer. Dieses Kraftwerk ist für Hamburg völlig überdimensioniert. Neue Studien haben gezeigt, dass dadurch ein Stromüberschuss in Norddeutschland realisiert werden wird.

Aber das kann Vattenfall natürlich egal sein. Der überschüssige Strom kann exportiert werden und mit der Abwärme heizt man die Elbe auf, denn die Wärmeauskopplung ist bei Moorburg nur eine Beigabe. Über 1.500 Megawatt werden die Umwelt und vor allem die Elbe aufheizen. Nur 450 Megawatt werden als Fernwärme genutzt. Über 67 Kubikmeter Wasser pro Sekunde werden um bis zu zehn Grad aufgeheizt.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Fischsuppe!)

Das ist ein Wärmeschock für diesen Fluss, den es noch nicht gegeben hat. Die ökologischen Auswirkungen dieses Wärmeschocks sind in der Debatte bisher völlig unzureichend beachtet worden.

Vattenfall ist das natürlich egal. Die Hauptsache ist, dass der Strom, der dort produziert wird, billig ist, denn ab 2012 müssen alle Unternehmen Verschmutzungsrechte kaufen. Mit anderen Worten heißt das: Wer vorher noch ein möglichst großes und schmutziges Kraftwerk an das Netz bringt, bekommt eine große Menge Verschmutzungsrechte geschenkt.

Die überall zu beobachtende Kohle-Renaissance hat daher auch ihren Ursprung weniger im Abschalten der Atomkraftwerke, als vielmehr in den heraufziehenden neuen Emissionshandelsgesetzen, um auch mit diesem Märchen aufzuräumen.

Für ein solches großes Kraftwerk hat Vattenfall eben nur ein Grundstück in Moorburg. Jede andere Planung würde zu lange dauern. Daher soll es dort auch gebaut werden. Es geht also nicht um Klimaschutz, sondern es geht um Profit. Daher ist das Klimaschutzkonzept des Senats leider im Wesentlichen eine Alibiveranstaltung.

Ich möchte festhalten: Mit Moorburg ist kein Klimaschutz zu machen und mit dem Klimaschutzkonzept des Senats leider auch zu wenig. Es fehlen klare Vorgaben und verbindliche Maßnahmen. Im Altbaubereich fehlen Sanierungsverpflichtungen, wie der Austausch von Nachtspeicherheizungen oder Einscheibenverglasung. Im Verkehrsbereich fehlt jede Ambition. Die Kollegen Lühmann und Schaal haben das sehr detailliert dargestellt. Ein sehr großer Faktor, der Hamburger Hafen, wird völlig ausgeklammert. Dabei entsteht dort ein Großteil der Hamburger Luftverschmutzung.

Dieses Konzept, das der Senat vorgelegt hat, ist bestenfalls ein Pilotprojekt, was baldmöglichst durch ein echtes ambitioniertes Klimaschutzkonzept ersetzt werden muss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich mir alle Vorredner angehört habe, stelle ich jetzt fest, dass Sie auch heute vor den Medien die Chance nicht genutzt haben, für unser Klimaschutzkonzept zu werben, die Menschen unserer Stadt aufzufordern,

(Zurufe und Beifall bei der SPD und der GAL)

die schlauen Dinge, die im Klimaschutzkonzept stehen, auch zu berücksichtigen. Das einzige, was Sie hier heute veranstaltet haben, war, es schlechtzureden und Sie tun der Sache des Klimaschutzes hiermit keinen Gefallen.

(Beifall bei der CDU – *Katja Husen GAL:* Zuviel CO_2-Ausstoß – Mund zumachen!)

Sie sollten, liebe Frau Husen, lieber Herr Dr. Steffen sowie liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GAL, die Chance ergreifen und auch die Notwendigkeit sehen, dass wirklich alle Parteien in diesem Haus gefragt sind, sich um den Klimaschutz zu kümmern sowie auch die Gelegenheit und Möglichkeiten dieses Parlamentes zu nutzen, um für den Klimaschutz zu werben.

Was habe ich von Ihnen gehört? Sie wollen keine Kernkraftwerke und keine Kohlekraftwerke mehr. Aber was Sie wollen und wie Sie die Probleme unserer Stadt lösen wollen, haben Sie trotz mehrerer Nachfragen, auch von Herrn Kruse, nicht erklärt. Sie haben die Frage nicht beantwortet, was passiert, wenn Hamburg auf Moorburg verzichtet. Werden dann auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und andere Bundesländer auf Kraftwerke dieser Art verzichten? Sie haben auch nicht die Frage geklärt, was im Ausland passiert. Wir können in Deutschland beschließen, was wir wollen, wenn in Frankreich oder auch in anderen Ländern günstiger Energie zur Verfügung gestellt wird. Wir leben in Hamburg nicht auf einer Insel und das wird bei dieser ganzen Klimaschutzdiskussion ausgegrenzt.

(*Ingo Egloff SPD:* Und wo ist die Norddeutsche Kooperation?)

Lieber Herr Egloff, wir können in Hamburg wichtige Maßnahmen treffen, die auch im Klimaschutzkonzept stehen und die auf Hamburg bezogen sind, aber wir können nicht auf einmal die ganze Welt verändern. Das ist der Punkt, über den wir hier auch diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die GAL will die Stadtbahn. Das erzählen Sie schon seit Jahren. Was machen wir? Wir fördern den öffentlichen Personennahverkehr und bauen eine U-Bahn. Herr Kruse hat das entsprechend ausgeführt.

(Zurufe von der SPD)

Die Zahlen der Nutzer beim HVV steigen. Der öffentliche Personennahverkehr wird immer attraktiver. Das sind Belege für eine erfolgreiche Politik im öffentlichen Personennahverkehr.

Die GAL fordert eine City-Maut. Haben Sie schon einmal erklärt, wie das vonstatten gehen soll? Wo sollen denn die Maut-Stationen sein?

(*Dr. Willfried Maier GAL*: In der U-Bahn!)

Welche Erfolge erwarten Sie hiervon? Sie arbeiten hier einzig und allein mit Plattitüden, ohne – anders, als es im Klimaschutzkonzept steht, nachzuweisen, was für Erfolge und welchen Nutzen diese Maßnahme hat.

Sie fordern Tempolimit. Sie wissen ganz genau, wie viele Kilometer Autobahn in Hamburg vom Tempolimit nicht betroffen sind. Das lohnt sich nicht für uns. Und dann fordern Sie uns auf, eine Bundesratsinitiative hierfür zu ergreifen.

Verkehrsfreie Sonntage wäre eine weitere Bundesratsinitiative, die von Hamburg ausgehen soll, denn die Regelungskompetenz, lieber Kollege Lühmann, liegt gar nicht in Hamburg. Das können wir in das Klimaschutzkonzept hineinschreiben. Aber eine solche Entscheidung muss auf Bundesebene getroffen werden. Hier können Sie fordern, was Sie wollen, aber ernst nehmen kann ich Sie hierfür nicht.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt – Herr Kruse hat das angedeutet, schauen wir uns doch einmal Ihre Bilanz an, was Klimaschutz betrifft. Ich habe von Kollegen der Fraktion ausarbeiten lassen, was in der 16. Wahlperiode, als Sie beide in der Verant-

wortung waren, zum Thema Klimaschutz unternommen wurde. Einen Antrag zu solarbetriebenen Parkscheinautomaten für den Bereich Verkehr habe ich gefunden, der noch nicht einmal von der GAL, sondern von der SPD war. Das war Ihre Leistung in der 16. Wahlperiode zum Klimaschutz. Herzlichen Glückwunsch, Rotgrün.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion war hier schon sehr viel fleißiger. Wir haben Teile des Klimaschutzkonzepts seit Beginn dieser Legislaturperiode mitgeprägt. Energiesparendes Fahrverhalten, emissionsabhängiges Landeentgelt am Flughafen, verkehrsadaptive Lichtsignalsteuerung und Verkehrsmanagement, Förderung von Kreisverkehren, Einsatz von LED-Technik und nicht zuletzt, liebe Frau Dr. Schaal, die Förderung des Radverkehrs, für die wir im letzten Jahr so viel Geld ausgegeben haben und auch in den nächsten Jahren ausgeben werden, wie noch nie zuvor für die Förderung des Radverkehrs in der Stadt ausgegeben wurde.

(*Claudius Lieven GAL:* Herr Hesse, haben Sie schon Öko-Strom?)

Das ist verantwortliche Klimapolitik, von der Sie sich eine Scheibe abschneiden können.

(Beifall bei der CDU – *Karin Timmermann SPD:* Herr Hesse, das glauben Sie doch nicht selbst, was Sie sagen!)

Liebe Kollegin Timmermann, hier hilft es auch nicht, in einer Pressemitteilung zu erklären, was mit der S 4, mit Car-Sharing, mit emissionsarmen Taxen oder mit der verstärkten Verlagerung von Güterverkehr auf die Binnenschiffe ist? Schauen Sie einfach in das Klimaschutzkonzept. Alle diese Punkte, die ich hier aufgeführt habe, sind dort enthalten. Wer im letzten Stadtentwicklungsausschuss anwesend war, hat auch feststellen können, wie wir zum Car-Sharing stehen. Dieser Senat ist, was den Klimaschutz angeht, in Hamburg vorbildlich aufgestellt.

Meine Bitte richtet sich jetzt wirklich an alle Parlamentarier. Lassen Sie uns in Zukunft gemeinsam für den Klimaschutz werben. Lassen Sie uns die Menschen mitnehmen. Es bringt nichts, einfach Gesetze zu erlassen, denn ohne die Menschen auf der Straße geht es nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dräger, Sie haben für drei Minuten das Wort.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Beitrag von Herrn Hesse war an Absurdität nicht zu überbieten. Hier meldet eine Fraktion ein Thema an und beschwert sich am Ende der Debatte darüber, dass die Chance nicht genutzt worden sei, für ihr eigenes Konzept zu werben. Sie haben völlig recht, Herr Hesse. Das, was Ihre Rednerinnen und Redner hier vorgebracht haben, war in der Tat eine vertane Chance, vernünftige Dinge zum Thema Klima auszuführen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es war Ihre Anmeldung zur Debatte. Das Interessanteste daran ist, dass derjenige, der sich ansonsten in der Öffentlichkeit als der oberste Klimaschützer gern hinstellt, es überhaupt nicht für nötig hält, für Ihr Konzept in dem Sinne zu werben.

Der Erste Bürgermeister, der in der Stadt erklärt, dass er derjenige sei, der dieses Klimaschutzkonzept ganz besonders inniglich vertritt, sagt hierzu gar nichts. Das muss er natürlich auch nicht, denn vielleicht ist dieses Konzept auch eines bürgermeisterlichen Wortes gar nicht wert, denn was darin enthalten ist, ist eben nicht der große Wurf, sondern ist das Klein-Klein und das Sich-Drücken um die entscheidenden Fragen. Herrn Gedaschko dabei zu beobachten, wie er hier herumdruckst, um irgendwie eine unverfängliche Formulierung für die weiteren Verhandlungen mit Vattenfall aufzustellen, war schon ein Erlebnis.

Aber ich fürchte, dass es bei diesem Erlebnis bleiben wird, denn bisher hat Ihnen bei der Umsetzung der klimaschutzpolitischen Ziele immer im letzten Moment der Mut gefehlt, genauso wie heute dem Bürgermeister der Mut gefehlt hat, hier aufzutreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich frage die SPD- und die GAL-Fraktion, ob sie ihre beiden Themen zur Aktuellen Stunde auf die morgige Sitzung überweisen möchten? – Das ist der Fall.

Dann kommen wir zum Punkt 2 der Tagesordnung, Drs. 18/6690, Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Drs. 18/6690 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Sie dürfen auf dem Stimmzettel nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt. Ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgeben.*

---

* Ergebnis siehe Seite 4588

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf, Drs. 18/6735, Senatsmitteilung: Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

[Senatsmitteilung:
– Wahl der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts –
– Drs. 18/6735 –]

(Unruhe im Hause – Glocke)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragrafen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet diese Wahl in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren so, dass Frau Martens und Frau Thomas abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und dort Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen.

Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine Wahlkabine und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Martens bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist. Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.36 Uhr

Wiederbeginn: 16.43 Uhr

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 100 Stimmen waren gültig. Herr Klaus Seifert erhielt 96 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Damit ist Herr Seifert zum Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte nun Herrn Seifert, zu uns hier vorne in die Mitte zu kommen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herr Seifert, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des Hauses aussprechen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Herr Seifert: Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nach Paragraf 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Der Eid hat folgenden Wortlaut:

> "Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Seifert: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und alles Gute, viel Glück und Befriedigung für Ihre neue Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt die Punkte 68 und 69 auf, Drs. 18/6826 und 18/6827, Antrag der CDU-Fraktion: Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid am 14. Oktober 2007: Hände weg von der Verfassung und gemeinsamer Antrag der SPD- und GAL-Fraktion: Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid "Hamburg stärkt den Volksentscheid".

[Antrag der Fraktion der CDU:
Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid am 14. Oktober 2007:
Hände weg von der Verfassung
– Drs. 18/6826 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid "Hamburg stärkt den Volksentscheid"
– Drs. 18/6827 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/6855 ein gemeinsamer Antrag der SPD- und GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Volksentscheid am 14. Oktober 2007:
Jeder Briefkasten ist ein Wahllokal!
– Drs. 18/6855 –]

Wer wünscht das Wort? Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kollegen! Hamburg steht mit dem Volks-

entscheid am 14. Oktober dieses Jahres vor einer wichtigen, vielleicht sogar vor einer sehr wichtigen demokratischen Weichenstellung. Die Frage, die sich alle Hamburger zu stellen haben, lautet: Wollen wir unsere Verfassung, die sich bewährt hat, ändern, um künftig Minderheiten in dieser Stadt die Möglichkeit zu geben, über die große Mehrheit der Bürger zu bestimmen. Wir als CDU, wir als Christdemokraten sagen hier klipp und klar und unmissverständlich: Das wollen wir nicht, wir sagen zu diesem Volksentscheid nein.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Verfassung vom Juni 1952 hat sich bewährt. Sie ist seitdem, also in gut 55 Jahren, nur zehnmal geändert worden. Jeder einzelnen Änderung gingen intensive Beratungen im Parlament und seinen Gremien voraus, jeweils von Experten begleitet und diskutiert. Die Initiatoren dieses Volksentscheids, den wir jetzt vor uns haben, wollen, dass Verfassungsänderungen künftig in dieser Stadt von bereits 35 Prozent der Wahlberechtigten durchgesetzt werden können. Die Verfassung ist das Grundgesetz dieser Stadt. In ihr sind die wichtigsten Spielregeln des Zusammenlebens von 1,75 Millionen Hamburgerinnen und Hamburgern geregelt. Bislang ist zu einer Änderung der Verfassung durch Volksgesetze erforderlich, dass mindestens die Hälfte aller Abstimmungsberechtigten zustimmt. Im Parlament müssen sogar zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen.

Die Verfassung soll und darf nur auf Basis eines breiten, gesellschaftlichen Konsenses verändert werden. Die Initiative hält es für demokratischer, dass schon eine Minderheit von nur 35 Prozent diese Verfassung ändern kann. Warum das demokratischer ist, erklärt sie uns allerdings nicht. Es ist angebracht, einmal darauf zu schauen, wie andere Bundesländer dieses regeln. Wir haben 15 andere Bundesländer und elf von diesen 15 Bundesländern haben, wie wir Hamburger auch, eine 50-Prozent-Quote plus gegebenenfalls Zwei-Drittel-Beteiligung. Zwei Bundesländer schließen kategorisch aus, die Verfassung überhaupt durch Volksgesetzgebung zu ändern. Thüringen hat eine 40-Prozent-Quote und nur Bayern hat eine 25-Prozent-Quote, allerdings, bevor Sie frohlocken, mit deutlich größeren administrativen Hürden, bevor man überhaupt so weit kommt. Das heißt, was wir in Hamburg machen, ist ein einmaliger Akt der Begünstigung von Minderheiten auf Kosten der Mehrheit.

Aber wir bleiben nicht nur bei der Frage der Veränderung der Verfassung stehen, auch einfache Gesetze, also Landesgesetze außerhalb der Verfassung sollen nach Vorstellung der Initiatoren künftig von 17,5 Prozent der Abstimmungsberechtigten in Hamburg geändert werden können. Nun klingt das Wort einfaches Gesetz, also Landesgesetz, harmlos und vielleicht denkt auch mancher, so ein kleines, einfaches Gesetz kann man auch mit ein paar Leuten ändern. Vielleicht sollte man sich einmal ins Gedächtnis rufen, was denn so manches einfache Gesetz in dieser Stadt sein kann.

Zu den einfachen Landesgesetzen gehört zum Beispiel die Frage, in welchen Situationen Polizisten in Tötungsabsicht auf einen Menschen schießen dürfen, nämlich der berühmte finale Rettungsschuss, Paragraf 25 SOG. Es gehört auch dazu die Frage, ob wir in dieser Stadt Gymnasien behalten oder sie abschaffen wollen, denn wer sie abschaffen möchte, muss nur Paragraf 17 des einfachen Landesgesetzes, des Schulgesetzes, ändern und schon gibt es nach Beschluss von 17,5 Prozent der Hamburger keine Gymnasien mehr. Oder kommen wir zu einer elementaren Frage für uns Hamburger, das Hafenausbaugesetz, das wir brauchen, um diese wichtige Lebensader für uns Hamburger zu erhalten, ein einfaches Gesetz, das künftig mit 17,5 Prozent beschlossen werden kann und der Hafenausbau in Hamburg ist beendet.

Die Initiatoren bleiben in ihrer Begründung leider relativ still und sagen nichts dazu, warum derart gravierende Entscheidungen von weniger als einem Fünftel der Hamburger Abstimmungsberechtigten getroffen werden können. Mir fällt dafür keine Begründung ein und ich finde es unglaublich, dass zentrale Entscheidungen für das Überleben der Stadt von 17,5 Prozent der Abstimmungsberechtigten getroffen werden können.

(Beifall bei der CDU – *Jens Kerstan GAL:* Wie viel Prozent haben Sie denn gewählt?)

Manchmal ist es auch wichtig, dass der Gesetzgeber in der Lage ist, auf neue Umstände schnell zu reagieren und entsprechend zu handeln. Trotzdem wollen die Initiatoren dieses Volksgesetzes, dass Volksgesetze nicht mehr nur geändert werden können, sondern wir ab jetzt einen extrem aufwendigen und langwierigen Verfahrensschritt brauchen, um überhaupt Änderungen vornehmen zu können.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Und wofür brauchen wir das?)

Die Regelungen, die die Initiatoren erdacht haben, würden bewirken, dass jedes Änderungsgesetz, das auch nur am Rande ein Volksgesetz betrifft, frühestens drei Monate nach Verkündung wirksam werden kann, auch dann, wenn selbst die Initiatoren die Änderung als richtig und dringlich betrachten. Verlangen innerhalb dieser kurzen Frist noch einmal 2,5 Prozent der Hamburger Wahlberechtigten einen weiteren Volksentscheid, kann es ein Änderungsgesetz ohne Volksentscheid nicht mehr geben. Mit einer solchen Bestimmung, verehrte Kollegen, könnte eine kleine, gut organisierte Gruppe unverantwortliche Verzögerungen hervorrufen, die für Hamburg in hohem Maße schädlich sind. Das alleine wäre schon Grund genug, diesen Teil des Gesetzespakets abzulehnen, den die Initiatoren geschnürt haben.

Hinzu kommt aber auch noch, dass zu diesen überflüssigen Regelungen eine ganze Reihe von Regelungen kommen, die vor allem verkennen, dass auch in Volksgesetzgebungen Fehler passieren können, und zwar schwerwiegende Fehler.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie machen keine Fehler?)

Es ist überhaupt kein Geheimnis, dass Gesetze häufig, und zwar ohne jede Ausnahme, egal, ob Volksgesetz oder Parlamentsgesetz, Fehler enthalten. Wir machen Fehler, die Kollegen im Bundestag machen Fehler und auch andere Kollegen in anderen Landtagen machen Fehler.

(*Farid Müller GAL*: Ja und?)

Das Problem dabei ist nur, wenn wir einen Fehler machen und ihn erkennen, sind wir in der Lage, ihn zu ändern. Mit diesem Verfahren der Volksgesetzgebung werden Sie Fehler in Gesetzen nicht mehr ernsthaft ändern können. Das dauert Monate, wenn nicht gar Jahre.

Ich will Ihnen ein paar schöne Beispiele nennen, wie gut volksbeschlossene Gesetzgebung sein kann; wir haben ein ganz klassisches Beispiel. Im volksbeschlossenen Wahlrecht ist die gesamte Bandbreite gesetzgeberischer Fehlermöglichkeiten vorhanden. In der Ursprungsversion hätte dieses Wahlrecht Hamburg unregierbar gemacht. So hat das Verfassungsgericht in seinem Urteil vom April dieses Jahres auch deutlich gemacht, dass es nur eine einzige Beanstandung gegeben hat und diese bezog sich auf eine Regelung, die die Volksinitiative durchgezogen hat. Ich will mich gar nicht über die rechtswidrigen und demokratiefeindlichen Verlängerungen von Amtsdauer und von Bezirksversammlung unterhalten, aber ein Beispiel sollte man hier immer wieder erwähnen, wenn es um die Qualität dieser Gesetze geht. Das Wahlgesetz der Initiatoren enthielt dem Wortlaut nach eine starre Landesliste. Gewollt war natürlich – das wissen wir inzwischen alle – eine flexible Landesliste. Wenn man diesen Entwurf so wörtlich genommen hätte, dann hätten alle Wähler, die ihre Stimmen zum Beispiel einem Kandidaten gegeben hätten, der ganz unten auf der Liste stand, am Ende festgestellt, dass sie leider umsonst abgestimmt haben, weil dieser rechtstechnische Fehler dazu geführt hätte, dass ihre Stimmen ohne jeden Effekt gewesen wären.

Die Initiatoren haben mit ihrem Wortlaut also genau das Gegenteil dessen formuliert, was gemeint war. So etwas kann vorkommen, natürlich kann so etwas passieren. Das Problem ist nur, dass noch nicht einmal die Initiatoren in der Lage gewesen wären, diesen Fehler in einer angemessenen Zeit zu korrigieren. Ein Parlament kann das und ein Parlament darf sich in dieser Möglichkeit, Gesetze zu ändern, wenn es denn notwendig ist, nicht einschränken lassen.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zu den finanziellen Aspekten dieses Antrags. Dieser Volksentscheid soll allen kommenden Initiatoren von Volksentscheiden letztendlich einen Blankoscheck ausstellen. Es sollen Ausgaben in unbegrenzter Höhe beschlossen werden können, ohne dass die Initiatoren darlegen müssen, woher das Geld kommt. Mit unerquicklichen Fragen möchte man sich dort lieber nicht belasten. Ob vielleicht das Vorhaben, das man so populär der Öffentlichkeit verkaufen möchte, Steuererhöhungen oder staatliche Leistungskürzungen nach sich ziehen wird oder man dafür Schulden machen muss, überlässt man gerne den anderen; diese Arbeit mögen bitte die Parlamente machen. Wie leichtsinnig es wäre, eine solche Regelung in die Verfassung aufzunehmen und damit quasi unveränderlich zu machen, muss nicht weiter gesagt werden. Alle Bemühungen der Kollegen, auf der Haushaltsebene momentan eine Schuldenbremse in dieser Stadt einzuführen, wären mit dieser Volksinitiative endgültig gestoppt, weil keiner mehr sagen müsste, woher das Geld für die Wohltaten kommt, die man in dieser Stadt verteilen möchte.

Ich will aber an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass in meiner Fraktion große Zweifel an der Grundgesetzkonformität dieses Volksbegehrens bestehen. Die Hamburgische Verfassung darf nicht in Widerspruch zum Grundgesetz stehen; das nennt man Homogenitätsprinzip. Das Grundgesetz kennt Volksentscheide nur in zwei Sonderfällen und setzt das Übergewicht des parlamentarischen Gesetzgebers gegenüber der Volksgesetzgebung als selbstverständlich voraus.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie kennen sich ja aus in der Gesetzgebung!)

Die Regelungen, die die Initiatoren anstreben, würde das Verhältnis zwischen dem parlamentarischen Gesetzgeber und dem Volksgesetzgeber nachhaltig verändern, und zwar in einer Weise, die fraglich machen würde, ob wir mit dieser Regelung dem Grundgesetz überhaupt noch entsprechen würden.

(*Jens Kerstan GAL:* Warum sind Sie denn nicht zum Verfassungsgericht gegangen?)

Alle Zweifel, seien sie rechtlicher oder politischer Art, können nur zu einem Entschluss führen: Dieses Volksbegehren am 14. Oktober muss abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will an dieser Stelle gerne die Gelegenheit wahrnehmen, es den Hamburgerinnen und Hamburgern deutlich zu sagen: Retten Sie unsere Verfassung so, wie sie ist und stimmen Sie beim Volksbegehren am 14. Oktober mit Nein.

Aber wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht einem anderen. Ich will am Ende jemanden zitieren, der sich hier immer für berufen hält.

> "Man braucht Volksentscheide nicht per Verfassung verbindlich zu machen. Niemand wird sie ändern, wenn es nicht absolut unvermeidlich ist."

– Zitatende.

(Zurufe von der SPD)

Diese Formulierung ist fantastisch und man kann sie durch nichts ergänzen. Ich hoffe, Herr Kollege Dressel, dass Sie diesen Beitrag, den Sie 2001 in einem Projekt für die Landeszentrale für politische Bildung geschrieben haben, heute noch einmal wiederholen werden. Ich kann Sie nur auffordern, konsequent zu sein und zu dem zu stehen, was Sie damals so richtig geschrieben haben. Stimmen auch Sie und Ihre Kollegen am 14. Oktober mit Nein bei diesem Volksentscheid.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Man sollte buchstäblich die Kirche im Dorf lassen. Ein paar Bemerkungen zu Herrn Voet van Vormizeele sollte man doch noch einmal machen, weil uns hier vorgespielt wurde, Hamburg werde geradezu unregierbar gemacht, wenn all das am 14. Oktober durchkäme. Das einzige Problem in dieser Stadt wird sein, dass die CDU damit nicht klarkommt. Die Bürger werden schon wissen, was sie am 14. Oktober machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer davon redet, dass Wahlperiodenverlängerungen demokratiefeindlich seien, hat eigentlich nicht mitbekommen, dass es ganz viele sehr seriöse Landesparlamente gibt, die sehr wohl darüber diskutieren, Wahlperioden zu verlängern.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Aber nicht in der laufenden Wahlperiode!)

Das hat nicht den Ruf von Demokratiefeindlichkeit, sondern dient vielleicht auch Abgeordneten, in fünf Jahren klüger zu werden.

Von daher würde ich den Zusammenhang zwischen Demokratiefeindlichkeit und diesen Begriff nicht wählen. Aber ich glaube, dass das, was wir heute diskutieren, in Wirklichkeit ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zur Steigerung der Politikverdrossenheit ist. Wer die CDU-Broschüre liest – und wir haben sie alle erst relativ spät bekommen –, der wird den Eindruck nicht los, dass es hier um den unmittelbar bevorstehenden Untergang des christlichen Abendlandes geht. Aber eines wird auf eine geradezu entlarvende Art und Weise deutlich: Die CDU hat Angst vor dem Volk.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn man in einem Antrag oder später in einer Broschüre von Drahtziehern spricht, so ist das in meinen Augen Demagogie pur und würde, wenn es hier in einem Wortbeitrag gebracht würde, fast getadelt werden. Drahtzieher ist ein Begriff, der die Initiatoren ganz bewusst in eine Ecke stellt, in die sie in dieser Stadt nicht gehören.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Die CDU scheut sich nicht, bei einfachen Gesetzen wie der Abschaffung von Gymnasien, finaler Rettungsschuss und Verkleinern von Elbdeichen Vergleiche anzustellen, was dieser Stadt in Wirklichkeit bevorsteht. Das zeigt, dass sie sich mit diesem Thema weiterhin nicht ernsthaft auseinandersetzt. Wenn Sie von gut organisierten kleinen Gruppen sprechen – das wird von Ihnen in dem Text mehrfach bemüht –, dann kommt die Frage auf, ob Sie die FDP meinen? Ich sage Ihnen, die ist nur klein. Aber ich weiß gar nicht, wer diese gut organisierten kleinen Gruppen sein sollen. Nur kein Neid, das bekommen Sie vielleicht auch noch hin.

Festzuhalten bleibt, dass Ihre Formulierungen, dass auch kleine, gut organisierte Gruppen in der Menge von Bürgerinnen und Bürgern gegen das Volk entscheiden werden, und zwar werden Entscheidungen von Ihnen bewusst, vielleicht aus einer mittelgroßen, gut organisierten Gruppe heraus gegen das Volk geführt, dass man durchaus davon reden kann, dass das Wiederholungstäter sind. All das, was wir Ihnen in Debatten zu verschiedenen Punkten als Resozialisierungsmaßnahmen angeboten haben, dass Sie mit uns auf die richtige Seite kommen, hat zu wirklich nichts geführt. Von daher glaube ich, dass Ihre Drahtzieher in der Fraktion in dieser Frage wirklich nichts dazugelernt haben, denn ich glaube immer noch an das Gute in Ihnen, dass Sie alle nicht das glauben können, was Herr Voet van Vormizeele hier gesagt hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie prangern immer wieder an, dass Millionen Kosten entstehen werden, wenn das Volk in der Politik mitreden soll.

Ich bin schon immer der Meinung gewesen, dass, wer Demokratie und die Pflicht zur Demokratie mit Haushaltstiteln aufrechnet, wenig begriffen hat. Aber der entscheidende Punkt ist, dass Sie auf dieser Seite des Hauses vergessen, dass Millionen Kosten durch den von der CDU einsam durchgeboxten Beschluss entstanden sind, Volksentscheid und Wahltag zu entkoppeln. Davon ist bei Ihnen in der Broschüre überhaupt nicht mehr die Rede.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Besonders bemerkenswert finde ich diese Angst, dass die Verfassung verändert werden könne. Ich glaube, dass Verfassungen immer verändert werden müssen, weil sie genauso altern wie wir alle und weil sie nicht immer dem entsprechen, was zeitgemäß ist. Von daher sollte man dieses Menetekel einer Verfassungsänderung gar nicht so hoch hängen. Die Hamburger Demokratie wird auch weiterhin in diesem Parlament passieren. Auch in Zukunft werden hier die politischen Entscheider dieser Stadt sitzen. Wer immer so tut, als sei das anders, tut das entweder, weil er es nicht besser weiß oder weil er vielleicht glaubt, dass er es nicht gut kann. Die Volksgesetzgebung wird auch in der Zukunft den Ausnahmefall darstellen. Wer für sich selber sicher ist, die richtige Politik zu machen und richtige Entscheidungen zu fällen – und ich denke, das sind wir –, braucht überhaupt keine Angst vor dem Volk zu haben und braucht auch nicht die Volksgesetzgebung als einen Supergau zu empfinden.

Wir müssen noch einmal deutlich machen, was SPD und GAL in dieser Frage wollen, denn, wenn man diese drei Thesen nennt, wird deutlich, wie groß die Unterschiede in Wirklichkeit sind. Wir wollen eine höhere Verbindlichkeit von Volksentscheiden, wir wollen diese Volksentscheide grundsätzlich am Wahltag und wir wollen, dass Volksentscheide zukünftig bürgerfreundlicher werden. Wir werden auch in Zukunft Volksentscheide als verbindlich ansehen. Wir wissen, dass das nicht immer bequem ist und auch manchmal weh tun kann. Wir brauchen dazu keine Kampagne, die Angst schürt und auch keine Deiche und Gymnasien in dieser Frage zu bemühen, sondern wir brauchen nur 607.468 Hamburger, die sich unter den von Ihnen erschwerten Bedingungen auf den Weg machen und mit Ja stimmen werden.

Die Bürger, die mit Ja stimmen, werden sich natürlich auch an LBK und Wahlrecht erinnern, denn wer in Hamburg mit Ja stimmt, macht sich ja nicht auf den Weg in eine Minderheitendemokratie. Einem Eindruck aus Ihrem Antrag muss man besonders energisch widersprechen: Wenn wir in Hamburg mit Ja stimmen werden, dann sind wir nicht die einsamen Vorreiter in Sachen Volksdemokratie, sondern wir sind im nationalen und internationalen Vergleich mit den Quoren, die dort bestehen, gut aufgehoben. Das können Sie immer wieder betonen. Der Kollege Dressel kann das wunderbar vorrechnen. Ich bin ein bisschen rechenschwach, das überlasse ich dann ihm. 425.000 Hamburger müssen für eine Verfassungsänderung stimmen und 213.000 Hamburger für ein einfaches Gesetz. Nun werden uns die Bürger fragen, ob das viel oder wenig ist und wir können ihnen als Antwort immer eine Zahl nennen: 223.015 Stimmen haben gereicht, dass Ole von Beust als Bürgermeister gewählt wurde.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das stimmt nicht!)

Damals hat niemand in diesem Parlament von angewandter Minderheitendemokratie gesprochen, jedenfalls habe ich das nicht vernommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Bei allen Reden zum Wahlrecht, die wir in der letzten Zeit des Öfteren gehalten haben, habe ich damit geendet, dass ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler in dieser Stadt ein gutes Gedächtnis haben: LBK und Wahl-

rechtsänderung, zweimal an der Mehrheit der Bürger vorbeiregiert. Das Gedächtnis der Bürger in dieser Frage ist verdammt gut. Die Hamburger werden vom 22. September bis zum 14. Oktober mit Ja stimmen und die Demokratie wird deshalb nicht aus den Angeln gehoben werden. Wir werden uns weiterhin in der Bürgerschaft treffen. Für Ihre Ängste in Sachen Volk und Demokratie gibt es eigentlich nur ein Rezept – eine bessere Politik. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Müller hat das Wort.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als wir letzte Woche davon gehört haben, dass die CDU-Fraktion die Info-Broschüre für den Volksentscheid zur Debatte angemeldet hat, haben wir uns sehr gefreut, weil wir gedacht haben, einmal über die Inhalte des Volksentscheids zu diskutieren. Es wird ja auch Zeit, dass sich das Parlament auch inhaltlich damit auseinandersetzt, wenn ein paar Wochen später solch ein wichtiger Volksentscheid in dieser Stadt stattfindet.

Heute nun erreichte uns Ihre Stellungnahme, die Sie als Stellungnahme der Bürgerschaft verabschieden wollen. Ich kann ganz deutlich und klar sagen, dass das Entsetzen in meiner Fraktion über Ihre Darstellung,

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Mein Gott, weinen Sie doch!)

wie die Bürgerschaft zu diesem Volksentscheid stehen soll, groß ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir in dieser Frage unterschiedlicher Meinung sind – wir kommen gleich noch einmal zu den Inhalten, die Sie dort beschreiben –, sondern wir haben ein bisschen den Eindruck, dass sich die absolute Mehrheit der Union bei den vielen Umfragen dem Ende neigt und Sie immer hektischer werden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Was wollen Sie denn eigentlich?)

Die Kampagne, die Sie gegen diesen Volksentscheid starten wollen, zeigt, dass Sie offenbar Angst haben, dass dieser Volksentscheid im Oktober erfolgreich sein könnte und das Ende Ihrer Alleinregierung noch besiegelt. Sie haben nicht die Idee, mit Inhalten zu reagieren und zu überzeugen, sondern das Einzige, das Ihnen in dieser Situation einfällt, ist eine Angstkampagne mit üblen demagogischen Inhalten und eine Art, die wir von demokratischen Parteien in dieser Stadt nicht kennen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was fällt Ihnen ein? Was kann man tun, wenn man inhaltlich ein schlechtes Gewissen hat, was die Volksentscheide in dieser Stadt betrifft, denn dieser Volksentscheid – vielleicht kann man das einmal in Erinnerung rufen – findet deswegen statt, weil Sie die wichtigsten Volksentscheide der letzten Periode ignoriert, sie also gekippt haben. Deswegen stehen wir hier heute und haben diesen Volksentscheid im Oktober, bei dem die Mehrheit in dieser Stadt endlich dafür sorgen wird, dass Volksentscheide auch wirklich Entscheide sind und bleiben.

Meine Damen und Herren! Sie wollen die Menschen verunsichern. Sie wollen verschleiern, dass es bei diesem Volksentscheid um die Frage geht, was Volksentscheide in dieser Stadt noch wert sind und dass es nicht um Ihre Minderheitendemagogie geht. Es geht darum, wie die Verfassungskrise, die Sie ausgelöst haben – Volk gegen Bürgerschaft – gelöst werden kann. Schauen wir uns doch einmal Ihre Kampagne an, die Sie heute starten wollen. Dort steht auf Seite 1:

"Wollen Sie, dass ebenso wenige über so viele entscheiden?"

Dazu bringen Sie drei Punkte, die wahrscheinlich Menschen bedeuten sollen gegen 70 Punkte auf der anderen Seite, die angeblich die Mehrheit der Bevölkerung symbolisieren sollen. Dieses Verhältnis ist eine Lüge. Was durch den Volksentscheid passiert, ist, dass demnächst mindestens 35 Prozent der Wahlberechtigten einem Verfassungspunkt zustimmen müssen. Aber das Verhältnis von 35 zu 65 Prozent wird hier nicht abgebildet. Das ist eine Lüge. Hier erwecken Sie den Eindruck, dass drei Menschen in dieser Stadt die Verfassung ändern können.

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Wenn Sie das so meinen!)

Das ist Demagogie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und GAL)

Dann kommen wir zu den Haushaltsdingen. Das ist auch sehr lustig, was Sie uns da weismachen wollen. Sie schreiben, das Volk kann demnächst Gesetze verabschieden, bei denen die Haushaltsfrage völlig ungeklärt ist. Das Einzige, das in diesem Punkt neu geregelt wird, ist, dass klargestellt wird, dass Gesetze wohl auch Haushaltsfolgen haben. Vielleicht sollten wir uns das auch als Parlamentarier hin und wieder vor Augen führen, dass das wohl so ist. Es wird nicht die Regel angefasst, dass Volksentscheide zu Haushaltsfragen generell nicht passieren dürfen. Es wird auch nicht angefasst, dass es beispielsweise keine Volksentscheide zu Gebühren geben kann. Das hat auch die Volksinitiative bitter erfahren müssen, die sich zu den Studiengebühren in dieser Stadt auf den Weg gemacht hat. Nein, meine Damen und Herren, hier geht es lediglich um eine Klarstellung, dass eine Volksinitiative auch ein Gesetz auf den Weg bringen darf, das finanzielle Folgen hat. Machen wir uns nichts vor: Fast jedes Gesetz in dieser Stadt hat irgendwelche finanziellen Folgen. Deswegen wird dort auch hineingeschrieben, dass die Stadt die Volksinitiativen gerade über die Folgen beraten soll, die Sie ohne die Haushaltsbücher, die Informationsmonopol der Exekutive und Legislative sind, gar nicht einsehen können. Daher haben wir dort sogar eine Beratung eingebaut, damit ungefähr klar wird, um was es hier geht. Aber was machen Sie? Sie verunglimpfen diesen Punkt zu einem Dollpunkt, dass hier in den Haushalt der Stadt eingegriffen wird und Millionen Euro abenteuerlich ausgegeben werden. Auch das ist Demagogie.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss dieses Pamphlets, das Sie heute abstimmen wollen, haben Sie noch nicht einmal den Mut, eine Telefonnummer anzugeben, auf welchem Mist dieses Ding gewachsen und geschrieben worden ist.

(*Frank-Thorsten Schira CDU:* Können wir noch machen!)

Was hier passiert ist, soll den Eindruck erwecken, dass das gesamte Parlament dahinterstehen würde.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das steht auch dahinter!)

Das ist die Wahrheit, die heute verabschiedet werden soll und das ist auch der Skandal. Sie stehen nicht zu Ihrer eigenen Kampagne, sondern verstecken sich hinter dem Namen der Hamburger Bürgerschaft. Ich finde das beschämend.

(Beifall bei der GAL)

Aber, meine Damen und Herren von der Union, uns jagt diese Kampagne trotzdem keine Angst ein, auch wenn Sie das beabsichtigen.

(*Michael Neumann SPD:* Sie macht uns Mut!)

Wir sind nämlich überzeugt, dass sie nach hinten losgehen wird und ich sage Ihnen auch warum.

Sie spielen sich hier als Hüter der Verfassung auf. Da kann man nur sagen, da lachen doch die Hühner. Sie waren es doch, die zweimal einen Volksentscheid gebrochen haben und deswegen vor dem Verfassungsgericht gelandet sind.

Meiner Ansicht nach und der Ansicht vieler anderer, auch der des Minderheitenvotums der Richter, haben Sie damit zumindest den Geist der Verfassung gebrochen.

Dann sind Sie zweimal vom Verfassungsgericht gestoppt worden. Ich kann Sie noch einmal an den Volksentscheid am Wahltagerinnern. Das Verfassungsgericht hat Sie gestoppt, weil Sie sich an der Verfassung vergangen haben.

(Lachen bei der CDU)

Beim Kippen des Wahlrechts haben Sie auch einen verfassungswidrigen Wahlmodus genannt. Auch hier hat Sie das Verfassungsgericht gestoppt.

Wer zweimal in einer Legislaturperiode vor dem Verfassungsgericht scheitert und sich dann am Ende als die Hüter der Verfassung aufspielt,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Da sind Sie ja jetzt raus!)

der ist nicht mehr glaubwürdig. Man kann nur noch anmerken, ob Sie noch alle Sinne beisammen haben?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Duden, ich kann Ihnen nur recht geben. Der zweite Grund, warum wir keine Angst vor dieser Kampagne haben, ist, dass Verfassung nichts Statisches ist, sondern sie entwickelt sich. Sie haben selbst ausgeführt, dass es in den letzten Jahren zehn Veränderungen gab.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Die letzten 55!)

Es ist nichts Statisches und man muss es nicht als Monstranz vor sich her tragen. Es ist auch kein Fetisch. Wenn das so wäre, dürfte es Volksentscheide gar nicht geben, denn diese wurden vor ungefähr zehn Jahren in dieser Stadt eingeführt, im Übrigen mit Ihrer Zustimmung.

Nein, auch das jagt uns keine Angst ein und schon gar nicht Ihr Gejammer, dass 35 Prozent aller Wahlberechtigten demnächst in Hamburg eine Verfassungsänderung durchführen dürfen. Sie, Herr Kollege Voet van Vormizeele, haben selbst erwähnt, dass es in Bayern 25 Prozent sind. Ich kann mich nicht erinnern, dass Bayern in den letzten Jahren deswegen unregierbar geworden ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwelche Minderheiten gegeben hat, die die Bayerische Verfassung in den Grundfesten erschüttert hat.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Die haben ja auch Hürden, die Sie nicht wagen, umzusetzen!)

Wo ist also die Staatskrise, die Sie an die Wand fahren? Es gibt keine. Aber ich habe das Gefühl – und hier hat Frau Duden völlig recht –, Sie machen eine Angstkampagne, weil Sie vor dem Volk Angst haben. Das ist doch die Wahrheit, über die wir hier eigentlich reden sollten. Das wissen auch die Menschen in der Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Interessante ist, dass Sie wieder einmal die Stimmung völlig falsch einschätzen. Die Menschen haben doch keine Angst vor Volksentscheiden, sondern sie haben inzwischen Angst vor Ihnen, dass die Volksentscheide hier nicht geachtet werden und dass die ganze Prozedur von Ihnen so erschwert wird, dass es zu Volksentscheiden gar nicht mehr kommt.

Gott sei Dank hat das Volk das jetzt mit dem Volksbegehren gestoppt. Aber ich weiß nicht, woher Sie die Annahme haben, dass die Menschen in dieser Stadt Angst vor diesem Volksentscheid hätten und dass danach die Staatskrise ausgerufen werden würde. Mag sein, dass Sie sich das in Ihren Funktionärsklüngeln an fünf Fingern abgezählt haben. Aber das hat nichts mit der Stimmung in dieser Stadt zu tun.

Abschließend möchte ich zu diesen drei Punkten sagen die Gründe anführen, warum wir keine Angst vor dieser Angstkampagne haben, die Sie hier auf alle Wahlberechtigten loslassen wollen, wohlgemerkt ohne Absender. Daher sind wir in dieser Frage beruhigt.

Nicht beruhigt sind wir, ob diese Kampagne in der Frage des politischen Umgangs in dieser Stadt ihre Wirkung haben wird. Wenn eine Regierungsfraktion mit absoluter Mehrheit auf die Idee kommt, derart in einem Volksentscheidverfahren und in einer Debatte zu agieren, dann fragt man sich natürlich, wozu Sie noch alles fähig sind, um Ihre absolute Mehrheit zu retten.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Reden Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

Haben Sie sich einmal überlegt, wie Sie diese 35 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger als Extremisten gleichsetzen? Das sind 420.000 Wählerinnen und Wähler, die Sie in eine Minderheitenecke packen. Das sind mehr Wählerinnen und Wähler, die Sie für die absolute Mehrheit erhalten haben und den unterstellen Sie nun, dass sie verrückte Sachen mit der Hamburger Verfassung machen. Merken Sie eigentlich, wie absurd Ihre Argumentation und wie schräg Ihr Bild über die Hamburgerinnen und Hamburger ist? Ich habe das Gefühl, Sie merken nicht mehr sehr viel.

(Beifall bei der GAL)

Die CDU bricht Volksentscheide und hat dann auf einmal Angst um die Verfassung. Wir haben das Gefühl, dass sich die CDU wie der Fuchs im Hühnerstall verhält, nach dem Motto: Haltet den Dieb. Ich habe einiges kaputtgemacht, aber wen schert das.

Ein Punkt noch zum Schluss: Herr Voet van Vormizeele hat gejammert.

(*Bernd Reinert CDU*: Er hat nicht gejammert! – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie jammern!)

Durch diese neue Regelung für die Verbindlichkeit wäre das Parlament nicht mehr handlungsfähig. Wir halten das Parlament gerade durch diese Regelung handlungsfähig, weil das Parlament jederzeit einen Volksentscheid ändern kann. Wenn es sich um rein technische Fehler handelt, Herr Voet van Vormizeele, wird es keine 30.000 Unterschriften in dieser Stadt geben, die man auch erst einmal sammeln muss und die Sie im Übrigen noch nie gesammelt haben.

30.000 Unterschriften für eine technische Änderung sind absurd. Und Sie erzählen den Menschen, dass dadurch das Parlament blockiert wird. Dass drei Monate ein Gesetz angehalten wird, was kurz zuvor ein Volksentscheid bricht, ist nicht das Ende der Demokratie und des Parlamentarismus. Wir haben doch gerade das Nichtraucherschutz-Gesetz verabschiedet und das tritt erst ein halbes Jahr später in Kraft. Ich habe nirgendwo gehört, dass dadurch die Demokratie in Gefahr ist. Was Sie hier aufbauen, ist ein Popanz. Das wird zu einer Debatte in dieser Stadt führen. Es ist nur sehr traurig, dass Sie mit einer solchen Art in die Debatte hineingehen. Das haben wir so bisher nicht erlebt und hierfür schäme ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Jäger hat das Wort.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Müller, dass Sie uns hier Demagogie vorwerfen, finde ich angesichts Ihrer Rede ein starkes Stück.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Ahrons CDU:* Ja, das muss ich auch sagen!)

Und das gilt nicht nur vor dem Hintergrund dieser Rede, die Sie soeben gehalten haben, Herr Müller.

An sich wollte ich in meinem Beitrag an späterer Stelle inhaltlich auf Ihren Zusatzantrag eingehen. Aber nach meinem Kenntnisstand ist es auch jetzt noch so, dass die Post von sich aus von diesem Plan Abstand genommen hat. Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, stellt Ihre Presseerklärung zu diesem Thema eine bodenlose Unverschämtheit dar.

(Beifall bei der CDU)

Ihre unakzeptable Wortwahl will ich hierbei gar nicht kommentieren. Herr Müller, Herr Dressel, diese Unverfrorenheit und diese Entgleisungen richten sich selbst.

(*Katja Husen GAL:* Können Sie mal zitieren?)

– Nein, die Sachen sind derart geschmacklos, Frau Husen, dass ich sie hier nicht wiederholen möchte, und zwar ganz bewusst nicht.

(Beifall bei der CDU – Unmutsäußerungen von der SPD und der GAL – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Dr. Jäger, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller zu?

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Nein. –

(*Farid Müller GAL:* Das ist feige! – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Müller.

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Inhaltlich hat Herr Voet van Vormizeele zu den vorliegenden Änderungen und den Gründen, warum wir sie ablehnen, alles gesagt. Ich möchte aber noch einige Bemerkungen zu Ihrem Informationstext ausführen, meine Damen und Herren von der SPD und der GAL.

Frau Duden hat uns hier wegen des Begriffes "Drahtzieher" Polemik vorgeworfen. Wenn ich mir aber Ihren Text anschaue, dann tauchen dort Begriffe auf, wie "verscherbelt", "hundsmiserabel", "Demontage". Spricht das für Ihre Glaubwürdigkeit?

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der GAL)

Ja, das hören Sie nicht gern, aber das ist so. Zudem arbeiten Sie mit Halbwahrheiten. So führen Sie richtigerweise an, dass das Hamburgische Verfassungsgericht die Wahlrechtsänderungen der CDU in einem Punkt für verfassungswidrig erklärt hat. Sie erwähnen aber natürlich nicht, dass dasselbe Gericht im gleichen Urteil auch Teile des vom Volk beschlossenen Wahlrechts für verfassungswidrig erklärt hat.

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU:* Richtig!)

Der Verstoß des Volksgesetzes wurde vom Verfassungsgericht sogar als gravierender bezeichnet, als der Verstoß der CDU. Das passt Ihnen natürlich nicht in den Kram.

(*Jens Kerstan GAL:* Wo steht das denn?)

Aber vor diesem Hintergrund müssen Sie sich schon fragen lassen, ob es tatsächlich klug war, diese Passage Ihres Textes mit dem Satz enden zu lassen, ich zitiere:

"Auch hier wusste es das Volk besser."

(Beifall bei der CDU)

Als frech finde ich auch die Behauptung, dass erst die CDU das Wahlrecht so kompliziert wie nie mache.

(*Jens Kerstan GAL*: Doch! Stimmt!)

Das geht nun vollständig an den Tatsachen vorbei. Die Kompliziertheit des Wahlrechts folgt allein aus dem Entwurf der Volksinitiative. Sie erwähnen doch sogar in Ihrer Stellungnahme, dass es vergleichbare Regelungen in vielen Bundesländern auf kommunaler Ebene gebe. Die Bürgerschaftswahl ist jedoch eine Landtagswahl und diese Bedeutung haben wir ihr mit der Einführung der Listenstimme auch wieder zurückgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Satz zu dem Zeitpunkt. Frau Duden, Sie haben hier die Kosten erwähnt. Aber das ist aus meiner Sicht keine Frage der Kosten. Die Änderungen, die mit diesem Volksentscheid durchgeführt werden sollen, sind so gravierend, dass sie das Grundgefüge zwischen parlamenta-

rischer und Volksgesetzgebung verschieben. Wenn das mit einem entsprechenden Quorum so gewollt wird, dann wird das hinzunehmen sein. Aber diese Entscheidung müssen die Bürger dann in voller Kenntnis der Umstände und der Bedeutung der vorgesehenen Änderungen treffen. Das kann nicht gleichsam en passant als Nebenentscheidung einer Wahl getroffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fangen wir vielleicht mal kurz mit dem Thema dieser Werbeaktion an beziehungsweise der Frage, ob es sehr sinnvoll ist, das auf den Hamburger Briefkästen ein solcher Aufkleber zu finden ist.

Wir haben in den letzten Tagen versucht, eine interfraktionelle Verständigung hinzubekommen, weil es eigentlich eine sinnvolle Sache ist und hier im Haus sogar befürwortet wird, die Leute auffordern, an dieser erleichterten Briefabstimmung teilzunehmen und Sie darauf hinzuweisen, dass jeder Briefkasten ein Wahllokal ist, und zwar unabhängig von der Frage, ob man für oder gegen diesen Volksentscheid ist.

Wo haben Sie an dieser Stelle das Problem, hier eine Werbung für den Volksentscheid durchzuführen, denn Sie können auch für Ihre Kampagne werben und trotzdem nehmen die Leute daran teil. Nein, hier ist der Beweis, dass es Ihnen darum geht, diesen Volksentscheid zu hintertreiben. Ein weiterer Beweis Ihrer Verlogenheit bei diesem Thema ist, dass Sie den Termin in den Oktober und nicht auf den Wahltag gelegt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Unmutsäußerungen von der CDU)

Wenn Sie sich jetzt als Retter der Verfassung hinstellen, so werden sich viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt die Frage stellen: Wer rettet die Verfassung vor der CDU?

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Neues Niveau der Debatte jetzt hier!)

Und wir erklären Ihnen: Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen in dieser Kampagne nicht auf den Leim gehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Müller hatte bereits auf die einschlägigen Erfahrungen der CDU mit der Verfassung hingewiesen. Zweimal hat es eine Klatsche in dieser Wahlperiode gegeben. Wir können auch immer wieder an 1993 erinnern. Das war die Höchststrafe für eine demokratische Partei, dass wegen Ihrer verfassungswidrigen Kandidatenaufstellung die Wahl wiederholt werden musste.

(*Barbara Ahrons CDU:* Also ich finde, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Insofern sollten Sie mit dem Spruch – Rettet die Verfassung – sehr vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Haben Sie eigentlich zwischendurch einmal das Gesetz, als Sie das dann bei irgendeiner Werbeagentur in Auftrag gegeben haben, gelesen, um was es hier eigentlich geht? Man sollte doch sehr vorsichtig sein, wenn man dann das Wort Populismus an mehreren Stellen in den Mund nimmt, beispielsweise, ich zitiere:

"Diese Änderung würde dem Populismus Tür und Tor öffnen."

Wenn man sich das Ganze durchliest, was vor Populismus nur so strotzt, so muss man sich wirklich fragen, ob Sie sich gelegentlich dann auch mit den Inhalten noch einmal befassen, die Sie uns hier zur Abstimmung vorlegen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dann gehen wir einmal weiter in dem Papier auf die Seite mit den 66,6 Prozent. Die Buchstaben sind so groß geschrieben, dass das auch Ihre Hinterbänkler lesen können. Hier sagen Sie, dass diese Prozentzahl bisher für eine Verfassungsänderung ausreicht und jetzt bei den Bürgerinnen und Bürgern nur noch 35 Prozent. Auch hier hilft vielleicht mein kleiner Blick in die Verfassung, denn auch eine Verfassungsänderung wegen des Volksentscheides macht hier eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Das Zustimmungsquorum ist doch erst der zweite Teil. Vielleicht sollten Sie wenigstens einmal die Verfassung zu Ende lesen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Bei 35 Prozent Teilnahme! Bei einem Drittel der Menschen!)

Daher ist auch das an der Stelle reine Demagogie.

Zum Thema der einfachen Gesetzgebung ist bereits einiges ausgeführt worden. Aber wirklich die Krone setzt hier Ihre Einlassung zum Thema auf, dass 2,5 Prozent der Wähler die Gesetzgebung blockieren können. Hier muss man zuerst einmal erklären, was der Volksentscheid an dieser Stelle will. Der Volksentscheid sagt nicht, dass der Bürgerschaft verboten wird, Volksentscheide zu ändern, sondern er sagt an der Stelle, dass es für das Volk eine erleichterte Möglichkeit geben soll, das Recht des Volksentscheids wieder in die eigene Hand zu nehmen. Das heißt, das Letztentscheidungsrecht zu haben.

Es ist klar, dass eine Regelung, der Bürgerschaft zu verbieten, gegen Volksentscheide vorzugehen, verfassungswidrig wäre. Das war auch der Punkt, der angeschnitten worden ist, dass das hinsichtlich des Homogenitätsgebots eine Verletzung von Artikel 28 gewesen wäre. Daher haben wir uns aus verfassungsrechtlichen Gründen dagegen entschieden.

Wir aber sagen Folgendes: Das Volk, das sowieso im Verfahren der Gesetzgebung benachteiligt ist, wenn es selbst ein Gesetz machen will, sollte in einem solchen Fall die Möglichkeit haben, dieses Recht wieder an sich zu ziehen, wenn eine Regierungsmehrheit sich einem Volksentscheid widersetzt. Das ist genau der Inhalt.

Es ist wirklich der blanke Hohn, wenn Sie sagen, Sie wollen ein Vetorecht bekommen, um damit Modifikationen und Verbesserungen an Volksentscheiden verhindern zu können. Das sagen Sie vor dem Hintergrund, den LBK gegen einen Volksentscheid verkauft zu haben. Was war denn das für eine Modifikation und Verbesserung an diesem Volksentscheid? Das sagen Sie zum Wahlrecht, wo Ihnen nachher eingefallen ist, dass das alles nicht geht und mit Ihrer Hinterzimmerpolitik nicht zusammenpasst. Was war denn das für eine Modifikation und Ver-

besserung am Volksentscheid? Es ist wirklich aberwitzig, was Sie an der Stelle aufgeschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Schlussgeschichte wird noch ein Thema für viele Hohlspiegel, wenn Sie sagen: Ja zum Volkswillen, Nein zu Populismus, stimmen Sie mit Nein. Sie glauben doch nicht ernsthaft, was Sie an der Stelle aufgeschrieben haben.

(*Bernd Reinert CDU*: Doch!)

Das ist schlicht lächerlich und da werden Ihnen die Hamburgerinnen und Hamburger nicht auf den Leim gehen.

Eine Sache noch zum Schluss, wo Sie sich jetzt als Gralshüter der Verfassung aufschwingen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, wenn Sie das alles für verfassungsrechtlich so bedenklich halten, einen Antrag beim Verfassungsgericht einzureichen und zu sagen, das ist alles ganz schwierig, das haut die ganze Verfassung aus den Angeln, das ist verfassungswidrig, darüber dürfen die Hamburgerinnen und Hamburger nicht abstimmen. Das wäre konsequent gewesen, wenn Sie davon überzeugt sind, dass alles so fehlerhaft ist. Das haben Sie nicht gemacht, sondern Sie setzen auf eine demagogische Kampagne in letzter Minute. Das wird Ihnen nichts nützen, weil die Hamburger genau wissen, um was es hier geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Abgeordnete von der CDU, ich hatte erst heute Gelegenheit, Ihre Stellungnahme zu sehen und als ich sie gesehen habe, habe ich mich erst entschlossen, hier ein paar Worte zu sagen.

Diese Art von Stellungnahme zeigt, dass Sie in Wirklichkeit gar keinen Begriff davon haben, warum wir überhaupt Volksgesetzgebung eingeführt haben. Wir machen doch nicht deswegen Volksgesetzgebung, weil wir das Volk für schlauer halten als das Parlament, das wäre Quatsch, sondern wir haben durchaus das Selbstbewusstsein, urteilsfähig zu sein. Wir machen deswegen Volksgesetzgebung, weil wir es für ein Mittel halten, die Republik dadurch zu stärken, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich an zentralen Entscheidungen argumentativ beteiligen; das ist der Sinn der Volksgesetzgebung. Überall, wo irgendwo in der Verfassungstheorie das Thema Volksgesetzgebung angesprochen worden ist, ist immer der Gesichtspunkt betont worden, dass die Bevölkerung anders als sonst argumentativ zu einem Thema Stellung nehmen kann. Und da, wo die Volksgesetzgebung zu einer politischen Kultur des Landes geworden ist, haben es die Beteiligten verstanden. Auch in der Schweiz ist das nicht von vornherein da gewesen, sondern das musste allmählich durch das Handeln der Akteure gelernt werden. Sie machen hier einen Schritt, der die Leute nicht an eine politische Argumentation heranführt und ihnen das Für und Wider darzustellen versucht, sondern Sie versuchen, sie mit allen möglichen Verdächtigungen schnell in Beschlag zu nehmen, sodass sie möglichst nicht intensiv darüber nachdenken. Das ist aber ein Außerkurssetzen des Sinns der Veranstaltung.

Wenn Sie zum Beispiel insinuieren, es steckten Drahtzieher dahinter, ist das doch ein Dunkelmänner-Argument. Man weiß doch ganz genau, wer in der Stadt dafür ist. Man weiß, dass "Mehr Demokratie", eine öffentliche Institution, die sich seit Jahr und Tag in der Stadt bewegt, dieses und jenes Argument hat. Warum reden Sie von Drahtziehern? Das erinnert mich an alte CDU-Plakate aus den Fünfzigerjahren: "Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau". Das war in Wirklichkeit eine Verdummung der lernenden Bevölkerung, weil es natürlich überhaupt nicht zutraf, dass der sozialdemokratische Gegner, mit dem Sie sich damals auseinandersetzten, irgendetwas mit Moskau im Sinn hatte, Herr Schuhmacher am allerwenigsten von denen, die damals im Bundestag waren.

(*Jörg Hamann CDU:* Was war mit Schröder?)

– Schröder ist doch kein Bolschewik. Sie sind doch verrückt, Herr Hamann, wenn Sie solche Unterstellungen machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist nicht nur Mandantenverrat, das ist Vernunftverrat.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Dr. Maier, seien Sie ein bisschen vorsichtiger mit Ihrem parlamentarischen Sprachgebrauch.

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): – Verzeihung. – Wie kann man Schröder einen bolschewistischen Politiker nennen? Wenn der irgendetwas nicht ist – er ist ein kapitalistennaher Politiker –, dann ein Bolschewik.

(*Jörg Hamann CDU:* Nun kommen Sie mal wieder zum Thema!)

Das ist grotesk, das kann nur von Herrn Hamann kommen.

(Beifall bei der GAL)

Sie sagen an anderer Stelle, einige haben vor, das Gymnasium abzuschaffen. Warum denn einige, was sind denn das für Dunkelmänner?

(*Michael Neumann SPD:* Lichtscheues Gesindel!)

Warum sagen Sie denn nicht, unsere parteipolitischen Gegner wie die GAL und so weiter wollen die gegenwärtige Gliederung des Schulsystems nicht und dabei hätte das Gymnasium mit den Klassen 5 bis 10 keine Chance. Das ist die Realität der Situation. Warum sagen Sie das nicht ausdrücklich, warum insinuieren Sie da wieder ein Dunkelmännerhandeln.

(*Bernd Reinert CDU:* Sie sind doch nicht mehr als einige!)

– Das sind mehr als einige, wir haben schätzungsweise 13 Prozent Wähler.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Mathias Petersen SPD*)

Überlegen Sie sich doch einmal den Gestus, mit dem Sie an diese Volksabstimmung herangehen. Ich bestreite Ihnen gar nicht das Recht, Ihre Argumente vorzutragen – insofern agiere ich jetzt ein bisschen anders als meine Vorredner –, aber bringen Sie doch Ihre Argumente, stärken Sie Ihre Argumente, aber bringen Sie sie bitte als

Argument in der öffentlichen Debatte. Bringen Sie sie als Argumente, die darauf zielen, die Hamburger Bürgerinnen und Bürger politisch schlauer zu machen und nicht als Argumente, die darauf zielen, sie in die Tasche zu packen und möglichst dumm zu halten, um dann darüber eine Mehrheit zu gewinnen. Das ist ein Verrat an der Idee der Volksgesetzgebung, im Grunde ist das sogar eine Missachtung der Republik. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum CDU-Antrag aus der Drs. 18/6826. Die GAL-Fraktion hat hierzu gemäß Paragraf 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt. Frau Martens und Frau Thomas werden Sie daher gleich in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie den Antrag annehmen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen mit Nein und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung. Die Antworten mögen bitte deutlich sein und alle anderen verhalten sich ruhig. Das können wir gleich mal üben, ich bitte um Ruhe. Frau Martens beginnt mit dem Namensaufruf.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? – Es sind alle aufgerufen worden, dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und in wenigen Minuten mitgeteilt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 17.43 Uhr

_____

Wiederbeginn: 17.49 Uhr

Meine Damen und Herren! Sie können sich auf Ihre Plätze begeben. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir haben das Ergebnis. Bei der Abstimmung über den CDU-Antrag aus der Drs. 18/6826 gab es 60 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist der CDU-Antrag, Drs. 18/6826, angenommen worden. Somit wird der Inhalt dieser Drucksache Teil der Stellungnahme der Bürgerschaft.

Wir kommen dann zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drs. 18/6827. Dieser Antrag ist von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft vorgelegt worden. Ich stelle fest, dass der Antrag somit mit dem nach Paragraf 19 Absatz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Damit wird auch der Inhalt dieser Drucksache der Stellungnahme der Bürgerschaft beigefügt.

Wir kommen schließlich zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drs. 18/6855. Wer möchte diesen beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Auszählung der Stimmen für die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Es sind 111 Stimmzettel abgegeben worden, davon war ein Stimmzettel ungültig, also 110 Stimmzettel gültig. Herr Dr. Lutz Mohaupt erhielt 72 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Mohaupt gewählt worden.

Wir kommen zu Punkt 22, Drs. 18/6573, Senatsmitteilung: Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe – hier: Vorlage des Kinder- und Jugendberichtes (Paragraf 27).

**[Senatsmitteilung:
Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – hier: Vorlage des Kinder- und Jugendberichtes (§ 27)
– Drs. 18/6573 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien–, Kinder– und Jugendausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Frau Dr. Hilgers, bitte.

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Dies ist heute meine Abschiedsrede als kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft. Wie es der Zufall will, kommt endlich der noch amtierende Senat seiner Pflicht zur Vorlage eines Kinder– und Jugendberichts nach und gibt mir die Gelegenheit zu ein paar grundsätzlichen Worten.

Der vorliegende Bericht macht noch einmal sehr deutlich, wie fahrlässig und wenig inspiriert Sie, Frau Schnieber-Jastram, mit dem Thema Kinder- und Jugendpolitik umgegangen sind und umgehen. Vieles ist klein-klein, so klein, dass man die Lupe bemühen muss, um ein Körnchen zu finden. Diese Körnchen werden dann im Ausschuss beraten werden. Sie rühmen sich vor allen Dingen für Selbstverständliches, den Nachvollzug von gesetzlich verbrieften Rechtsansprüchen oder gar für die Rücknahme eigener, nicht eingestandener Fehler. Politisch brisant ist zusätzlich das, was Sie auslassen, Ihre blinden Flecke im Bericht. Wer soll zum Beispiel, Frau Senatorin, einen Kinder- und Jugendbericht Ernst nehmen, in dem die Heterogenität der Hamburger Stadtteile und die von Ihnen verschärfte soziale Spaltung der Stadt nicht vorkommen, ein Bericht, in dem Kinderarmut kein Thema ist.

Politisch peinlich an vielen Stellen ist das, was Sie als beabsichtigt anführen. Diese Absichten und Ankündigungen sind zum Teil schon mehr als angestaubt: auf Seite 16 die Reich-Studie, die endlich irgendwann kommen soll, und die Weiterentwicklung des Kita-Informationssystems, auf Seite 17 Tagespflege als Beruf – darüber reden wir auch seit Jahren –, auf Seite 45 der PROJUGA-Ersatz – wie lange ist das Thema schon en vogue –, auf Seite 48 ein Jugendhilfeangebot für die Grenzfälle von psychiatrisch und delinquent auffallenden Jugendlichen. All dies sind zum Teil jahrelange Ankündigungen.

Nun zum Selbstverständlichen. Frau Senatorin, natürlich steigen die Versorgungsgrade im Kita-Bereich, denn das ist eine Folge des Kinderbetreuungsgesetzes. Die Einführung des Elterngeldes und die anspringende Konjunktur haben in Verbindung mit den durch die Volksinitiative durchgesetzten Rechtsansprüchen zwangsläufig einen Ausbau für die Kinder berufstätiger Eltern zur Folge, insbesondere im Krippenbereich und bei den arg zurückgefahrenen ganztägigen Angeboten.

Dann zu einem der zurückgenommenen Fehler: Natürlich steigen die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung, wenn man aufhört, durch unsinnige Vorgaben die Anspruchsberechtigten zurückzudrängen. Ich prophezeie Ihnen, dass Sie schon recht bald in diese Bürgerschaft mit einer erheblichen Nachforderungsdrucksache für beide Bereiche kommen werden, die meiner Einschätzung nach 40 bis 50 Millionen Euro ausmachen wird. Dies, Frau Schnieber-Jastram, ist aber beides noch keine kinder- und jugendpolitische Idee, sondern nur der Nachvollzug von Gesetzen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Das zeigt: keine Linie, keine Perspektive in zentralen Fragen. Sie haben grundsätzlich die soziale und bildungspolitische Dimension in der Kita-Politik in frühkindlicher Bildung nicht begriffen. Sie handeln, wenn überhaupt, in der Regel nur als Getriebene wie beim Kinderbetreuungsgesetz oder bei den vernachlässigten Kindern und andere wie die Träger und Verbände der Kinder- und Jugendhilfe handeln an Ihrer Stelle verantwortungsvoll in dieser Stadt. Dafür und für die gute Zusammenarbeit mit diesen Trägern und Verbänden danke ich diesen hier ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Ohne diese kreativen Elemente in der Stadt sähe es bei Ihren Versäumnissen, Frau Schnieber-Jastram, wahrlich finster aus. Sie haben den frühen Zugang für Kinder arbeitsloser Eltern verschlechtert oder ganz versperrt und diesen Zugang für die Eltern verteuert. Sie haben nichts dazu beigetragen, den Kreislauf von Armut und Bildungsferne zu unterbrechen, sondern ihn verstärkt. Hierzu liegt Ihnen seit dieser Woche ein Antrag von uns vor, der die Regelsätze für Kinder im Rahmen von ALG II überprüfen soll. Es hat eine Debatte in dieser Stadt darüber gegeben. 208 Euro für ein wachsendes und hungriges Kind sind zu wenig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben die Qualität von Kindertagesbetreuung verschlechtert; wir sind weit entfernt von europäischen Standards. Auf Seite 5 dieses Kinder- und Jugendberichts versuchen Sie einen hübschen Trick. Sie führen dort sieben von 14 Kernleistungsarten im Kita-Bereich an. Hier habe sich von 2002 auf 2005 in fünf von sieben Leistungsarten die Erzieher-/Kind-Relation verbessert. Sie führen aber sieben Leistungsarten nicht an. In diesen sieben nicht angeführten Leistungsarten hat sich in sechs von sieben die Relation verschlechtert, macht summa summarum acht von 14, in denen sich die Erzieher-/Kind-Relation verschlechtert hat und das bei Einführung eines neuen Systems, das mehr Flexibilität von den Erzieherinnen erfordert und auch neue Anforderungen stellt. Das ist ein versuchter Trick, der leider auffällt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Auch dazu liegt Ihnen heute ein weiterer Antrag von uns zur Umsetzung der gemeinsamen Bildungsstandards in Schule und Kindergärten vor. Sie schreiben auf Seite 15 des Berichts, die Umsetzung von Bildungszielen solle evaluiert werden – dolle Wurst, Frau Senatorin. Sie haben zudem, Frau Senatorin, die Eltern nicht entlastet, sondern in den letzten Jahren belastet. DGB und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände haben jüngst in einer gemeinsamen Erklärung die Beitragsfreiheit für frühkindliche Bildung nachdrücklich eingefordert. Was haben Sie getan? Sie haben eine wirre Regelung für Kinder mit Sprachförderbedarf geschaffen, die das letzte Jahr beitragsfrei stellt, aber nur für den Besuch der Vorschule. Das ist stümperhaft und Stückwerk.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Diese Dürftigkeit und dieses Ausblenden muss und wird ein Ende haben. Alle Kinder, Frau Senatorin, brauchen eine frühe und nachhaltige Förderung. Eltern brauchen für ihre Kinder eine qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung und Bildungsangebote. Für diese zentrale gesellschaftliche Aufgabe benötigen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinderbetreuungseinrichtungen gute Rahmenbedingungen und Anstrengungen in Aus- und Weiterbildung. Dazu haben Sie, Frau Senatorin, nichts beigetragen. Sie hatten und haben die falsche Prioritätensetzung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die pädagogische Qualität der Kinderbetreuung sowie die Bedürfnisse und das Wohl aller Kinder müssen gleichrangig und nicht hierarchisch geordnet ins Zentrum gestellt werden. Die Weiterentwicklung von Rechtsansprüchen, ihre Allgemeingültigkeit, die Beitragsfreiheit und die Qualitätsentwicklung sind gleichrangige, keineswegs absteigende Ziele.

Ich bin froh darüber, dass die SPD im Bund beim Krippenbeschluss darauf geachtet hat, dass es auch Anteile von Betriebskosten für die Länder gibt, denn das ist wichtig, wichtiger als die Investivmittel, denn hier liegt die Qualität verborgen. Das ist unser Programm.

Dieses Programm wird ab heute von meiner Nachfolgerin Carola Veit vertreten, die Sie, genau wie ich es als Fachsprecherin tat, auf die ihr eigene Art in die Mangel nehmen wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum guten Schluss ein paar persönliche Worte. Es ist mir, die ich zu Ende September mein Mandat aus beruflichen Gründen niederlegen werde, eine große Ehre gewesen, zehn Jahre diesem Parlament angehören zu dürfen. Es war mir nicht in die Wiege gelegt, so etwas zu erreichen, und ich bin stolz darauf. Viele Zufälle, große Anstrengungen und Hindernisse lagen auf dem Weg. Das war und wird meine biographische Triebfeder sein, um es den nachwachsenden Kindern und Jugendlichen leichter zu machen. Ich habe in diesem Parlament Höhen und schillernde Tiefen erlebt. Ich habe durchaus parteiübergreifend Freunde und Gegner gefunden. Mein Motto ist und war "Gute Politik lohnt die Arbeit aber ohne gründliche Arbeit gibt es keine gute Politik". Ich hoffe, Kolleginnen und Kollegen, meine Arbeit halbwegs ordentlich gemacht zu haben und danke Ihnen für die Zusammenarbeit.

(Lang anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Vielen Dank, Frau Dr. Hilgers. – Frau Strasburger, bitte.

Stefanie Strasburger CDU: Frau Dr. Hilgers, ich danke Ihnen für die letzten Worte, weil ich wirklich finde, dass es durchaus interessant und auch sehr produktiv war, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich wünsche Ihnen ganz persönlich viel Glück in Ihrer neuen Aufgabe und viel Spaß dabei.

(Beifall bei allen Fraktionen)

A Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Dem Vorwurf, dem hier vorliegenden Kinder- und Jugendbericht fehle es an inhaltlicher Substanz, möchte ich gleich zu Beginn folgendes Zitat aus dem vorhergehenden Kinder- und Jugendbericht aus dem Jahre 1999 entgegenstellen. Ich zitiere:

> "Der "Kinder- und Jugendbericht" vermittelt einen umfassenden Überblick über den Ausbaustand der Hamburger Jugendhilfe."
>
> (Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)
>
> "Er ist so konzipiert, dass er einer breiten Öffentlichkeit als Informationsquelle dienen kann. Bewusst wurde auf programmatische Aussagen verzichtet. Die Verständigung über die Perspektiven der Jugendhilfe in Hamburg bleibt dem öffentlichen Diskurs vorbehalten."

So, wie es damals die Opposition gesehen hat, sehen wir es heute auch. Der Bericht der BSG belegt aus unserer Sicht sehr eindrucksvoll die vielen richtigen und wichtigen Maßnahmen, die der von dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust geführte Senat umgesetzt hat. Und ich werde nicht müde, immer wieder zu betonen, wie richtungsweisend Hamburg hier aufgestellt ist. Vielleicht ist es bei Ihnen, liebe Opposition, noch nicht angekommen, aber mehrfache Wiederholung lässt Sie vielleicht auch lernen.

Unter Rotgrün wurden 17 ASD-Stellen abgebaut. Die CDU-Regierung unter Ole von Beust hat 18 neue Stellen geschaffen.

B (*Petra Brinkmann SPD*: Nachdem sie 25 Stellen abgeschafft haben!)

Unter Rotgrün wurden im Bereich Kinder- und Jugendhilfe 19,9 Millionen Euro gestrichen. Die CDU hat bis zum Jahr 2006 bereits 37 Millionen Euro neu investiert. Die von den Bezirksämtern für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellten Mittel sind in diesen letzten Jahren kontinuierlich angewachsen. Hier unterscheiden wir uns auch von den anderen Bundesländern. Wir sind eine familienfreundliche Stadt, weil wir Geld für unsere Kinder investieren. Das ist uns bisher großartig gelungen und die CDU ist eine Familienpartei.

(Beifall bei der CDU)

Und nicht überall, wo "sozial" draufsteht, ist auch "sozial" drin.

Nun, Frau Dr. Hilgers, zu Ihrem düster gezeichneten Bild der Kinderarmut in Hamburg. Ich gebe Ihnen recht. Kinderarmut ist das Schlimmste, von dem man reden kann. Sie ist wirklich zu bekämpfen. Ich glaube, das ist auch nicht fraktionsabhängig. Wir sollten aber gerade bei diesem Thema nicht polemisieren und durch Überzeichnung des Problems die Ängste der Menschen in dieser Stadt schüren.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU weiß um dieses Problem und hat in der vergangenen Woche auch einen Zehn-Punkte-Plan veröffentlicht, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Schade nur, dass die Genossen in Berlin dieses Zehn-Punkte-Programm nicht mit abgestimmt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

C Auch in Hamburg ist die CDU bei der Bekämpfung von Kinderarmut federführend. Ich erinnere Sie an die umfangreichen Maßnahmen im Rahmen von "Hamburg schützt seine Kinder".

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist doch ein Witz. Da haben Sie doch völlig versagt!)

Hierzu trägt aber nicht nur die BSG bei, sondern auch andere Behörden sind für die Bildungschancen aller Kinder in dieser Stadt verantwortlich und arbeiten daran, dass es allen Kindern in dieser Stadt besser geht.

(Beifall bei der CDU)

Der wirtschaftliche Aufschwung speziell in Hamburg trägt dazu bei, dass die Kinderarmut in Hamburg keinen Platz hat.

(*Gesine Dräger SPD*: Wie bitte!?)

Lassen Sie uns also sachlich an die Weiterentwicklung der familienfreundlichen Metropole Hamburg herangehen. Der Kinder- und Jugendbericht 2007 gibt uns eine gute Grundlage, positiv in die Zukunft zu schauen. Hamburg ist eine wunderschöne wachsende Stadt und mit unserer Politik wächst auch die Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, liebe Andrea, auch D ich wünsche Dir alles Gute für Deine nächste berufliche Zukunft. Die fast vier Jahre waren sehr lehrreich für mich. Ich habe bewusst, glaube ich, von Dir recht viel gelernt und dafür will ich mich auch noch einmal persönlich bedanken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Verehrte Frau Strasburger, ich bin am Anfang erst einmal ganz sprachlos, weil ich eins überhaupt nicht verstehen kann.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Das glauben wir Ihnen nicht!)

Das hat doch überhaupt nichts mit Überzeichnung und Schüren von Problemen zu tun. Wir haben in dieser Stadt ein reales Problem. Das Problem heißt Kinderarmut. Sie haben jetzt die Alternative, dieses Problem anzunehmen und zu erkennen, oder Sie haben die Möglichkeit, sich Scheuklappen aufzusetzen. Das ist genau das, was Sie, die CDU-Fraktion und dieser Senat immer wieder tun.

(*Stefanie Strasburger CDU*: Nein, das tun wir nicht. Das ist ja Quatsch!)

Es ist auch einfach enttäuschend, dass Sie als Fachpolitikerin sich auch noch freiwillig diese Scheuklappen des Senats aufsetzen und einen Bericht loben, der so lückenhaft ist, dass er wirklich nie und nimmer die Grundlage der zukünftigen Kinder- und Jugendpolitik dieses Senats darstellen kann.

Ich will gar nicht so sehr auf die Inhalte eingehen, das hat die Kollegin Hilgers schon gemacht. Ich möchte einmal einiges zur Entstehung dieses Berichtes sagen. Als ich diesen Bericht gelesen habe, kam mir doch Vieles selt-

sam bekannt vor. Und in der Tat finden sich in dem Bericht zahlreiche Pressemitteilungen des Senats, die eigentlich alle nur aneinandergereiht worden sind, seien es nun Ausführungen zum FIT, dem Familien-Interventionsteam, zum Kinderschutz oder zum ASD. Machen Sie sich einmal die Mühe, nehmen Sie die Pressemitteilungen des Senats, legen sie diese aneinander, heften Sie sie aneinander und Sie werden den Kinder- und Jugendbericht herausbekommen. Ein Berichtswesen, das als Grundlage weiterer Arbeit dienen soll, sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber wir kennen ja die Phobie dieser CDU und des CDU-Senats, was das Berichtswesen angeht. Beim Armutsbericht kämpfen wir ja heute noch darum, dass er vorgelegt wird. Richtig überraschend fand ich es auch nicht. Erinnern wir uns einmal an die Februar-Sitzung 2006. Da hat die GAL-Fraktion den Antrag gestellt, der Senat möge endlich einen umfassenden Kinder- und Jugendbericht vorlegen. In den Unterpunkten benennen wir nämlich genau die wichtigen Punkte, die dieser Bericht enthalten sollte: Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Hamburg, Kinder- und Jugendarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Kinder- und Jugendpartizipation und vieles mehr. Kindertagesbetreuung gehörte natürlich auch dazu.

Dieser Antrag ist von Ihrer Fraktion im Februar 2006 abgelehnt worden mit einer Begründung, die wirklich etwas haarsträubend gewesen ist, damals wie auch heute noch. Der ehemalige Sprecher Thorsten Kausch hat begründet:

> "Wir haben einen roten Faden. Wir haben die Prämisse. Insofern kann ich nur sagen, dass wir keinen Kinder- und Jugendbericht brauchen."

Und weiter, Thorsten Kausch:

> "Ich denke, es wäre ein extremer Arbeitsaufwand für die Verwaltung, (…) Ich sehe diesen Nutzen (…) nicht."

Jetzt haben wir einen Bericht und augenscheinlich kann man daraus entnehmen, dass die CDU und der Senat endlich festgestellt haben, dass ihnen der rote Faden in der Jugendhilfe abhanden gekommen ist und sie sich deshalb zu einem Bericht entschlossen haben. Das ist, finde ich, schon einmal die erste Einsicht. Was den befürchteten Arbeitsaufwand angeht: Der ist für die Verwaltung sicherlich ausgeblieben, denn dieser aus Pressemitteilungen zusammengeschusterte Bericht war wahrlich nicht so aufwendig.

Frau Strasburger, Sie haben den Bericht des rotgrünen Senats 1999 angesprochen. Das war auch gut so, denn es geht nämlich durchaus auch anders. Dieser Kinder- und Jugendbericht stellte sämtliche Leistungen der Jugendhilfe auf den Prüfstand und er hat, soweit es damals aktuell war, natürlich die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in den Bericht einbezogen. Der ganze Bricht war insgesamt, ich glaube, 140, 150 Seiten dick und ging kritisch mit der Jugendhilfe um.

> (*Rolf Harlinghausen CDU*: Dann muss er ja gut gewesen sein!)

Wenn Sie jetzt sagen, es interessiere Sie nicht, weil es Rotgrün war, brauchen Sie gar nicht so weit schauen. Ihre eigene Bundestagsfraktion hat in der Koalition einen wirklich recht guten umfassenden Kinder- und Jugendbericht erstellt. 669 Seiten hatte er, okay, das ist ja auch Bundesregierung, kann man sagen. So dick muss es hier nicht sein. Aber selbst Ihre Bundestagsfraktion hat nicht davor zurückgeschreckt, die Regierungsmaßnahmen selbstkritisch zu beleuchten. Ein einziges großes, dickes Kapitel beschäftigt sich mit dem sozialen Wandel und dem sozialen Kontext des Aufwachsens.

(Zuruf von der CDU)

– Ich weiß nicht, Sie brauchen sich nicht aufregen, wenn ich gerade Ihre Bundesregierung lobe, weil Sie nämlich in dieser Hinsicht endlich einmal gehandelt hat.

(Zuruf von der CDU)

Jetzt kommt es nämlich.

Das Ende dieses Kinder- und Jugendberichtes auf Bundesebene enthält mehrere Seiten Empfehlungen und das ist nämlich genau das, was hier fehlt. Denn darum geht es doch. Ein Berichtswesen macht doch nur dann Sinn, wenn eine umfassende Diagnose erstellt wird und sich dann eine Therapie daraus ableitet. Das hat der Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zumindest ansatzweise getan. Es steht auf einem anderen Blatt, ob die Große Koalition diese Empfehlungen wirklich alle umsetzt. Zumindest stehen die Empfehlungen dort.

Was hat der CDU-Senat hier in Hamburg fabriziert? – Einen Bericht, der schon die Diagnose nicht richtig stellen kann, weil er weite Bereiche einfach ausklammert. Es ist logisch, dass da überhaupt keine Therapie erfolgen kann. Ich will Ihnen einmal sagen, was nicht vorhanden ist, die Kollegin Hilgers hatte damit schon angefangen: Lebenslage der Kinder in Hamburg – nicht vorhanden, Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern – nicht vorhanden, offene Kinder- und Jugendarbeit – das ist wirklich der Hammer – total weißes Blatt im Kinder- und Jugendbericht des Senats, als gäbe es sie überhaupt nicht in Hamburg. Nebenbei: Der Einfluss von Medien im Alltag der Kinder – ein ganz großes Kapitel im Bundesbericht und ein sehr wichtiges, wie wir immer wieder feststellen – nicht vorhanden. Jugendpartizipation, eigentlich kein Wunder, das ist sowieso ein Fremdwort bei der CDU – noch nie gehört und darum auch nicht im Kinder- und Jugendbericht vorhanden.

Ich könnte die Liste noch weiter fortführen aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass dieser CDU-Senat sich wieder einmal bewusst die Scheuklappen aufgesetzt hat, weder links noch rechts geschaut hat und sich stattdessen selbstzufrieden feiert, ohne die wirklichen Probleme der Kinder in dieser Stadt zu benennen. Ich frage mich wirklich, Frau Senatorin Schnieber-Jastram: Wie lange wollen Sie noch die Augen verschließen vor der zunehmenden Kinderarmut, vor den gut 63.000 Kindern, die in Hamburg im Existenzminimum leben? Wie lange wollen Sie noch ignorieren, dass die Zahl dieser Kinder zunimmt? – Während wir 2003 noch 46.000 Kinder hatten, die im Sozialhilfebezug lebten, sind es 2005 bereits 63.500. Frau Strasburger, da sagen Sie, Kinderarmut gebe es hier in dieser Stadt gar nicht.

> (*Stefanie Strasburger CDU*: Nein, das habe ich so nicht gesagt!)

– Moment, wie haben Sie es gesagt? – Kinderarmut hat in Hamburg keinen Platz, Überzeichnung, die Probleme schüren.

Also bitte, bei einer Zahl von 63.500 armen Kindern ist dieses Problem wahrlich nicht überzeichnet. Das sind 23,4 Prozent aller Kinder in Hamburg, die in der Grundsicherung nach SGB II leben. Diese Zahl kann man in einem Kinder- und Jugendbericht nicht einfach ignorieren. Aber weil Sie das tun, bleibt das Fazit Ihres Berichtes eigentlich ganz eindeutig. Diagnose lückenhaft, Therapie fehlt vollständig und der Patient bleibt krank und 63.000 Kinder dieser Stadt rutschen weiter ins Abseits, nur weil dieser Senat und diese Senatorin sich in Selbstgefälligkeit sonnen. Das ist ein Drama.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit dem Jahre 2002 ist die Familienpolitik – ich glaube, das kann man mit gutem Recht sagen – eines der Schwerpunktthemen dieses Senats, aber nicht nur ein Schwerpunkt dieses Senats, sondern auch mein persönlicher Schwerpunkt.

(*Michael Neumann SPD*: Da will ich aber nicht wissen, wie Sie mit Themenfeldern umgehen, die nicht Ihre Schwerpunkte sind!)

Das hat sicher auch damit zu tun, dass ich bei meinen Terminen ganz viele Menschen mit Sorgen und Nöten treffe, aber auch solche, die ganz viel Mut und ganz viel Kraft haben. Das ist dann immer wieder meine Motivation, diesen Menschen helfen zu wollen und ihnen die nötige Unterstützung zu bieten.

Wir haben daher in Hamburg viele Projekte und Angebote erfolgreich umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Mit dem vorliegenden Bericht setzen wir uns mit den Lebenslagen von Familien, Kindern und Jugendlichen aus Hamburg auseinander. Er konzentriert sich auf Schwerpunkte der Jugendhilfe und beschreibt die herausragenden Entwicklungen und Veränderungen seit 2002 in Angebot und Ausrichtung der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe.

Wir haben Schwerpunkte gesetzt und neue Wege beschritten, die in den vier wichtigen Handlungsfeldern liegen. Erstens ist das die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zweitens der Ausbau und die Weiterentwicklung von Kindertagesbetreuung, drittens die Unterstützung und Entlastung von Familien und viertens der Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Bevor ich jedoch etwas zu den einzelnen Aspekten sage, lassen Sie mich etwas über das Thema sagen, das auch hier schon häufiger angesprochen worden ist, die Kinderarmut. Dieses Thema wird nicht zu Unrecht mit hohen Emotionen diskutiert. Lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen: Wir finden uns mit Kinderarmut nicht ab, im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte aber auch um mehr Ehrlichkeit in dieser Debatte. Eine reine Mitleidsdebatte hilft den Menschen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Hinter der Armut von Kindern steht immer mangelndes Einkommen,

(*Michael Neumann SPD*: Mindestlohn!)

meist sogar Erwerbslosigkeit der Eltern. Deswegen ist der Satz "Sozial ist, was Arbeit schafft" so richtig und so wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Satz verdeutlicht auch, dass durch Sozialleistungen die Ursache der Mittellosigkeit von Eltern nicht zu beseitigen ist. Wir arbeiten deswegen auf drei Ebenen gegen die Armut. Da Menschen ohne Einkommen arm sind, erhalten sie ganz erhebliche Geldleistungen für Miete, Strom, Heizung, Lebenshaltungskosten und so weiter, um menschenwürdig leben zu können. Dann gibt es eine Reihe von staatlich geförderten Sachleistungen: Stark vergünstigtes Essen in Schulen, Kindertagesstätten und bei pädagogischen Mittagstischen, Verzicht auf Zuzahlungen beim Büchergeld, finanzielle Förderung von Kinder- und Familienreisen und so weiter. Und schließlich beraten und unterstützen wir die Betroffenen durch viele staatliche Angebote oder auch staatlich mitfinanzierte Angebote und viele soziale Träger und Wohlfahrtsverbände, damit die Menschen Hilfe erhalten, ihre schwierigen Lebenslagen zu überwinden. Dies alles wird in Hamburg zusätzlich durch ein hervorragendes ehrenamtliches Engagement und Mäzenatentum der Bürgerinnen und Bürger unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, die staatliche Unterstützung beziehungsweise die Transferleistungen zu diffamieren. Wir müssen uns doch einmal verdeutlichen, was denn dahintersteht. Dahinter stehen alleine in Hamburg jährlich Beiträge in Milliardenhöhe, die die Steuerzahler dieser Stadt aufbringen. 2006 waren das rund 450 Millionen Euro Kosten allein für die Unterkunft, 160 Millionen Euro Kosten für die Grundsicherung und laufende Hilfen zum Lebensunterhalt und 50 Millionen Euro für Krankenhilfe – um nur wenige Beispiele zu nennen. Da ist Hartz IV – ein Gesetz, das übrigens von Rotgrün auf den Weg gebracht wurde und das auch wir am Ende mitgetragen haben, nicht, dass Sie sich jetzt klammheimlich davon verabschieden – noch gar nicht dabei.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das kritisiert doch gar keiner!)

Ohne diese Transferleistungen wären die Betroffenen tatsächlich arm. Daher ist es so wichtig, diese Menschen wieder in ein Erwerbsleben zu bekommen. Ein Kernpunkt für Familien und insbesondere Alleinerziehende, um berufstätig sein zu können, ist die Betreuung der Kinder.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Reich sind die geistig Armen!)

Wir haben bundesweit als vorbildlich anerkannt gehandelt. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kita-Gutschein für alle Berufstätigen mit Kindern bis zu 14 Jahren im benötigten Umfang ihrer Berufstätigkeit unterstützen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf wirklich umfassende Weise. Mit der 2004 gegründeten Hamburger Allianz für Familien stärken wir gemeinsam mit Handwerks- und Handelskammer die Familienfreundlichkeit in den Unternehmen und inzwischen verleihen wir regelmäßig das Hamburger Familiensiegel an Betriebe, die sich durch ihre Familienfreundlichkeit auszeichnen. Zusätzlich stehen viele Angebote für Mütter wie für Väter zur Verfügung.

A Aber Kindertagesbetreuung geht weit über die Bedeutung für Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus. Kindertagesbetreuung ist Ort früher Bildung und individueller Förderung. Deshalb haben wir in Hamburg den bundesgesetzlichen Betreuungsanspruch für alle Kinder erweitert. Statt für Drei- bis Sechsjährige vier Stunden täglich sind dies in Hamburg fünf Stunden inklusive Mittagessen, Letzteres übrigens für 60 Cent am Tag. Das ist eine Summe, die sich jeder leisten kann.

(*Michael Neumann SPD*: Dann ist ja alles super, dann können Sie ja jetzt aufhören!)

Zusätzlich sind durch uns verbesserte und verbindliche Bildungsstandards in der Kindertagesbetreuung eingeführt worden. Wir wollen die Kinder in ihrer Entwicklung stärken und ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen mit auf den Weg geben. Dazu gehört selbstverständlich auch mit hoher Bedeutung der Erwerb der deutschen Sprache. Hierzu haben wir neben vielem anderen jetzt eine vorgezogene Schulpflicht eingeführt und zusätzlich gibt es – Sie wissen es, Frau Dr. Hilgers – ganz unbürokratisch Geld für alle Kindertagesstätten mit hohen Ausländeranteilen.

Mit all diesen Maßnahmen hat Hamburg eine Spitzenposition in der Kindertagesbetreuung eingenommen. Die sehr guten Angebote zeichnen unsere Kindertagesbetreuung aus. Die steigende Zahl der betreuten Kinder bestärkt uns in unserem Vorhaben. Es waren 2002 noch knapp 49.800 Kinder in Einrichtungen, 2006 haben wir mehr als 56.000 Kinder in Kindertagesstätten und insgesamt werden mit mehr als 71.000 Kindern so viele wie noch nie in allen Angebotsformen betreut und gefördert.

B Lassen Sie mich zum dritten Punkt, zur Unterstützung und Entlastung für Familien, kommen. Wir haben die früh einsetzenden und entlastenden Angebote für Familien in verschiedenen Lebenslagen erheblich ausgebaut. Dazu ist eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt worden. Rund 100 Einrichtungen und Projekte wurden zusätzlich modellhaft erprobt. Bei Erfolg haben wir sie auch in die Regelfinanzierung übernommen. Wir wollen damit rechtzeitig und niedrig schwellig die Familien erreichen, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Deswegen haben wir Familienhebammen, Eltern-Kind-Zentren, Wellcome-Projekte, die Werbekampagne für Pflegefamilien und "Frühe Hilfen Altona", um nur einige Dinge zu nennen.

Kindern und Jugendlichen gehört unsere ganze Aufmerksamkeit. Dass Kinder und Jugendliche viele Entwicklungen durchmachen, ist, glaube ich, deutlich. Es ist nicht immer einfach mit Kindern, deswegen haben wir 2002 die Geschlossene Unterbringung wieder eingeführt und das Familien-Interventionsteam eingerichtet. Beide Einrichtungen sind gut und richtig und geben Kindern in solchen Situationen wieder eine Chance. Das Konzept hat sich bewährt, Verbindlichkeit und klare Regeln spielen wieder eine Rolle. Die jungen Menschen, die dort zu Hause sind, haben zum ersten Mal wieder eine Chance auf regelmäßigen Schulbesuch und auf einen Beruf. Ich glaube, dass ist sehr wichtig.

Zum Schluss der vierte Schwerpunkt, der Schutz der Kinder unserer Stadt. – Die Aufmerksamkeit lässt ein bisschen nach, das ist ja auch ein langer und umfangreicher Bericht, Frau Blömeke, Lesen lehrt das.

(*Michael Neumann SPD*: Die Art des Vortragens ist so, dass man nicht mehr zuhören kann!)

Der Schutz hat hohe Priorität. Der Tod der kleinen Jessica im März 2005 hat uns alle betroffen gemacht. Der Senat hat damals sehr schnell reagiert. Wir haben durch das Senatsprogramm "Hamburg schützt seine Kinder" verbindliche Informationsverfahren eingeführt, die personelle Ausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste hat einen Stand erreicht, den wir noch nie zuvor in der Stadt gehabt haben, einmal ganz abgesehen von vielen Entlastungen auch der sozialen Dienste durch das FIT und die Übertragung der Scheidungs- und Trennungsberatung auf Freie Träger, sodass wir in dem Bereich sehr viel geleistet haben. C

Der Hamburger Senat hat für alle diese Anstrengungen einen großen finanziellen Spielraum geschaffen. 2002 betrugen die Ausgaben 575 Millionen Euro. Wir haben sie bis 2006 um 69 Millionen Euro auf 644 Millionen gesteigert und 2007 haben wir einen um weitere 8 Millionen auf dann 652 Millionen Euro erhöhten Haushaltsansatz geschaffen. Wenn ich wollte, könnte ich Ihnen noch all das erzählen, was wir im Programm "Lebenswerte Stadt" für Familien und Kinder machen. Wir sind Überzeugungstäter und werden das auch bleiben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Überzeugungstäterinnen, die nicht gewillt sind, sich zu bessern, bekommen hoffentlich nächstes Jahr im Februar Strafverschärfung. D

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auch von mir noch einmal: Andrea, Du wirst uns in verschiedenen Funktionen sehr fehlen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, im hier vorliegenden Bericht heißt es wörtlich:

> "Damit legt der Senat gegenüber der Bürgerschaft Rechenschaft über wesentliche familien- und jugendpolitische Entscheidungen und Entwicklungen ab. In einem gesonderten Bericht wird sich der Senat mit den Lebenslagen von Leistungsbeziehern nach Sozialgesetzbuch II und XII (…) befassen, der die besondere Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen in diesen Leistungsbereichen beleuchten wird."

Das klingt zwar nett, aber im Klartext heißt es, dass gerade die Familien und Kinder, die am stärksten auf staatliche Hilfen angewiesen sind, in diesem Bericht nicht stattfinden.

Auf 73 nett gestalteten Seiten gibt es fast keine Informationen über die Kinder von Arbeitslosen, über Familien im Sozial- und Transferleistungsbezug, kein Wort über die, die auf solidarische Hilfe besonders angewiesen wären. Frau Dr. Hilgers und Frau Blömeke haben bereits gesagt, dass eine wesentliche Entwicklung, nämlich die der zunehmenden sozialen Spaltung der Stadt, die gerade im Bereich von Kindern und Jugendlichen, wo alle Weichen gestellt werden, so alarmierend ist, bei Ihnen komplett ausgeblendet wird und sie ist auch in der Rede der Senatorin ausgeblendet worden.

Eine wesentliche Entscheidung des Senats ist es offenbar, bestimmte Problemlagen einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Da wird sich hier hingestellt und gesagt, die Kinderarmut hätte keinen Platz in Hamburg. Wofür sind denn das Löwenhaus und die Arche da und warum gibt es sie, Frau Strasburger? Sie wollen nicht wissen, wie die unterschiedliche Entwicklung der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in den verschiedenen Stadtteilen Hamburgs aussieht; das ist zynisch.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dass dies, Frau Senatorin, kein wichtiges Handlungsfeld sein soll, das in so einen Bericht gehört, wie Sie eben sagten, versteht wohl niemand. Übrigens ist auch kein Kind für die Arbeitslosigkeit seiner Eltern verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Meine Damen und Herren! Wenn ein Senat Jahr für Jahr etliche Milliarden Steuergelder zur Verfügung hat, ist es nicht besonders bemerkenswert, davon auch ein paar Hundert Millionen für Kinder, Jugendliche und Familien auszugeben, insbesondere dann, wenn es sich im Wesentlichen um gesetzliche Leistungen oder Rechtsansprüche handelt. Das ist weder bemerkenswert noch eine besondere Leistung, es ist schlicht die Aufgabe dieses Senats; Frau Dr. Hilgers hat es bereits gesagt. Dass bei den Maßnahmen auch ein paar vernünftige sind, liegt in der Natur der Sache. Schließlich haben Sie von uns eine kompetente Verwaltung mit vielen exzellenten Kennern der Materie übernommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU – Ingo Egloff SPD:* Herr Hesse, wollen Sie das bestreiten?)

Bemerkenswert ist vielmehr, Herr Hesse, dass Sie sich einfach weigern, einen erheblichen Teil der Hamburgerinnen und Hamburger überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie schreiben in Ihrem Bericht, die seien nicht wesentlich und deshalb müssten sie auch nicht vorkommen. Frau Senatorin, damit bleiben Sie sogar noch hinter Ihrem Bürgermeister zurück. Der fährt nach eigenem Bekunden immerhin ab und zu, maskiert mit einer Baseball-Cap, durch die von ihm erkannten Problemstadtteile und schaut sich aus dem Auto heraus das Leben genau dieser Jugendlichen an, die Sie bewusst und mit voller Absicht bei Ihrer Politik ausklammern.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie ihn doch einmal, Frau Senatorin, vielleicht leiht er Ihnen mal seine Mütze und, Frau Strasburger, vielleicht kommen Sie auch gleich mit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

In Wahrheit entlarvt dieser Kinder- und Jugendbericht doch Ihre gesamte Politik. Wenn jemand nicht einmal wissen will, wie es den Bedürftigen dieser Stadt geht, wer eigentlich Hilfe benötigt, dann will er in Wahrheit auch nicht helfen und das, Frau Senatorin, ist die Ignoranz und soziale Kälte, die wir Ihnen regelmäßig vorwerfen.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD:* Leider müssen!)

Die Zeichen Ihres Nichthandelns sind zum Teil alarmierend. Im Juni haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bergedorfer Allgemeinen Sozialen Dienstes einen Brief an den Bürgermeister geschrieben. Sie haben Überlastungsanzeigen gestellt, weil sie nur noch mit unbezahlten Überstunden, Wochenend- und Nachtarbeit die schlimmsten Fälle verhindern und Kinder schützen konnten. Das passt übrigens nicht zu dem, was Sie vorhin erzählt haben, Frau Strasburger, und das war übrigens auch nicht der erste derartige Brief. Mühsam haben wir vor zwei Jahren im Rahmen der Jessica-Untersuchung das Thema ASD und Personal überhaupt nur erörtern können,

(*Petra Brinkmann SPD*: Genau!)

weil Sie sich lange geweigert haben und die Mitarbeiter Maulkörbe bekamen.

(Beifall bei der SPD)

Sie tönten stets, alles sei in Ordnung und das Personal reiche aus. Dann wurden irgendwann in den Bezirken zumindest die vorhandenen Stellen wieder besetzt, aber es war auch ganz schnell klar, dass das nicht reichen würde und diese Briefe belegen es. Sie haben seitdem in allen Ihren Berichten geschrieben, dass Sie, wie wir es gemeinsam im Sonderausschuss gefordert hatten, die Sollstärken der ASD-Mitarbeiter überprüfen und gegebenenfalls anpassen würden. Diese Arbeit haben Sie bis heute, mehr als zwei Jahre nach dem Tod von Jessica, immer noch nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Nun kommt aus Bergedorf wieder einmal Post und was macht der oberste Dienstherr? Gar nichts. Wir haben gestern im Familienausschuss nachgefragt: Es gäbe keinen neuen Sachstand, der Bergedorfer Brief habe überhaupt nichts ausgelöst und die Senatorin sei eigentlich auch gar nicht zuständig.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wie immer! – *Michael Neumann SPD*: Ist auch besser so!)

Meine Damen und Herren! Das ist keine glaubwürdige Politik. Während Sie einen bunten Strauß an Maßnahmen ankündigen und eben auch wieder angedeutet haben, knausern Sie ausgerechnet im Kernbereich des Kinderschutzes.

Frau Strasburger und Frau Schnieber-Jastram haben über einige Seiten dieses ungenügenden Berichts gesprochen, die sie immer wieder gerne betonen. Sie haben dabei auch wieder einige falsche Behauptungen wiederholt. Es stimmt, dass die Kindertagesbetreuung ausgebaut worden ist, aber doch nur, weil wir sie mit einem Volksbegehren durchgesetzt haben, nachdem Sie sie hier immer wieder abgelehnt haben, und die Eltern seitdem Rechtsansprüche haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ebenso stimmt es, dass eine Reihe der Hilfsmaßnahmen für Familien gut und sinnvoll sind. Einen Teil davon haben Sie sich ausgedacht, ein großer Teil hat seinen Ursprung in den Initiativen von uns und auch der GAL und ein nicht unerheblicher Teil ist durch Vorgaben der Bundesregierung möglich geworden, durch rotgrüne Initiativen, die jetzt mit einiger Verspätung auch Hamburg erreicht haben. Nehmen Sie Ihre Verantwortung auch gegenüber den 63.000 Kindern wahr, die in Hamburg in Armut leben.

(*Elke Thomas CDU:* Tut sie ja, macht sie ja, tun wir alle!)

Wenn Sie nicht endlich akzeptieren, dass Kinder und Familien kein lästiges Anhängsel der wuchernden Stadt sind, wenn Sie nicht endlich beginnen, sich um die zu kümmern, die es nötig haben, dann werden Sie Ihrer Verantwortung gegenüber der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht. Es reicht nicht aus, jede neue Schachtel Buntstifte für eine Hamburger Kita zu feiern, Frau Senatorin. Es ist nicht genug, eine halbe Stelle hier und eine kleine Maßnahme da zu feiern. Hören Sie auf, diejenigen auszublenden, die auf unserer aller Hilfe angewiesen sind; sie sind auch Teil dieser schönen Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Ihre Rede hatte einige andere Aspekte,

(*Elke Thomas CDU:* Gute Aspekte!)

die wir so bei Ihnen noch nicht oft gehört haben; sonst kommt immer gebetsmühlenartig dasselbe. Dieses Mal war auch ein bisschen Arbeitsmarktpolitik darin enthalten, das war ja nicht schlecht, es ist ein bisschen ganzheitlicher gewesen. Aber wirklich innovativ wäre es gewesen, wenn Sie sich hier hingestellt und konkrete Maßnahmen benannt hätten, um diesen 63.000 Kindern zu helfen, am besten gleich mit einem Konzept, welche Zugänge Sie für diese Kinder im Rahmen der Kindertagesbetreuung schaffen wollen. Da nützt es wenig, wenn Sie immer wieder beteuern, dass Sie in die Einrichtungen gehen und bei Ihren vielen Terminen mit den Sorgen und Nöten konfrontiert werden. Das nützt genauso wenig wie Ihr Bürgermeister, der sich hinsetzt und mit den Kindern Kartoffelpuffer isst. Das ist alles gut und schön, aber es kommt nichts dabei heraus. Sie gehen dorthin, aber Veränderungen erleben wir keine. Wir führen keine Mitleidsdebatte, eine Mitleidsdebatte sieht ganz anders aus, wir müssen aber die Probleme benennen.

Wir müssen die Probleme benennen und das passiert im Kinder- und Jugendbericht nicht und das passierte auch in Ihrer Rede eben wieder nicht. Sie haben gesagt, Sie arbeiteten auf drei Ebenen. Da kann man nur feststellen, dass gerade die Ebene der Kindertagesbetreuung eine absolute Schieflage hat. Da passiert gar nichts für die benachteiligten Kinder.

Hilfe erhalten in schwierigen Lebenslagen: Wo passiert denn das? Es fand doch in diesen drei Jahren keine Veränderung statt. Die Kinder nicht berufstätiger Eltern bleiben nach wie vor vor der Kita-Tür, anstatt in der Kita zu sein. Richtig ist, dass ihr Rechtsanspruch im Alter von drei bis sechs Jahren fünf Stunden beträgt. Aber in dem Alter, wo es darauf ankommt, die frühen elementaren Grundlagen zu legen, bleiben die Kinder vor der Tür. Das ist doch keine Hilfe, das ist ein Aussperren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Noch einen kurzen Satz zur Diffamierung. Sie haben gesagt, wir diffamierten Ihren Kinder- und Jugendbericht. Wissen Sie, wer diffamiert? Ihr Staatsrat,

(*Petra Brinkmann SPD*: Der sowieso!)

indem er behauptet, 208 Euro wären ausreichend und von 2,57 Euro könne man einen Fünfzehnjährigen durchaus gesund ernähren. Das empfinde ich als zynisch; das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen. Versuchen Sie einmal selbst, sich von 2,57 Euro zu ernähren. Wenn Sie dann noch einen Fünfzehnjährigen mit diesem Europreis ernähren wollen, dann geht das völlig daneben. Das empfinde ich als zynisch und deswegen geht es bei Ihrer Politik einfach nicht weiter. Das sind auch die Lücken, die wir im Kinder- und Jugendbereich haben, die füllen Sie nicht aus. Sie blenden sie aus, Sie klammern sie aus und ich kann mich nur wiederholen: Alles, was bleibt, ist eine schnöde Selbstgefälligkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drs. 18/6573 an den Familien–, Kinder– und Jugendausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Wir kommen zum Punkt 62 der heutigen Tagesordnung, Drs. 18/6773, dem Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", Maßnahmen aufgrund der Novellierung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Gesetzes zur Datenverarbeitung der Polizei.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Maßnahmen aufgrund der Novellierung des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Gesetzes zur Datenverarbeitung der Polizei
– Drs. 18/6773 –]

Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines ist in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode klar und deutlich geworden: Die Partei der Inneren Sicherheit in Hamburg ist allein die CDU.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erkenntnis wird in Hamburg nur noch von einigen Berufsnörglern infrage gestellt und an der Spitze dieser Berufsnörgler steht

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, hier bin ich!)

– meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie kennen ihn alle – der König der Anfragen, der oberste Innen-, Rechts- und Verfassungsexperte, der geschätzte Kollege Dressel.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Der macht das doch nur Teilzeit und nicht berufsmäßig!)

Er wird sich sicher gleich wieder bemühen, uns zu zeigen, dass die SPD es besser kann. Aber, Herr Dressel, das wird Ihnen auch heute nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU)

A Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen, was Sie sich bis 2001 im Bereich der Inneren Sicherheit geleistet haben. Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen, dass Sie in dieser Legislaturperiode gegen das neue Polizeirecht gestimmt haben. Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen, dass Hamburg die niedrigsten Kriminalitätszahlen seit über 20 Jahren aufweist und dass sie diese Zahlen nicht der SPD, sondern unserer Polizei, Innensenator Nagel und der CDU, zu verdanken haben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wo ist der heute eigentlich?)

Der heutige Antrag ist ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Sicherheitslage in unserer Stadt. Er dient der Umsetzung der Möglichkeiten, die uns das neue Polizeirecht einräumt. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum, für Videoanlagen in Polizeidienststellen und Funkstreifenwagen und für automatische Kennzeichenlesegeräte werden deshalb weitere 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Anschaffung weiterer Videoanlagen in Funkstreifenwagen sowie die Anschaffung der Kennzeichenlesegeräte. Diese Anlagen dienen nämlich der Sicherheit unserer Polizistinnen und Polizisten. Sie sind es, die für unsere Sicherheit ihren Kopf hinhalten, und sie sind es deshalb auch, die unsere Hilfe und Unterstützung in besonderem Maße verdienen. Deshalb freue ich mich besonders, dass die Bürgerschaft aus dem Sonderinvestitionsfonds auch Geld für eine verbesserte Sicherheit unserer Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stellt.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Die CDU schafft nicht nur bessere Gesetze für die Innere Sicherheit, sie sorgt auch
B dafür, dass diese Gesetze angewandt und umgesetzt werden können. Die Polizei bekommt die technische Unterstützung, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht. Deshalb, Herr Dr. Dressel, empfehle ich Ihnen zum Schluss die Lektüre eines Märchens, das vor den Toren Hamburgs spielt, nämlich in Buxtehude, das Märchen vom Hasen und Igel. Sie können noch so viel laufen, rennen oder sich abhetzen, es wird immer so sein, dass Senator Nagel und die CDU Ihnen das bekannte "Ick bün all dor" zurufen werden. Wir können es nämlich wirklich besser.

(Beifall bei der CDU – *Gerhard Lein SPD:* Das ist ein Märchen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon ein bisschen erstaunlich, welchen Popanz Sie für einen Antrag aufbauen, bei dem es um 500.000 Euro geht, wo es in Wahrheit nur eine Fortschreibung eines Antrags ist, den Sie 2005 schon einmal eingebracht haben und Sie jetzt quasi die letzte Rate noch einmal bewilligen. Es zeugt ein bisschen von Ideenarmut. Sie haben weder zum Thema Jugendgewalt noch zum Thema Rechtsextremismus Anträge vorgelegt; wir könnten noch andere wichtige Themen der Inneren Sicherheit nennen. Ihnen fallen nur 500.000 Euro ein, die Sie für die Fortschreibung dieses Programms bewilligen; das finde ich ein bisschen fantasielos.

Zum Personalabbau sagen Sie gar nichts. Hier geht es um Investitionsmittel, die Sie bereitstellen. Sie haben 151 Stellen im Polizeivollzugsdienst abgebaut, Sie sparen beim Polizeinachwuchs und, und, und, aber die 500.000 C
Euro sind dann drin. Das ist ein bisschen ideenlos und zeigt, dass Ihnen dazu außer den immer gleichen Parolen auch nicht mehr viel einfällt.

Wir können es trotzdem kurz machen, denn wir werden dem Antrag zustimmen, wie wir auch vor zwei Jahren der ersten Rate zugestimmt haben. Das hat der Kollege Jäger natürlich unterschlagen, als er eben etwas dazu gesagt hat, denn wir hatten, und das wissen Sie alle, bei dem Thema, wie es um das Polizeirecht steht, eine sehr differenzierte Position. Wir haben einen eigenen Entwurf vorgelegt. Bei vielen Maßnahmen stimmen wir überein, manche Maßnahmen finden wir zu weitgehend. Aber bei denen, um die es hier geht, glauben wir schon, dass sie ein Beitrag zur Sicherheit unserer Stadt sind und deshalb finden wir es auch richtig, dass das weiter fortgeschrieben wird.

Trotzdem möchte ich noch zwei, drei Bemerkungen zu den einzelnen Punkten machen. Bei der Videoüberwachung wäre es hilfreich gewesen, wenn Sie gesagt hätten, dass sich der ganz tolle Erfolg so, wie Sie die Videoüberwachung bisher durchführen, noch nicht eingestellt hat. Auf Sankt Pauli steigt weiterhin die Kriminalität, Sie müssen ständig Personal bei der Bereitschaftspolizei nachschießen, um die Sicherheitslage an jedem Wochenende in den Griff zu bekommen. So ganz toll kann Ihre Videoüberwachung an der Stelle nicht sein. Zumindest sollten Sie sich da noch einmal Gedanken machen, ein bisschen "controllen" und sich einmal fragen, ob das der Weisheit letzter Schluss ist, wie Sie das bisher umsetzen; Punkt eins.

Punkt zwei. Die Videoüberwachung in den Polizeidienst- D
stellen in Gewahrsamzellen haben wir von Anfang an gut gefunden, weil dies eine Möglichkeit bietet, Gefährdungen von in Gewahrsam genommenen Personen und auch von Bediensteten zu minimieren. Dies hatten wir auch in unserem Polizeigesetzentwurf, da sind wir völlig einer Meinung. Die Videoanlagen in Funkstreifenwagen werden von uns auch voll mitgetragen.

Ein aktueller Punkt ist die Frage, wie sich Gewalt gegen Polizeibedienstete entwickelt. Dazu hätten wir von Ihnen gerne ein Wort gehört. Es hat gerade am letzten Wochenende eine Antwort auf eine Große Anfrage gegeben, dass insgesamt die Übergriffe auf Bedienstete der Stadt einen neuen Höchststand erreicht haben, wenn man die Mitarbeiter in den Hartz-IV-Dienststellen mit dazu zählt; dazu von Ihnen kein Wort. Wir sollten wirklich gucken, wie wir die Bediensteten unserer Stadt besser schützen können. Diese Maßnahme kann dazu einen Beitrag leisten und auch diese tragen wir mit. Die Kennzeichenlesegeräte sind ebenso eine richtige Maßnahme.

Insofern war es ein bisschen neben der Spur zu meinen, bei diesem Kleckerkram eine Wahlkampfprofilierungsrede halten zu müssen. Es gibt wichtigere Dinge, über die wir uns grundsätzlich streiten können. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel hat schon viel gesagt. Herr Jäger, Sie bringen einen Antrag ein, der so langweilig ist,

dass die Innenbehörde nicht einmal den Staatsrat als Vertreter schickt,

(*Ingo Egloff SPD:* Die haben nicht einmal gemerkt, dass es den Antrag gibt!)

wenn wir uns zum zweiten Mal – und auch Ihre Fraktion ist relativ mittelmäßig besetzt – damit befassen müssen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Da würden mir einige Worte zu Ihrer Fraktion einfallen!)

– Selbstverständlich nicht qualitativ, Herr Kollege, wenn Ihnen das so wichtig ist.

Das Schlupfloch, das es im Sonderinvestitionsprogramm gibt, nämlich den sogenannten Investitionsfonds für unspezifische Maßnahmen, soll nun also zum zweiten Mal für polizeiliche Maßnahmen benutzt werden, die durch nichts evaluiert werden, die bisher durch nichts in irgendeiner Form nachprüfbar sind, die Innere Sicherheit in Hamburg verbessert zu haben. Sie gehen in Ihrem Antrag selber so weit, explizit noch einmal die Erfolgsquote der Kennzeichenlesegeräte zu erwähnen. Es ist bei einer – das kann man in meiner Kleinen Anfrage nachlesen – sechsstelligen Zahl von gelesenen Kennzeichen und einer Fehlerquote von über 50 Prozent bei den herausgefischten auffälligen Kennzeichen letztlich ein gestohlenes Kfz ermittelt worden. Das nenne ich eine Erfolgsquote, die auch die nächsten 500.000 Euro absolut nicht wert ist.

(*Thomas Böwer SPD*: Genau!)

Ich wünsche mir nicht zum ersten Mal, innenpolitische Debatten zu führen, die über das hinausgehen, was Sie uns hier angeboten haben, Herr Jäger. Es ist immer stärker notwendig, gerade in Anbetracht der Entwicklung von neuen Kriminalitätsschwerpunkten räumlicher Art, aber auch von neuen Kriminalitätsformen, die alle auf uns zukommen, uns fachlich/sachlich zu unterhalten und nicht nur polemisch. Die technische Sicherheit, die Sie in Hamburg gewährleisten wollen – das sage ich noch einmal deutlich –, ist durch nichts belegt. Deswegen müssen Sie erst einmal darstellen – das müssen Sie auch gegenüber den Wählerinnen und Wählern in dieser Stadt tun –, dass sie tatsächlich etwas dazu beigetragen haben, dass Hamburg sicherer geworden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem CDU-Antrag aus der Drs. 18/6773 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Da ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 50 der Tagesordnung, die Drs. 18/6800, dem Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße" insbesondere durch PUA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen, Abgeordnete, Abgeordneten- oder Fraktionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen an den Senat.

[Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße" insbesondere durch PUA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen, Abgeordnete, Abgeordneten- oder Fraktionsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen an den Senat (einschließlich Behörden und Landesbetrieben) und des weiteren Umgangs hiermit im Senat und den Fachbehörden und Landesbetrieben sowie an Dritte
– Drs. 18/6800 –]

Wer wünscht das Wort? Herr Krüger.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Außer Spesen nichts gewesen könnte das Resümee über diesen 314 Seiten starken Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Informationsweitergabe heißen. Die Höhe der Spesen – das haben Sie mittlerweile gesehen – werden wir sicherlich noch ermitteln wollen; sie werden beträchtlich sein. Gleichwohl möchte ich dem Arbeitsstab, der hier mehrheitlich vertreten ist, für die Fleißarbeit, die sich dahinter verbirgt, meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Rechtsverstöße wurden – das möchte ich schon einmal vorwegnehmen – von fünf Personen begangen, von Thomas Böwer, Christiane Blömeke, einer Mitarbeiterin des Arbeitsstabs und zwei Mitarbeiterinnen der Bürgerschaftskanzlei, von niemand anderem sonst.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt nicht!)

Das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft ist in allen Fällen längst eingestellt worden.

Aber zur Chronologie, lieber Kollege Dressel, was eigentlich geschehen war. Am 2. März 2006, also vor knapp anderthalb Jahren, hatte der Leiter des Arbeitsstabs PUA "Feuerbergstraße" einen Namen auf einer Verteilerliste für die Protokolle entdeckt, der dort nicht hingehörte, nämlich den Namen eines Mitarbeiters der Senatskanzlei. Herr Böwer – zur Erinnerung, das ist einer derjenigen, dem Rechtsverstöße vorgeworfen werden – wurde ganz schnell aktiv. Am 6. März heißt es in einer Pressemitteilung von ihm:

"Sollten der Bürgermeister und seine Stellvertreterin eine klärende Aussage verweigern, werten wir das als Eingeständnis, über diese illegalen Machenschaften zumindest informiert gewesen zu sein – wenn sie nicht sogar aktiv beteiligt waren."

Und im "Hamburger Abendblatt" setzt er dann noch eins drauf:

"Der Senat wird zu einer Vereinigung von Tricksern, Täuschern und Rechtsbeugern."

(*Michael Neumann SPD*: Ja, und?)

Als der PUA eingesetzt wurde, hat Herr Egloff uns hier erzählt, was SPD und GAL mit diesem PUA bezweckt haben. Er sagte nämlich:

"Der Grund für die Einbringung dieses Antrags ist der ernste Versuch der Exekutive, das schärfste Instrument der Legislative, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, auszuhebeln."

(*Ingo Egloff SPD:* Das stimmt auch!)

> "Niemals in der Geschichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse der Hamburger Bürgerschaft (…) ist vonseiten der Regierung der Versuch der Einflussnahme so massiv vorgenommen worden wie von diesem Senat."

(*Ingo Egloff SPD:* Sind doch weise Worte, Herr Kollege!)

Daraus entnehme ich, dass frühere Senate sehr wohl Einfluss genommen haben.

Und dann kommt noch:

> "(…) organisiert von der Senatskanzlei, die wie die Spinne im Netz saß."

(*Ingo Egloff* und *Michael Neuman*n, beide *SPD*: Das war Herr Schön!)

Das können Sie im Protokoll der Bürgerschaftssitzung nachlesen.

(*Michael Neumann SPD:* Ich sage nur Mettbach!)

Die Antworten auf Ihre Vorwürfe gegen den Senat haben sich SPD und GAL in ihrem Minderheitenvotum – das ist der Teil, wo wir als CDU wirklich gänzlich unverdächtig sind, mitgewirkt zu haben – selber gegeben. Da heißt es plötzlich ganz kleinlaut:

> "Die ersten drei Protokolle des PUA "Feuerbergstraße" gelangten durch ein Versehen von der Bürgerschaftskanzlei in den Bereich des Senats."

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das haben wir nie bestritten!)

Das hatte uns übrigens, liebe Kollegen, der Sonderermittler der Bürgerschaftskanzlei schon nach wenigen Tagen mitgeteilt; dem war nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Die Wahrheit kommt ans Licht! – *Bernd Reinert CDU:* Aber mehr war nicht!)

Dann zur Frage, wie weit denn nun die Sozialsenatorin und Zweite Bürgermeisterin involviert war. Auch da zitiere ich wieder aus Ihrem Minderheitenvotum. Uns ist vorgeworfen worden, wir hätten die Minderheitenmeinung nicht entsprechend berücksichtigt. Deshalb zitiere ich immer nur aus dem Minderheitenvotum, also Ihrem Anteil am Bericht:

> "Erkenntnisse darüber, dass auch die Leitung der Behörde für Soziales und Familie im engeren Sinne – zu der im Untersuchungszeitraum Frau Senatorin Schnieber-Jastram und der damalige Staatsrat Meister zählten – in Berührung mit PUA-Protokollen kam, hat der Ausschuss nur im Hinblick auf den damaligen Staatsrat Meister gewonnen."

Auch das ist nicht neu. Weiter heißt es dann:

> "Erkenntnisse darüber, dass Frau Senatorin Schnieber-Jastram vor März 2006 von dem Vorliegen von Protokollen des PUA "Feuerbergstraße" in der Sozialbehörde wusste, gibt es nicht."

Das sagen SPD und GAL.

Und zum Umgang mit dem Vermerk Nummer 18, der vermutlich in der Sozialbehörde schon auf dem Treppenhaus zu finden gewesen sein soll, jedenfalls ist er an die Presse gelangt:

> "Erkenntnisse darüber, dass Frau Senatorin Schnieber-Jastram die Anforderung des Vermerks Nummer 18 veranlasste oder hiervon wusste, gibt es nicht."

Sie wusste noch nicht einmal, dass es ihn überhaupt in der Behörde gegeben hat; auch das stellen SPD und GAL fest.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie wusste gar nichts, das ist viel schlimmer!)

Lieber Kollege Dressel, die Senatskanzlei als Spinne im Netz, Aushebelung des Untersuchungsausschusses, massive Einflussnahme durch den Senat, in Ihrem eigenen Bericht ist dazu absolute Fehlanzeige zu beobachten. Wenn Sie, Herr Egloff und Herr Böwer, der sich als Hinterbänkler geoutet hat, irgendetwas wissen, was nicht im Minderheitenvotum von SPD und GAL steht, dann sollten Sie uns das bitte heute sagen. Ansonsten ist das die Gelegenheit, sich endlich für die ausgesprochen polemischen Vorwürfe gegenüber dem Senat zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU)

Am Kollegen Böwer kann man übrigens das Phänomen der selektiven Wahrnehmung ganz hervorragend studieren.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Aber nicht so gut wie an Ihnen, Herr Krüger!)

Wie wir wissen, war für ihn schon am 6. März 2006 klar, dass der Senat eine Vereinigung von Rechtsbeugern sei. Über ein Jahr später, am 4. Mai 2007, heißt es dann in einer Pressemitteilung von Herrn Dr. Dressel:

> "Ebenso stünde mittlerweile fest, dass bei der Weiterleitung von Protokollen des PUA zur geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße durch Behörden und Senat 'geltendes Recht gebrochen' worden sei."

Dass sich Herr Dr. Dressel hier in indirekter Rede zitieren lässt, ist vielleicht schon ein Hinweis darauf, dass er sich beim Verfassen der Zeilen selbst nicht mehr ganz sicher gewesen ist. Aber so weit, so schlecht.

Um die Frage zu klären, welche Rechtsverstöße es denn tatsächlich gegeben hat, wurde der Arbeitsstab beauftragt, ein Rechtsgutachten zu erstellen. Dazu erklären SPD und GAL vollmundig in einer Pressemitteilung:

> "Dressel und Steffen kündigen an, die Darstellung des Arbeitsstabs …"

– also dieses Rechtsgutachten zu den Rechtsverstößen –

> "… als Teil ihres Votums in die Abschlussberatungen einzuführen."

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, weil Sie daran herummanipulieren!)

Das ist völlig konsequent, Herr Dr. Dressel, da man erwarten kann, dass so ein Rechtsgutachten auch wirklich Ross und Reiter nennt und man in der Darstellung des Arbeitsstabs nachlesen kann, wer denn alles Rechtsverstöße begangen hat. Das Rechtsgutachten des

Arbeitsstabs findet sich tatsächlich im PUA-Bericht, nämlich im offiziellen Teil, für den wir die Verantwortung haben. Im Minderheitenvotum von SPD und GAL – ich erinnere an Ihre Pressemitteilung – fehlt dieses Rechtsgutachten erstaunlicherweise. Sie haben es einfach weggelassen und das ist eigentlich logisch. Offensichtlich ist Ihnen das Ergebnis nämlich völlig peinlich, zu Recht. Aufseiten des Senats hat es in der sogenannten Protokollaffäre keinerlei Rechtsverstöße gegeben.

Herr Böwer und Frau Blömeke haben hingegen gegen das PUA-Gesetz verstoßen. Sie haben in Pressemitteilungen vertrauliche Unterlagen veröffentlicht. Insofern hatte Herr Dr. Dressel sicherlich nicht ganz unrecht. Er hat zwar in seiner Pressemitteilung von Rechtsverstößen gesprochen, nur waren es seine eigenen Kollegen, die es mit der Vertraulichkeit nicht so ganz genau genommen haben.

Es ist ein Treppenwitz dieses PUA, dass ausgerechnet diejenigen, bei denen die meisten Fragen offen geblieben sind, am massivsten, am lautstärksten Aufklärung gefordert haben, wenn es allerdings um Vorwürfe gegen andere ging. Der Kollege Böwer hatte nämlich im Ausschuss jede Frage zur Weiterleitung vertraulicher Unterlagen an Dritte kategorisch verweigert. Er hat uns nicht eine einzige Aussage gemacht.

Auch die anderen Mitglieder von SPD und GAL haben sich im Ausschuss nicht immer mit Ruhm bekleckert. Es wurde verlangt, dass quasi die Dienstrechner aller Zeugen – wir hatten fast 50 – gesperrt werden. Ja, der Senat sollte sogar seinen gesamten E-Mail-Verkehr offen legen. Wir haben uns sogar mit so wesentlichen Teilen beschäftigt wie mit der Frage, welche Farbe der Aktendeckel gehabt haben mag, der in der Sozialbehörde diese vermeintlichen Protokolle enthalten hat, und haben dann über Rot oder Grün gestritten. Selbst solche wesentlichen Fragen haben wir erörtert.

Sogar gegen den Ergänzungsvortrag der CDU, doch aufzuklären, ob nicht auch von Abgeordneten die Vertraulichkeit gebrochen worden sei, ist man vor das Verfassungsgericht gezogen und dort, wie wir wissen, auf den Boden der rechtlichen Tatsachen zurückgebracht worden.

Ein paar Fragen, lieber Kollege Böwer, könnten Sie uns aber heute und hier beantworten.

(Zuruf von der CDU)

– Doch, doch, er ist da, aber als Hinterbänkler sieht man ihn nicht gleich.

Warum hat Frau Cordes, eine Mitarbeiterin des Arbeitsstabes und, wie wir wohl wissen, SPD-Mitglied, ausgerechnet Sie als Ersten am 2. März 2006 angerufen, um Ihnen mitzuteilen, dass sie Protokolle an die Senatskanzlei weitergeleitet hat? Warum haben Sie in diesem Telefonat Frau Cordes – Sie wussten es ja – nicht darauf hingewiesen, dass Kontakte des Arbeitsstabes zu Mitgliedern des PUA ausschließlich aufgrund einer Organisationsverfügung über den Leiter des Arbeitstabes hätten erfolgen dürfen? Warum hat die Kollegin, die mit Frau Cordes das Büro teilt, uns im PUA gesagt, Frau Cordes kenne Herrn Böwer relativ gut und sie wisse, dass sie mit ihm öfter telefoniert habe, während Herr Böwer uns angegeben hat, das sei ihm nicht erinnerlich und ansonsten kenne er Frau Cordes eigentlich gar nicht persönlich.

Warum haben Sie, lieber Kollege Böwer, als am 2. März bekannt geworden ist, dass dort etwas nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen, als der Leiter des Arbeitsstabes Sie angerufen hat, um Sie darüber zu informieren, nicht gesagt, ich weiß das schon, Frau Cordes hat mich schon angerufen? Das haben Sie nicht gemacht. Am selben Tage ruft Sie Herr Dr. Jäger an, Vorsitzender dieses PUA, um Ihnen das auch zu erzählen. Auch da wissen Sie von nichts.

(*Gerhard Lein SPD:* Erzählen tut man Döntjes, anderes berichtet man!)

Am nächsten Tag, am 3. März, tagt der PUA und es wird darüber gesprochen. Auch da erzählen Sie Ihren Kollegen im PUA nicht, dass Sie bereits als Erster informiert waren. Nein, im Gegenteil, wie die Unschuld vom Lande – auch dazu zitiere ich das Protokoll – heißt es dann: Da fragen Sie, lieber Herr Böwer,

"(…), ob es noch etwas gebe, was sowohl Herr Dr. Knütter …"

– das ist der Leiter des Arbeitsstabes –

"… als auch Herr Dr. Jäger im Rahmen der Recherche erfahren hätten, was bisher noch nicht Gegenstand im Ausschuss gewesen sei?"

Ja, nur die Kleinigkeit, dass Sie als Erster informiert waren, die haben Sie vergessen.

18 Tage später – übrigens zwei Tage, nachdem die "Hamburger Morgenpost" schon darüber spekulierte, dass Sie offensichtlich von Frau Cordes sehr frühzeitig informiert waren – geben Sie zu, das haben Sie schon gewusst, das Telefonat mit Frau Cordes hat stattgefunden. Solange hat es gebraucht.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Sie haben sich sehr viel Zeit gelassen, nachdem Vorwürfe in der Öffentlichkeit bekannt wurden, Sie hätten am Parlamentarischen Abend 2006, am 20. Februar, Staatsrat Meister sehr massiv gedroht. Auch da wurde schon spekuliert, dass Sie schon sehr viel früher von der Weitergabe der Protokolle gewusst haben.

Erst Wochen später reagieren Sie. Ansonsten sind Sie immer sehr wortgewaltig – ich habe ein paar Zitate gebracht – und nicht besonders zurückhaltend mit Ihren Äußerungen. Ihre lapidare Erklärung ist, das sei wohl ein flapsiger Spruch in bierseliger Runde gewesen.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Bis heute, Herr Böwer, wäre es einfach gewesen, wenn Sie gesagt hätten, ich habe niemals zu Herrn Meister gesagt, wenn die geschlossene Unterkunft Feuerbergstraße nicht dicht gemacht werde, hätten Sie etwas in den Händen, was Dr. Meister binnen 48 Stunden das Amt kosten würde. So einfach wäre es gewesen, das zu dementieren. Das haben Sie bis heute nicht gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist sehr bedauerlich, Kollege Böwer, dass gerade Sie nicht die Gelegenheit genutzt haben, daran, was Sie am Schärfsten gefordert haben, nämlich die Aufklärung all dieser Fragen, in irgendeiner Form beizutragen. Sie haben sich hier verweigert. Ich bin sicher, Sie werden einen Grund dafür gehabt haben.

(*Ingo Egloff SPD:* Ein Glück, dass Sie ein Bauernopfer hatten!)

Dass sich der Senat und die Bürgerschaftskanzlei nichts vorzuwerfen gehabt haben, geht aus dem Bericht deutlich hervor. Das wussten wir aus den Berichten der Sonderermittler. Das geht selbst aus Ihrem Minderheitenvotum hervor.

Das schärfste Schwert der Exekutive, der parlamentarische Untersuchungsausschuss – pardon, der Legislative –

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Da kann man schon mal durcheinander kommen!)

ist nicht vom Senat ausgehebelt worden. Senat und Bürgerschaft haben nach wenigen Tagen sehr schnell und sehr umfassend aufgeklärt und das Ergebnis geliefert, das wir jetzt in diesem 314 Seiten starken Exemplar wiederfinden.

Sie, liebe Kollegen von der Opposition, haben den Versuch gemacht, diesen PUA für Ihre Effekthascherei zu nutzen. Es ist Ihnen nicht gelungen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fangen wir mit dem Positiven, mit dem Einigenden an. In einem Punkt können wir uns anschließen, nämlich dem Dank an den Arbeitsstab. Der wird an dem heutigen Abend auch noch einmal ganz herzlich von unserer Seite ausgesprochen. Wenn Sie das mit dem Dank wirklich ernst gemeint hätten, dann hätten Sie mit dem Bericht des Arbeitsstabes anders umgehen müssen, denn Sie haben an einer großen Zahl von Stellen nicht dem sehr sachlichen, sehr fundierten Votum des Arbeitsstabes Folge leisten wollen, sondern Ihre eigene – an einigen Stellen muss man auch sagen manipulative – Bewertung hinzufügen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie den Dank an den Arbeitsstab wirklich ernst gemeint hätten, dann hätten Sie sich den Bericht des Arbeitsstabes zu eigen gemacht. Genau das haben Sie nicht gemacht.

Sie sind – das muss man nach Ihrer Einlassung sagen – ein Meister der selektiven Wahrnehmung, wenn Sie sagen, Rechtsverstöße hätte es nur auf dieser Seite des Hauses gegeben.

(*Harald Krüger CDU*: Steht hier drin!)

Man sollte bei einer solchen Begutachtung gelegentlich gucken, worum es geht. Es ging logischerweise darum, dass ein PUA an dieser Stelle nur Verstöße gegen das PUA-Gesetz bewerten sollte. Sie können auch noch einmal im Gedaschko-Bericht nachlesen. Da geht es auch um andere Rechtsverstöße, beispielsweise um Verstöße gegen Beamtenrecht. Insofern stimmt es nicht, wenn Sie hier sagen, Rechtsverstöße hat es nur auf dieser Seite des Hauses gegeben und auf der anderen Seite nicht.

(*Harald Krüger CDU:* Die Staatsanwaltschaft hat doch das Verfahren eingestellt!)

Das ist an der Stelle ein Beweis dafür, dass Sie Ihre selektive Wahrnehmung fortsetzen. Wir haben sehr wohl mehr Rechtsverstöße festgestellt, ebenso steht es im Gedaschko-Bericht. Lesen Sie es in den Akten noch einmal nach, wenn Sie sie nicht schon zum Aktenvernichter gegeben haben. Darin steht es eins zu eins.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich will versuchen, die Diskussion ein wenig gelassener zu bekommen.

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Genau.

Ihr Versuch, aus diesem – nach unserer Meinung ist er das weiterhin – Senatsskandal eine Abgeordnetenaffäre zu machen, ist so durchsichtig wie zwecklos. Sie setzen diese Rufmordkampagne gegenüber einem Mitglied dieses Hauses, die Staatsrat Schön mit seinem Weiterleiten – man kann es auch Durchstechen eines Teils des Gedaschko-Berichts an die Presse nennen –, begonnen hat, damit fort. Das finde ich schäbig, Herr Kollege Krüger.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist zum Beispiel interessant, dass es sogar im Ausschussvotum der CDU heißt:

> "Der Ausschuss konnte nicht mit Sicherheit klären, wer die in den Medien zitierten vertraulichen Unterlagen des PUA "Feuerbergstraße" weitergeleitet hat."

Sie sagen hier, der Kollege Böwer wird schuldig gesprochen. In Ihrem eigenen Ausschussvotum steht es anders. Lesen Sie doch wenigstens einmal Ihre eigenen Stellen. Sie sollten hier nicht wider besseres Wissen Sachen behaupten und sich weiterhin an dieser Rufmordkampagne beteiligen. So geht es nicht, Herr Kollege Krüger.

Zur wirklichen Aufklärung haben Sie im Ausschuss nichts beigetragen.

(*Harald Krüger CDU:* Es gab ja auch nichts beizutragen! – *Dittmar Lemke CDU:* Sie auch nicht!)

Ihnen ging es an der Stelle ausschließlich darum, den Senat von jeder Verantwortung reinzuwaschen. Das ist – das belegt dieser Bericht sehr deutlich – gründlich misslungen.

Die Protokollaffäre war nach unserer Ansicht mehr als nur eine Pannenserie. Sie war vor allem zu dem Zeitpunkt, als wir diesen PUA eingesetzt haben, eine Form der Notwehr des Parlaments, denn die Funktion von Untersuchungsausschüssen gerät in Gefahr, wenn Senat und Behörden vor Abschluss der Ermittlung eines Untersuchungsausschusses Einblick in nicht öffentliche und vertrauliche Unterlagen bekommen. Das war beim PUA "Feuerbergstraße" in erschreckender Weise der Fall. Deshalb ging es darum, den Kontrollmechanismus parlamentarischer Untersuchungsausschuss insgesamt vor Schaden zu bewahren. Auch darum ging es in diesem Untersuchungsausschuss, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Deswegen sagen wir auch weiterhin, dass es ein veritabler Politskandal gewesen ist.

(Lachen und Zurufe bei der CDU)

– Ja, lachen Sie, das ist der Skandal gewesen, der zwei Senatsvertretern in der 18. Wahlperiode das Amt gekostet hat.

Sie mögen es gar nicht mehr so genau erinnern, dass das im Prinzip die schwerste Senatskrise dieser Amtsperiode gewesen ist. Sie haben Herrn Meister entlassen, Sie haben Herrn Kusch entlassen, mit dem Sie am liebsten gar nichts mehr zu tun haben wollen. Das wird einfach verdrängt. Es war genau dieser Skandal und deshalb zeigt allein die Entlassung von zwei Senatsvertretern die Dimension dieser Affäre, die Sie heute nicht mehr wahrhaben wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir sind der Sache an der Stelle auf den Grund gegangen. Wir haben nach den politischen Verantwortlichkeiten gefragt. Die politische Verantwortlichkeit, wie in den Behörden mit den Unterlagen umgegangen worden ist, liegt in den Chefetagen von Sozial- und Justizbehörde und vor allem in der Senatskanzlei. Hätte der Erste Bürgermeister – er ist jetzt nicht mehr da – die gleiche Messlatte an seine Stellvertreterin, an Sozialsenatorin Schnieber-Jastram, und an den Staatsrat der Senatskanzlei Schön gelegt wie an Kusch und Meister, dann hätten beide ebenfalls gehen müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Klar ist auch, der Nachweis der Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit ist erbracht. Ich könnte Ihnen jetzt viele Kleine Anfragen vorlesen, in denen der Senat unvollständig und damit im Ergebnis wahrheitswidrig geantwortet hat und gegenüber der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden ist, man wolle den Gedaschko-Bericht veröffentlichen,

(*Harald Krüger CDU:* Gegenüber der Staatsanwaltschaft!)

obwohl in der Senatskanzlei der Beschluss gefasst wurde, ihn weiterhin nicht zu veröffentlichen. Sie sind damit mit der Öffentlichkeit und auch mit den Medien dieser Stadt Schlitten gefahren. Das will ich nicht noch einmal im Einzelnen belegen, Sie können es in dem Bericht nachlesen.

Ich möchte eine Sache besonders ansprechen, weil ich das persönlich für einen der schlimmeren Vorgänge in dieser ganzen Affäre halte, nämlich die Art und Weise, wie Staatsrat Schön mit Teilen des Gedaschko-Berichts und vor allem danach mit der Aufklärung dieser Vorgänge umgegangen ist. Er musste im PUA einräumen, dass er Teile dieses geheim gehaltenen Gedaschko-Berichts zur Protokollaffäre an die Medien lanciert hat, um einem Abgeordneten gezielt zu schaden. Er hat dann in der Aufklärung alle Register des Tarnens, des Tricksens und des Täuschens gezogen, um hier gegenüber der Öffentlichkeit die Zusammenhänge, die damit zu tun haben, zu verschleiern. Fangen wir mit dem Vorermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft an, das eingeleitet worden ist, als bekannt wurde, dass ein Teil an die Öffentlichkeit gelangt ist.

Ein Vernehmungsbeamter der Dienststelle Interne Ermittlung – ein wirklich seltener Fall, dass ein DIE-Beamter in der Senatskanzlei aufschlägt, um eine Vernehmung durchzuführen – fragt den Staatsrat, wie das nun mit der Weiterleitung und mit der Teilveröffentlichung dieses Berichts war. Aber Herr Schön hat den wesentlichen Punkt verschwiegen, nämlich dass er es war, der die Weiterleitung veranlasst hat. Ob er es selbst war oder ob es über seine Sekretärin geschah, ist am Schluss auch in der Vernehmung im Dunkeln geblieben. Das war der Anlass dieses Ermittlungsverfahrens.

– Keine Zwischenfrage, Sie haben gleich Gelegenheit, auch noch etwas dazu zu sagen.

Das verheimlicht er der Dienststelle Interne Ermittlung. Warum eigentlich?

(*Harald Krüger CDU:* Weil er nicht gefragt worden ist!)

Warum sagt der Staatsrat das nicht? Das ist ja wohl das Mindeste, was man erwartet, wenn ein Vernehmungsbeamter der Dienststelle Interne Ermittlung bei einem Staatsrat vorstellig wird, um einen Sachverhalt aufzuklären, dass dann vollständig ausgesagt wird. Darüber müssen wir hier nicht diskutieren, das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber das ist ja noch nicht das Ende der Geschichte, sondern es ging weiter. Um möglichst aus dieser Strafbarkeit des Geheimnisverrats herauszukommen, musste man das Thema entsprechend der Geheimhaltung so hinbiegen, das heißt, die entsprechende Vertraulichkeitsstufe so anpassen, dass es auch passt, dass möglichst die Strafbarkeit des Geheimnisverrats gar nicht erst gegeben ist. Um das hinzubekommen, wurden einige Tricks angewandt. Auch das ergibt sich aus den Unterlagen und auch das hat sich aus unseren Vernehmungen ergeben. Hier ging es darum, den Kopf des Staatsrats aus der juristischen Schlinge zu ziehen. Auch das, meine Damen und Herren, kann so nicht sein, so kann mit Strafverfolgungsbehörden in unserer Stadt nicht umgegangen werden und schon gar nicht durch einen Staatsrat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann haben Sie am Schluss natürlich noch den Vogel abgeschossen, indem Sie selbst gesagt haben, es wird in diesem Fall keine Strafverfolgungsermächtigung erteilt. In all diesen ganzen Fällen, die irgendwie mit der Protokollaffäre zu tun hatten, haben Sie quasi flächendeckend über alle Bediensteten, die dieses Papier in der Hand hatten, gesagt, sie müssten alle angezeigt werden. Das ganze Repertoire an Möglichkeiten wurde ausgeschöpft.

Aber in genau diesem Fall, als die Affäre bedrohlich nahe an das Zentrum der Macht dieser Regierung, dieses Senats, kommt, nämlich zum Staatsrat der Senatskanzlei, wird keine Strafverfolgungsermächtigung erteilt. Das kann nicht sein und deswegen bewahrheitet sich wieder einmal dieser alte Spruch – leider nun auch in dieser Affäre –: Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen.

Es ist beschämend, wie Sie und Staatsrat Schön damit umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben die Aufklärung nicht vorangetrieben. Sie haben das Aufklärungsergebnis – ich hatte das schon gesagt – geschönt. Das passt an der Stelle sogar buchstäblich. Sie haben nicht den Bericht des Arbeitsstabes übernommen. Man muss dazu wissen, dass das ein Arbeitsstab ist, der nicht von Rot und Grün besetzt worden ist, sondern paritätisch dem Kräfteverhältnis in der Bürgerschaft entspricht. Trotzdem haben Sie diesem Arbeitsergebnis,

diesem Aufklärungsergebnis nicht folgen wollen, sondern Sie haben an einigen Stellen – das muss man wirklich sagen, weil man den Textvergleich machen kann – herummanipuliert. Sie haben durch Zufügung und durch Weglassen bewusst den Sachverhalt in eine andere Richtung gedreht. Ein Beispiel. Aus dem Rufmord an dem Kollegen Böwer wird dann:

"Er …"

– Staatsrat Schön –

"… habe sich daher damals entschlossen, das Gespräch Meister – Böwer in die öffentliche Diskussion einzuführen, …"

(Lachen bei *Christian Maaß GAL*)

So eine sinnentstellende Darstellung. Das beweist an dieser Stelle, dass es Ihnen darum ging, hier ein Aufklärungsergebnis und damit die Wahrheit gegenüber der Öffentlichkeit zu manipulieren. Das ist Geschichtsklitterung, Herr Krüger.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch der Bürgermeister wird von Ihnen reingewaschen. Dabei war gerade von seiner Seite unendlich viel Heuchelei im Spiel. Gerade beim Aufgreifen der Vorwürfe Meisters gegenüber Böwer hat von Beust an diesem Pult den Überraschten gegeben, obwohl er von der ganzen Geschichte der angeblichen Erpressung im Ratsweinkeller längst gewusst hat. Er hat damit die Bürgerschaft zur Kulisse eines peinlichen Theaterstücks gemacht. Auch das fällt auf ihn und sein politisches Verhalten zurück.

Nein – da kommen wir wieder zum Anfang dieser Affäre zurück –, von Beust hat öffentlich Maßstäbe gesetzt. Das sind Maßstäbe, gegen die wir an der Stelle überhaupt nichts einzuwenden haben. Er hat gesagt, die Form ist die Mutter der Demokratie. Das heißt, die Einhaltung der Form im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative ist wichtig für das Funktionieren der Demokratie. Darum müssen Fehler aufgeklärt und gegebenenfalls Konsequenzen gezogen werden. Das ist durchaus eine richtige Aussage.

Aber die Besorgnis des Bürgermeisters um die Wahrung der Demokratie ist – das hat auch dieser PUA gezeigt – an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten gewesen. Kein Senatsmitglied ist diesem Anspruch des Bürgermeisters gerecht geworden und er selbst am wenigsten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an den Anfang auch das Verbindende stellen, den Dank an den Arbeitsstab, ohne den ein solcher Untersuchungsausschuss nicht sinnvoll arbeiten kann. Man braucht nicht nur irgendeinen Arbeitsstab, man braucht auch einen engagierten Arbeitsstab. Ich möchte es ausdrücklich sagen, wir hatten einen solchen engagierten Arbeitsstab und die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab hat auch sehr gut funktioniert. Das ist ein positiver Punkt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte das Verbindende auch nicht auf diesen einen Punkt beschränken und ausdrücklich sagen, sehr gut fand ich die Zusammenarbeit im Ausschuss, weil wir an vielen Punkten ganz pragmatisch entschieden haben, wie wir sinnvoll durch diese Untersuchung hindurchkommen. Wir haben uns nicht mit ewig langen Zeugenvernehmungen aufgehalten, die keiner braucht, sondern wir haben uns auf das Wesentliche konzentriert. Wir haben uns frühzeitig auf einen zügigen Zeitplan geeinigt. Ich denke, viel schneller kann man einen solchen Untersuchungsausschuss nicht durchziehen. Es war notwendig, dieses Programm so zu machen, um den Untersuchungsauftrag abzuarbeiten. Ich denke, wir haben im Ausschuss sehr sinnvoll mit dem Vorsitzenden und den Obleuten zusammengearbeitet. Das hat trotz aller Streitigkeiten im Hinblick auf die Frage, was ist der Untersuchungsgegenstand, immer gut funktioniert. Als das vom Gericht geklärt war, haben wir das sofort ganz klar und entsprechend umgesetzt.

Nun zum Trennenden. Herr Krüger, wenn ich Sie hier reden höre, dann möchte man meinen, Sie sind das Dornröschen der Hamburger Politik.

(*Christian Maaß GAL:* Ich küsse den nicht!)

Man bekommt den Eindruck, Sie haben eineinhalb Jahre sanft geschlafen. Zum Glück hat Ihr Schnarchen die Arbeitenden nicht gestört. Wir kamen trotz allem gut durch, aber Sie haben einiges versäumt und verschlafen. Sie haben nicht mitbekommen, dass es einen dringenden Grund gab, diesen Ausschuss einzusetzen, denn selbst der Sachverhalt, wie er sich vor Beginn der Untersuchungen darstellte,

(*Harald Krüger CDU*: Vor Beginn!)

machte deutlich, dass dieser parlamentarische Kontrollmechanismus in Gefahr ist. Allein der Umstand, dass diese nicht öffentlichen und teilweise ausdrücklich vertraulichen Papiere des Untersuchungsausschusses Feuerbergstraße beim Senat und bei den betreffenden Behörden gelandet waren, was sehr schnell bekannt war, macht natürlich deutlich, dass die Gefahr bestand, dass die gesamten Ermittlungen untergraben werden. Das macht deutlich, dass das Parlament da sehr aufmerksam sein muss.

Wenn ein Abgeordneter hier über einen Untersuchungsausschuss, der in einer solchen Situation eingesetzt wird, sagt,

"Außer Spesen nichts gewesen …"

dann ist diese Kommentierung außerordentlich unparlamentarisch, unwürdig für dieses Haus. Das Parlament und die Abgeordneten müssen darauf pochen, dass ihre Rechte vom Senat nicht untergraben werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Verschlafen haben Sie offenbar auch, dass die Protokollaffäre einem Staatsrat und einem Senator das Amt gekostet hat. Herr Dressel hat es schon gesagt, einen größeren politischen Skandal, ein größeres politisches Problem hat es offenbar in dieser Wahlperiode für diesen Senat nicht gegeben. Das ist bislang einmalig, wahrscheinlich wird es das auch bleiben. Es ist unmöglich, diese Affäre so herunterzureden, wie Sie es hier versuchen.

Sanft geschlummert haben Sie offensichtlich auch, als wir herausgefunden haben, dass es Staatsrat Schön war, der Teile des nach wie vor nicht veröffentlichten Gedaschko-Berichts mitsamt Mitarbeiterdaten, und zwar Daten über Herrn Meister und Herrn Böwer hinaus, an die Presse und somit an unbefugte Personen weitergegeben hat. Wir durften herausfinden, dass der Bürgermeister auch noch Schadenfreude empfand, als er das im Nachhinein erfahren haben will. Ob das wirklich so war, dass er das erst im Nachhinein erfahren hat, können wir natürlich nicht widerlegen. Es mag so sein. Aber selbst wenn es so ist, dann haben beide – der Bürgermeister und Staatsrat Schön, also der engste Mitarbeiter des Bürgermeisters – diese selbst aufgestellte moralische Hürde "Die Form ist die Mutter der Demokratie" ganz bequem unterlaufen.

Sie haben offensichtlich auch gedöst, als wir uns die Verhältnisse in der Sozialbehörde genauer angesehen haben. Wir haben feststellen dürfen, dass die Leiterin der Präsidialabteilung, Staatsrat Meister, eine Sekretärin in der Präsidialabteilung, zwei Amtsleiter und die Pressesprecherin in unterschiedlicher Weise davon wussten, dass Unterlagen des PUA Feuerbergstraße sich in der Behörde befanden. Es wird also deutlich, das gesamte enge Umfeld, genau die Personen, die dort beschäftigt werden, um der Senatorin zuzuarbeiten, um dabei eine wichtige Stütze zu sein, diese Behörde zu leiten, all diese Personen waren frühzeitig involviert, haben einerseits keinen Anlass gesehen, selber Alarm zu schlagen und zu sagen, in unserer Behörde läuft irgendetwas schief, und andererseits auch keinen Anlass gesehen, die Senatorin darüber zu informieren. All diese Personen waren informiert, nur die Senatorin will nicht informiert gewesen sein. Es mag so sein, dass diese Senatorin tatsächlich derart ahnungslos war. Aber es fragt sich, warum diese Senatorin nicht einmal mit ihren engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern redet.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben auch herausgefunden, dass die Untersuchungen des damaligen Staatsrats Gedaschko genau an dieser entscheidenden Stelle der politischen Verantwortung und der Frage, welche Kenntnisse die Senatorin als Leiterin der Sozialbehörde hatte, äußerst ungenau wurden, um es vorsichtig auszudrücken. Der Leitspruch "Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen" war schon im Design der Untersuchung – wie man vielleicht Neudeutsch sagen würde – angelegt. Herr Gedaschko befragte – das haben wir ihn auch deutlich gefragt und versucht, einen sinnvollen Grund dafür zu finden – ausgerechnet die Senatorin als Allererste bei seinen Untersuchungen, ob sie irgendetwas wüsste. Er konnte sie gar nicht mit dem Wissen, mit den Umständen in ihrem direkten Umfeld konfrontieren und somit die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen überprüfen. Bei allen anderen Personen hat er das anders gemacht. Da ist er genau dem Weg der Protokolle und der sonstigen vertraulichen Unterlagen gefolgt und hat dann tatsächlich jeweils die Person, die dann als Zweite, als Dritte, als Vierte die Unterlagen hätte bekommen oder davon hätte erfahren können, befragt mit den Kenntnissen, die er vorher gewonnen hat, von den Personen, die diese Unterlagen als Erste bekommen haben. Dass natürlich in einer Behörde die Senatorin nicht die Erste ist, die ein solches Papier bekommt, sondern dass sie solche Unterlagen, wenn sie sie bekommen hat, über Mitarbeiter zugespielt bekommt, liegt auf der Hand. Deswegen ist es überhaupt nicht verständlich, dass die Senatorin hier als Allererste gefragt wurde und nicht noch einmal befragt worden ist, nachdem es diese Erkenntnisse gab, dass das gesamte Umfeld der Senatorin in diese Protokollaffäre verstrickt war.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben offenbar auch geschlafen,

(*Bernd Reinert CDU:* Ihre Fraktion eben auch!)

als wir genauer untersucht haben, wie eigentlich der Bürgermeister an die Aufklärung dieser Affäre herangegangen ist. Er wollte immer den Eindruck erwecken, als hätte er das Heft des Handelns in der Hand. Aber das Gegenteil war der Fall. Wir konnten durch die Untersuchungen, die wir im Untersuchungsausschuss durchgeführt haben, nachweisen, dass der Bürgermeister erst dann gehandelt hat, als ihm durch entsprechende Medienveröffentlichungen gar keine andere Wahl blieb, als die Flucht nach vorne anzutreten. Bis dahin hatte er mehrfache Versuche unternommen, die Protokollaffäre kleinzureden und, was Sie jetzt hier im Ergebnis auch tun, so zu tun, als sei da gar kein Problem. Erst als deutlich wurde, das funktioniert nicht, und ihm die Presse auf den Fersen war, hat er gehandelt und den Sonderermittler eingesetzt.

Ihr Schlaf wurde auch nicht unterbrochen, als wir im PUA ausdrücklich den Arbeitsauftrag an den Arbeitsstab gegeben haben, die Verstöße gegen das PUA-Gesetz zu untersuchen. Wir haben es Ihnen mehrfach erklärt. Das, was Herr Dressel Ihnen eben gesagt hat, haben Sie nicht das erste Mal gehört. Es ist sehr ärgerlich, dass Sie hier über diesen Untersuchungsauftrag absichtlich die Unwahrheit sagen. So kann man mit derartigen Untersuchungsergebnissen nicht umgehen. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben und deutlich machen, dass es sich nur um einen Untersuchungsauftrag handelte, Verstöße gegen das PUA-Gesetz zu untersuchen. Sie vergessen dabei auch zu erwähnen, dass es gerade Ihr Fraktionsmitarbeiter war, der nach der Untersuchung von Herrn Gedaschko den Vermerk Nummer 18 an die Sozialbehörde weitergegeben haben soll. Das konnten wir nicht nachweisen, weil dieser Mitarbeiter natürlich – mit gutem Recht – die Aussage verweigert hat, weil das möglicherweise eine Straftat gewesen wäre.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Er wollte nicht einmal sagen, dass er Mitarbeiter der CDU-Fraktion ist!)

– Selbst das war ihm peinlich, dass er Mitarbeiter bei Ihnen war.

Genau an diesem Punkt wäre ich an Ihrer Stelle etwas kleinlaut.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ganz kurz aufgeschreckt wurden Sie dann, als der Arbeitsstab seinen Sachbericht vorgelegt hat und wir auf der Basis dieses Sachberichts unsere Bewertungen vorgenommen haben. Da musste dann, damit Sie nicht tatsächlich doch aufwachen, ein eifriger Fraktionsmitarbeiter von Ihnen an den Sachbericht heran und ganz dringend Retuschen vornehmen.

Es wurden an ganz vielen Stellen scheinbar harmlose Veränderungen vorgenommen, die aber tatsächlich zu ganz erheblichen Verdrehungen geführt haben und den Versuch darstellen, die Geschichte umzuschreiben. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Herr Dressel hat bereits ein Beispiel genannt und ich möchte ein weiteres Beispiel benennen, was deutlich macht, mit welcher Methode Sie hier vorgegangen sind.

Sie haben bei der Frage, ob die Senatorin – das ist ein wichtiger Untersuchungsgegenstand gewesen – anlässlich ihres Fernsehauftritts bei Hamburg 1 die Unwahrheit gesagt hat, indem sie versichert hat, dass keinerlei Protokolle in ihrer Behörde gelesen worden seien, einen Satz von Herrn Meister eingefügt, der zu Frau Havemeister, der seinerzeitigen Pressesprecherin, gesagt haben will, ich zitiere:

> "Da müssen Sie sich nicht erschrecken. Der Sachstand der Senatorin war nicht der, den Sie haben."

Die Pressesprecherin wusste nämlich, dass das, was die Senatorin gesagt hatte, nicht der Wahrheit entsprach. Darüber war sie erschrocken, was sie uns gegenüber auch geäußert hat. Genau darauf bezieht sich dieses Zitat von Herrn Meister. Das hatte er zwar gesagt, aber Herr Meister hat so allerlei gesagt. Sie mussten aber Herrn Meister sehr lange und immer wieder befragen, bis genau diese Aussage kam.

Vorher hatte er aber auf die Frage von Herrn Müller-Kallweit geäußert, als dieser seine Frage mit den Worten einführte, dass Frau Schnieber-Jastram in dieser Sendung gesagt habe, ich zitiere:

> "Wir haben diese Protokolle allesamt zurückgeschickt – dahin, wo sie hingehören. Und ich darf Ihnen ein Weiteres versichern: Es hat sie noch nicht einmal jemand bei uns gelesen."

Ist das mit den Worten von Frau Schnieber-Jastram das, was Sie bei Ihrer ersten Unterhaltung zu diesem Thema gesagt haben? Daraufhin erwiderte Herr Meister – man muss genau zuhören –, ich zitiere:

> "Ja, ich glaube ja. Wenn ich sage, ich glaube ja, so will ich sagen dieses in der Tat ja. Frau Tichy hatte mir, nachdem das im Ausschuss mir vorgehalten worden ist, dieses Schreiben von Herrn Mose habe ich Frau Tichy dazu befragt und sie hat mir gesagt, ich hätte die Dinge zurückgewiesen. Und so ähnlich muss ich es ihr auch gesagt haben. Ob ich zurückgeschickt gesagt habe, das weiß ich nicht. Das glaube ich eher nicht. Das weiß ich aber nicht. Also nageln Sie mich an dem Wort nicht fest. Also, ich habe jedenfalls – und das weiß ich aber genau –, ich habe zu Frau Schnieber immer gesagt: An diesem Protokoll, also immer, als es auftauchte, sei überhaupt nichts dran. Wir haben keine Protokolle. So, und deswegen kam ich mir wie ein begossener Pudel vor, als ich ihr berichtete, dass Frau Gschwendtner Protokolle gehabt hätte. Das fand sie gar nicht gut, wenn ich mich recht erinnere. Aber ich konnte es ja auch nicht ändern. Insofern habe ich eigentlich immer den Eindruck vermittelt, also immer in dieser Zeitspanne den Eindruck vermittelt, an dieser Protokollgeschichte sei nichts dran. Warum sie da in der Sendung gesagt hat, sie seien zurückgeschickt worden oder zurückgewiesen, ich weiß es nicht."

(Lachen bei der GAL)

Also, Herr Meister sagt binnen nicht mal einer halben Stunde, einmal das eine und einmal das Gegenteil. Sie zitieren natürlich nur das, was für Sie günstig ist.

Aber ehrlich gesagt, wenn Sie solche Zeugen brauchen, um Ihre Position zu untermauern, dann sind Sie wirklich arm dran.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nach allen diesen Dingen, die dieser PUA zutage gefördert hat, kann ich nur sagen: Herr Krüger, ich weiß nicht, wer Sie wachküssen soll.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Christian Maaß GAL:* Ich nicht!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lemke.

(*Christian Maaß GAL*: Ein Freiwilliger!)

Dittmar Lemke CDU: Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich habe mir auch noch einmal die 1.764 Seiten Protokoll unseres Ausschusses mit dem unaussprechlichen Namen angesehen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was steht denn darin?)

Ich glaube, das Petitum muss ich hier nicht noch einmal erläutern. Es ist eigentlich glasklar, dass wir nach den Feststellungen des Ausschusses auch einige Veränderungen an gesetzlichen Vorschriften und Handlungsweisen sowie einige Verbesserungen vornehmen müssen, um für den Geheimschutz noch stärker zu sorgen als bisher. Ich denke, das ist vielleicht das Verbindende, was ich an den Anfang meiner Rede stellen will. Das gehört hier heute zum guten Ton, etwas Verbindendes zu sagen.

Zu Ihren Vorwürfen gegen Herrn Dr. Schön möchte ich Folgendes ausführen. Ich verstehe, dass Sie sich aus Wahlkampfgründen auf diesen Sachverhalt stürzen, aber lassen Sie uns doch einmal ganz nüchtern darüber reden. Bleiben Sie mit mir nüchtern.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Herr Dr. Schön hat als Leiter der Senatskanzlei ein Papier der Senatskanzlei weitergegeben.

(*Christian Maaß GAL:* Das haben wir Ihnen doch gerade erklärt!)

Die Staatsanwaltschaft hat diesen Vorgang genauestens untersucht und hat keinerlei Anhaltspunkte für irgendeinen strafrechtlich relevanten Vorgang gegeben. Dieses Papier war weder geheim noch Verschlusssache. Der Vorgang ist auch ohne jede rechtliche Relevanz, sondern er ist dem politischen Handeln zuzuordnen. Das müssen Sie verstehen.

Da ich vorhin meine Zwischenfrage bei Herrn Dr. Dressel nicht stellen konnte, muss ich jetzt festhalten, dass Folgendes natürlich eine Falschdarstellung von ihm gewesen ist. Es stimmt zwar, dass Herr Dr. Schön gegenüber der Dienststelle Interne Ermittlungen nicht gesagt hat, dass er derjenige war, der weitergegeben hat. Aber diese Frage wurde ihm überhaupt nicht gestellt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie müssen mal die Vernehmung durchlesen! Das stellt sich ganz anders dar!)

– Ja, ich habe sie mir noch einmal durchgelesen. 1.764 Seiten, wie bereits erwähnt.

Der einzige Auftrag der Dienststelle Interne Ermittlungen war, festzustellen, was für eine Art Papier eigentlich der Gedaschko-Bericht ist. Und nur dazu ist Herr Dr. Schön befragt worden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wissen Sie noch, was der Vernehmungsbeamte gesagt hat?)

– Sie können ja noch einmal nach vorne kommen, Herr Dr. Dressel.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Und wenn Herr Dr. Steffen der Zweiten Bürgermeisterin vorwirft, sie hätte von den vertraulichen Dokumenten, die in ihre Behörde gelangt sind, keine Kenntnis genommen, dann ist das wirklich absurd. Sie wissen genauso wie ich, dass es im Ausschuss keinerlei Hinweise darauf gegeben hat, dass sie Kenntnis hatte. Das ist ein Sachverhalt, den man ihr natürlich auch nicht vorwerfen kann.

Wir sollten heute in unserer Diskussion darüber sprechen, was wirklich interessant und von politischer Wichtigkeit ist. Das ist nämlich der Zustand der Oppositionsparteien GAL und SPD

(Beifall bei der CDU)

und vor allem deren Verständnis von Demokratie und Parlamentarismus. Darüber müssen wir jetzt reden.

Der Senat hat sofort einen Sonderermittler eingesetzt, als die ganze Angelegenheit aufkam. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Herrn Gedaschko für die Arbeit vielen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Bürgerschaftspräsident hat eine Untersuchung angestrengt, die Herr Kuhr geleitet hat. Die Bürgerschaft hat den Untersuchungsausschuss eingesetzt, der viel Zeitaufwand in die Angelegenheit gesteckt hat.

Was haben Sie getan, meine Damen und Herren von GAL und SPD? Sie haben einer der größten Vertuschungsaktionen in der Geschichte dieser Bürgerschaft gestartet.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben von Anfang an versucht, die Arbeit des Ausschusses zu behindern, zu verschleiern und Sie haben sogar versucht, die Aufklärungsarbeit des Ausschusses mit gerichtlicher Hilfe zu stoppen, nämlich mit Hilfe des Verfassungsgerichts. Zum Glück hat Ihnen das Verfassungsgericht in klaren Worten in das Stammbuch geschrieben, dass es so nicht geht.

(*Gesine Dräger SPD:* Ihnen auch! – Beifall bei der CDU)

Durch diese verzweifelte Vorgehensweise war natürlich jedem im Ausschuss klar, dass es bei der SPD und der GAL etwas zu verbergen gibt. Das war natürlich der Hintergrund.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir sind die Drahtzieher!)

Kommen wir doch mal zu Ihnen, Frau Blömeke. Ist sie anwesend? Nein, sie ist vorsichtshalber gegangen. Oh, da ist sie ja, sehr gut. Hören Sie gut zu, Frau Blömeke.

Sie haben doch hier in der Bürgerschaft für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses gestimmt. Nun bin ich vielleicht ganz naiv und habe Folgendes gedacht. Wenn Sie als Zeuge vernommen werden, Frau Blömeke, dann werden Sie uns bestimmt auch ein paar Hinweise geben und bei der Aufklärung der Angelegenheit mitwirken. Aber was ist passiert? Wenn man sich Ihre Aussage vom 25. April 2007 durchliest, dann stellt man fest, dass ein Satz bei Ihnen zwölf Mal gefallen ist, nämlich: "Ich mache von meinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch."

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Wie kann das möglich sein, dass Sie für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stimmen und dann die Arbeit des Ausschusses durch Aussageverweigerung behindern?

(Beifall bei der CDU)

Und das noch vor dem Hintergrund, dass Sie sich im PUA Feuerbergstraße als Chefaufklärerin gerieren. Frau Blömeke, für mich ist das Missachtung des Parlaments und ich kann nur anmerken: Eine Politikerin muss kein Engel sein, sie darf nur nicht ständig so tun, als wäre sie einer.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL:* Ihnen sieht man jedenfalls an, dass Sie keiner sind!)

Kommen wir nun zu dem Abgeordneten Böwer. Die Weitergabe der Protokolle wurde durch eine Mitarbeiterin des Arbeitsstabes vorgenommen. Das ist einer der Feststellungen unseres Ausschusses gewesen. Es war dann so, dass Herr Dr. Knütter ziemlich geschockt war, als er natürlich festgestellt hat, dass es zu diesem Vorgang gekommen ist. Er verließ dann den Raum, wo dann diese Frau Cordes – ihr Name ist bereits gefallen, daher kann auch ich ihn nennen – anwesend war, die diese Weiterleitung vorgenommen hatte. Das erste, was Frau Cordes unternahm, war, sie rief Sie an, Herr Böwer.

Sie teilte Ihnen den Sachverhalt mit. Jetzt frage ich Sie, warum rief diese Frau Sie an? Was hatten Sie mit dem Arbeitsstab PUA Feuerbergstraße zu schaffen, dass Sie von Frau Cordes angerufen wurden? Sie haben in Ihrer Vernehmung vor dem Ausschuss hierfür keinerlei Erklärung abgegeben.

Dann kommt noch das konspirative Verhalten von Herrn Böwer. Ich will das nicht alles wiederholen, was Herr Krüger bereits ausgeführt hat. Um 12 Uhr rief Sie Dr. Jäger an, um mit Ihnen über den Sachverhalt zu sprechen. Sie haben so getan, als ob Sie von nichts etwas wüssten.

Erst 18 Tage später haben Sie zugegeben, dass Sie davon Kenntnis hatten. Ich denke, das ist für einen Abgeordneten unseres Hauses ein unwürdiges und nicht akzeptables Verhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht geben Sie uns heute noch eine Erklärung, Herr Böwer, vielleicht auch zu der Frage, wie es dazu kam, dass Arbeitsstabmitglieder aus dem PUA Feuerbergstraße an einer Sitzung der SPD-Abgeordneten im Ausschuss teilnahmen. Es ist noch nicht zu spät, Herr Böwer.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Das "Hamburger Abendblatt" zitierte Sie am 6. März 2006 mit den Worten:

> "Der Senat wird zu einer Vereinigung von Tricksern, Täuschern und Rechtsbeugern."

Dieses Zitat hatte Kollege Krüger bereits gebracht. Das sind große Worte, die auf Sie selbst zurückfallen.

(Beifall bei der CDU)

Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass insgesamt fünf Personen gegen das PUA-Gesetz verstoßen haben. Der Senat ist nicht dabei, aber der Abgeordnete Böwer.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Das geht ja gar nicht! – Gegenruf *Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist doch ein Jurist, oder?)

Ich möchte jetzt zu der Rolle des Vorzeigesozialdemokraten im Ausschuss kommen. Keine Angst, ich spreche nicht über Herrn Dr. Petersen, sondern ich spreche über Herrn Dr. Dressel. Worum ging es eigentlich im Ausschuss? Wir sollten uns das kurz noch einmal vergegenwärtigen.

Die Weitergabe von Protokollen ist deshalb unzulässig, weil Zeugen unbeeinflusst von früheren Aussagen sprechen sollen. Man will praktisch die Zeugen ganz natürlich kennenlernen. Sie sollen sich nicht auf ihre Aussage vorbereiten. Dieses folgt aus dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gewaltenteilung.

Was macht also der Zeuge Dressel? Er nimmt an allen Sitzungen teil, liest alle Protokolle und legt während seiner eigenen Aussage für sieben Tage die Mitgliedschaft im Ausschuss nieder,

(*Dr. Till Steffen GAL:* Das ist gelogen, Herr Lemke; Sie wissen, dass das nicht stimmt!)

um sich dann später wieder zum Mitglied benennen zu lassen. Das ist Ihr Verständnis von Parlamentsarbeit. Tarnen und Verstecken.

(Beifall bei der CDU)

Die Opposition in diesem Haus hat sich spätestens seit dem Untersuchungsausschuss völlig unglaubwürdig gemacht. Die letzte Messe in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesungen. Das geschieht am 24. Februar 2008. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lemke, Sie mögen diesen Papierstapel an Protokollen am letzten Wochenende noch einmal besichtigt haben. Aber ein paar Dinge müssen Ihnen komplett entgangen sein.

Es muss Ihnen insbesondere entgangen sein, dass es eine Absprache zwischen den Obleuten und dem Vorsitzenden im Ausschuss gab, wann Herr Dr. Dressel an den Ausschusssitzungen teilnimmt und wann nicht. Ihr Obmann im Ausschuss, Herr Krüger, hat dem immer zugestimmt. Ich habe diese Vereinbarung im Ausschuss auch immer benannt und alle CDU-Abgeordneten hatten die Möglichkeit, das im Ausschuss selbst sowie auch im Ausschussprotokoll nachzuvollziehen. Ich halte es für dreiste Geschichtsklitterung, hier im Nachhinein derartige Behauptungen aufzustellen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Niels Böttcher CDU:* Sie sind so was von scheinheilig!)

Besonders bemerkenswert finde ich heute Folgendes: Herr Gedaschko ist anwesend – er ist ja auch Autor des nach ihm benannten Berichtes. Von Anfang bis Ende des Redebeitrags von Herrn Dr. Dressel war wenigstens auch noch Herr Lüdemann anwesend, der, als seinerzeit das alles passierte, das Glück oder die Gnade des rechtzeitigen Urlaubs hatte. Aber wen ich hier sehr vermisse, ist Frau Schnieber-Jastram, in deren Behörde sich ein Großteil des Dramas abspielte.

(*Bernd Reinert CDU:* Ihr Fraktionsvorsitzender ist auch nicht da!)

– Herr Neumann sitzt in der fünften Reihe, Herr Reinert, Sie müssen nur einmal dort hinschauen. Man muss den Hals ein bisschen nach rechts bewegen.

(*Bernd Reinert CDU:* Ich bin kein Wendehals!)

Bevor ich meinen Redebeitrag fortsetze, habe ich noch zwei Punkte klarzustellen, weil hier falsche Dinge behauptet worden sind. Der Rechtsanwalt von Frau Cordes hat auf Folgendes Wert gelegt: Zum einen ist Frau Cordes nicht Mitglied der Volkspartei SPD. Zum anderen trägt der Ehemann von Frau Cordes denselben Vornamen wie Herr Böwer, was eventuell zu dem Eindruck führen könne, dass ständig ein Thomas angerufen habe.

Die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses begann etwas schwierig. Die CDU war nicht bereit, das Kind beim Namen, nämlich Protokollaffäre, zu nennen. Selbstkritisch muss ich für die SPD sagen, dass man das nächste Mal wohl gleich im Betreff des PUA-Antrags einen umgangssprachlich verständlichen Titel hineinformulieren muss.

Im Folgenden möchte ich noch einige Punkte erwähnen, die meine Vorredner noch nicht eingebracht haben.

Erstens: Der Vernehmungsbeamte, der Dr. Schön in einem anderen Rathausflügel vernommen hat, hat in der Vernehmung, die wir im Ausschuss durchgeführt haben, erklärt, dass er erwartet hätte, dass Herr Dr. Schön erwähnt, dass er selbst diese Protokolle weitergeleitet hat. Soviel nur zur Klarstellung.

Zweitens: Ein Untersuchungsausschuss ist als Kollegialenquete, also um das Verhalten von Abgeordneten im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu untersuchen, völlig ungeeignet. Wenn eine Fraktion meint – in diesem Fall war es die CDU-Fraktion –, dass sich andere Abgeordnete nicht an die Regeln halten, dann sollte man das in den zuständigen, normalen Ausschüssen oder im Ältestenrat besprechen. Artikel 17 der Hamburger Verfassung schützt die Abgeordneten weitgehend und das ist auch gut so. Wenn eine Fraktion den Eindruck hat, dass es hier missliebige Medienberichterstattung über einen anderen Untersuchungsausschuss gegeben hat, dann – denke ich – kann man die nicht durch Ergänzungsanträge zu dem Untersuchungsausschuss Protokollaffäre, sondern nur durch gute Politik bekämpfen. Das ist manchmal etwas schwierig, aber einfacher.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Drittens: Zu den interessantesten und überraschenden Ergebnissen des Untersuchungsausschusses gehören, dass Herr Staatsrat Dr. Schön seinerzeit einen Auszug aus dem Anhang des Gedaschko-Berichts an die "Bild"-Zeitung weitergeleitet hat. Das war schon bemerkenswert, zu erleben, wie in der Sitzung der Zeuge Dr. Schön dennoch eine eingeschränkte Aussagegenehmigung hatte, sich zum Senatsvertreter machte und alles sagte, was er uns schon immer einmal sagen wollte. Glaubhafter wäre es gewesen, wenn er vorher sowohl das Parlament, als auch die Öffentlichkeit über diese Frage, die durchaus interessant war, informiert hätte.

Eine Spinne im Netz, wie ein Kollege von mir sagte, haben wir zwar vermutet, aber ich selbst bin kein Freund von zoologischen Vergleichen. Daher sage ich das anders: Es gab zwar keine Achse des Bösen um die weitergeleiteten Protokolle herum, aber eine Achse des Blöden gab es offenkundig in mehrere Richtungen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieser Untersuchungsausschuss hat sich als erster Untersuchungsausschuss – soweit ich weiß, sogar bundesweit in allen Landesparlamenten – mit den mittelbaren Folgen der Einführung der elektronischen Post befasst. Auch moderne Technologien dürfen nicht dazu führen, dass man nur noch alles unkritisch auf der Festplatte speichert. Ich denke, das muss eine Konsequenz aus diesem Ausschuss sein. Das klingt zunächst ganz harmlos, aber ich bin der Meinung, dass es ganz wichtig ist, wenn man weitere Protokollaffären vermeiden will.

Besonders bemerkenswert war, was wir über das Amtsverständnis der Zweiten Bürgermeisterin und Sozialsenatorin herausfanden. Mit dem Tagesgeschäft der Leitung einer großen und noch größer gewordenen sowie wichtigen Behörde hat sie sich anscheinend nicht so sehr belastet.

(Beifall bei *Gesine Dräger SPD*)

Daher kann sie bis heute sagen, dass sie nicht mitbekommen habe, was in ihrer Behörde in Sachen Protokollaffäre los war. Aber als Senatorin ist sie nicht nur dafür verantwortlich, was sie tut und weiß, sondern auch dafür, was sie nicht tut und nicht weiß. 44 Jahre lang mussten auch Senatsmitglieder wegen Untätigkeit oder Unwissenheit zurücktreten. Diese bewährten Maßstäbe gelten nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Lachen bei der CDU)

Als Ausschuss haben wir trotz der kontroversen Debatten weitgehend einstimmige Beschlüsse gefasst, insbesondere in der vorletzten und letzten Sitzung. Ich wünsche mir, dass der Senat und künftige Untersuchungsausschüsse diese Ergebnisse ernst nehmen, damit es keine weiteren Protokollaffären in Hamburg gibt.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei dem Arbeitsstab und bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken. In Richtung Arbeitsstab möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir ohne diese sehr gute Zuarbeit nicht so schnell fertig geworden wären.

(Beifall bei der SPD, GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lemke, Sie haben in Ihrem Redebeitrag zwei zentrale Punkte angeführt – ich höre gerade, eine sehr gute Rede – und diese Rede basierte an zwei Stellen auf bewussten Falschbehauptungen, um nicht ein Wort zu benutzen, wofür ich hier gerügt würde und was so beginnt, wie Ihr Name, und ungefähr so weitergeht, wie der Name von Herrn Krüger, wo Sie sich auch nahtlos dann anschließen, was diese Methode betrifft.

(*Robert Heinemann CDU*: Ordnungsruf!)

Zum einen haben Sie behauptet, Frau Blömeke habe für einen Untersuchungsauftrag gestimmt und dann ihre Mitarbeit versagt, indem sie die Aussage verweigert hat.

(*Dittmar Lemke CDU:* Das habe ich nicht behauptet!)

– Das haben Sie soeben behauptet. Wir haben das bereits im Ausschuss erörtert. Frau Blömeke hat dem Untersuchungsauftrag, in dessen Rahmen sie befragt wurde, nicht zugestimmt. Das war nämlich der Untersuchungsauftrag, den Sie auf den Weg gebracht haben. Daher ist Ihr Vorwurf in der Sache einfach falsch.

(*Harald Krüger CDU:* Gilt der Parlamentsbeschluss nicht mehr?)

– Natürlich gilt der Parlamentsbeschluss, aber es gilt auch die Verfassung, die in dem Fall ein Aussageverweigerungsrecht gewährt. Ihr Argument war ein anderes. Ihr Argument war ein Argument der politischen Lauterkeit. In der Tat würde ich zustimmen, wenn es wirklich so gewesen wäre, dass Frau Blömeke, wenn sie sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht beruft, ihre Mitarbeit bei einem Untersuchungsgegenstand, dem sie selbst zugestimmt hat, verweigert. Genau das Argument, was Sie benutzt haben, stimmt einfach nicht, sondern ist eine bewusste Falschbehauptung.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Das ist wahr! – Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Die nächste Falschbehauptung betrifft dann meinen Kollegen Dressel. Sie haben behauptet, er habe alle Protokolle gelesen, um sich dann als Zeuge vernehmen zu lassen. Das hat Herr Marx bereits klargestellt. Herr Dressel hat die Protokolle nicht gelesen, die diesen Erweiterungsgegenstand betrafen, was Sie auch wussten, Herr Lemke. Daher ist auch diese Behauptung bewusst falsch. Ich finde das nicht in Ordnung, so zu argumentieren und so zu tun, als würden sich hier Abgeordnete der Opposition tatsächlich in der Weise schäbig verhalten, wie Sie das versuchen, hier darzustellen. Das stimmt einfach nicht und wir lassen Sie mit solchen Behauptungen nicht durchkommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben diesen Erweiterungsbeschluss auf den Weg gebracht und sind zum Verfassungsgericht gegangen, obwohl von der Bürgerschaftskanzlei erklärt worden ist, dass ein Gutachten eigentlich nicht möglich ist. Das Gericht hat Ihnen recht gegeben.

(*Harald Krüger CDU*: Hört, hört!)

Danach habe ich gedacht, dass Sie jetzt loslegen und die Angelegenheit untersuchen. Sie erheben gewaltige Vorwürfe und befragen nur diejenigen, denen Sie tatsächlich die Vorwürfe machen. Das ist ungefähr das gleiche wie Herr Gedaschko, der die Senatorin befragt, bevor er irgendetwas weiß. Wenn Sie die Angelegenheit wirklich hätten untersuchen wollen, dann hätten Sie die Journalisten befragen müssen, was wir Ihnen gegenüber mehrmals geäußert haben. Das wäre die Sorgfaltspflicht gewesen.

Natürlich haben auch die Journalisten ein Zeugnisverweigerungsrecht.

(*Harald Krüger CDU:* Das schlägt dem Fass den Boden aus!)

Wenn Sie diesen Gegenstand unbedingt untersuchen wollen – wir haben immer gesagt, dass das keine gute Idee ist –, dann hätten Sie sie auch befragen müssen, denn es hätte ja sein können, dass die Journalisten aus irgendwelchen Gründen tatsächlich sehr aussagebereit sind.

Auch wir haben uns überlegt, wer außer den Personen, denen wir den politischen Vorwurf machen, etwas mitbekommen haben könnte. Daher haben wir auch alle Zeugen in den Behörden rauf und runter befragt. Die Personen, die möglicherweise von diesen Dingen, die Sie den Oppositionsabgeordneten vorwerfen, etwas mitbekommen hätten, haben Sie überhaupt gar nicht befragt.

Das wundert einen doch sehr, wie nachlässig Sie diese Angelegenheit angegangen sind. Sie haben sich einfach darauf verlassen, die Abgeordneten ein bisschen zu befragen und haben eine Show daraus inszeniert, dass auch ein paar Oppositionsabgeordnete vorgeladen werden. Daraus haben Sie Honig gezogen und darauf einen Vorwurf begründet, dass ein Zeugnisverweigerungsrecht in Anspruch genommen wird. Aber eine ernsthafte Untersuchung war das nicht, denn daran waren Sie gar nicht interessiert.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte sich den unter A seines Berichts-Petitums ausgeführten Empfehlungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 38, Drs. 18/6648. Das ist der gemeinsame Bericht des Wissenschaftsausschusses und des Schulausschusses: Reform der Lehrerausbildung in Hamburg.

[Gemeinsamer Bericht des Wissenschaftsausschusses und des Schulausschusses über die Drucksache 18/3809:
Reform der Lehrerausbildung in Hamburg
(Senatsmitteilung)
und zu dem Thema Reform der Lehrerbildung
(Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 GO)
– Drs. 18/6648 –]

Hierzu liegen als Drs. 18/6806 ein Antrag der CDU-Fraktion sowie als Drs. 18/6865 ein gemeinsamer Antrag von SPD- und GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Reform der Lehrerbildung
– Drs. 18/6806 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Reform der Lehrerausbildung
– Drs. 18/6865 –]

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Freistedt bekommt es.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir am heutigen Tag darüber entscheiden, wie künftig in Hamburg die Lehrerbildung gestaltet wird, dann ist dies sicherlich das Interesse aller hier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Wir wünschen, dass für unsere Kinder und Jugendlichen auch zukünftig nur bestens ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer infrage kommen.

Die Veränderungen in der Hochschulstruktur innerhalb der EU haben durch den Vertrag von Bologna einen bedeutenden Impuls erfahren. Erfolgreiche Absolventen des Lehramtsstudiums werden somit in Zukunft der Schulbehörde zur Verfügung gestellt, um dort in den nächsten drei oder vier Jahrzehnten erfolgreich zu unterrichten.

Es ist der CDU-geführte Senat, der mutig und beherzt den Ausgleich zwischen der Freiheit der Lehre und dem Anspruch auf überprüfbare, intensive und praktische Ausbildung gefordert hat.

Die gute Zusammenarbeit der Schul- und der Wissenschaftsbehörde hat gezeigt, dass die Ausbilderseite, die Universität, ebenso wie die Abnehmerseite, die Bildungsbehörde, notwendige Veränderungen im Konsens anstreben konnten.

Gerade wir in Hamburg wollen seit vielen Jahren die Umstrukturierung unter dem Dach europäischer Vorgaben, denn durch die Neustrukturierung schaffen wir die notwendige Voraussetzung um der immer anspruchsvoller werdenden Wissensgesellschaft, lebenslanges Lernen auf Grundlage des in der Schulzeit erworbenen und dann hoffentlich exzellenten Wissens zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, Studienabschlüsse einzuführen, die eine Vergleichbarkeit über Landes- und Bundesgrenzen hinaus gewährleisten.

Als CDU wollen wir sicherstellen, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer sich bereits im Studium pädagogischen Fragen und Herausforderungen stellen müssen. Die notwendige Praxisorientierung muss deutlich verstärkt werden und die bisher sehr getrennt wirkenden Ausbildungsbereiche von Studium mit einigen wenigen fachpraktischen Übungen einerseits sowie dem Referendariat andererseits müssen verändert werden. Um das zu gewährleisten, bringen wir unseren heutigen Antrag ein.

Vor wenigen Monaten wurde in Hamburg das Zentrum für Lehrerbildung gegründet, um als eine Verbindungs- und Koordinierungsstelle sowohl den wissenschaftlichen als

auch den fachpraktischen Anspruch der Lehrerbildung sicherzustellen. Unseren neuen Studentinnen und Studenten beispielsweise des Wintersemesters 2007/2008 muss jetzt schon deutlich sein, warum die Fachpraxis in den ersten Semestern einen hohen Stellenwert genießt.

Diese Aufgabe fällt der Hochschule zu und ich bin mir sicher, dass sich die Hochschule dieser Aufgabe auch stellen wird. Der neue Bachelor- und Masterstudiengang lässt nach Abschluss des Bachelors nach drei Jahren dem Studenten hinsichtlich des weiteren Studiengangs noch völlige Freiheit. Sollte der Wunsch, Lehrer zu werden, nicht mehr bestehen, oder seitens der Hochschule zu einem anderen Berufsziel geraten werden, braucht der Student nach Erreichen des Bachelors nicht den Master anzustreben, der für den Eintritt in den Schuldienst mit Referendariat notwendig ist. So erhalten wir – und das ist ein Vorteil – unseren Studenten längerfristig die Möglichkeit zur exakten Ausrichtung ihrer Interessen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Ein derart ausgerichtetes Studium ist Garant für bestmögliche Motivation. Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erhält man, wenn man ihnen auf der einen Seite bereits im Studium mehr Freiraum zugesteht, aber auf der anderen Seite auch dem Studium stärkere Strukturen und Konturen gibt, als das bisher der Fall war.

Der angestrebte Freiraum entsteht unter anderem durch die Möglichkeit, Teile des Studiums an europäischen Hochschulen qualifiziert durchzuführen und verbindlich beispielsweise durch Credit Points anerkennen zu lassen.

Stellen Sie sich vor, wie viel motivierter ein Student ist, der von seinen Aufenthalten an der antiken Stätte in Griechenland oder an britischen und französischen Forschungsstätten berichten kann, wenn es ihm mehr als bisher möglich sein wird, einen Teil dieses Studiums dort abzulegen und die Prüfungsergebnisse hier anerkennen zu lassen.

Motivation ist ohnehin einer der zentralen Begriffe der gegenwärtigen Reformen. Durch die neuen Studienabschlüsse werden auch die gar nicht erfreulichen derzeitigen Studienabbrecherzahlen gesenkt. Darüber sind wir uns einig. Wichtiger ist aber, dass die verbindlich festgelegte praxisorientierte Einführung seitens der Universität dem Lehramtsbewerber einen ersten Kontakt zu seinem künftigen Berufsfeld Schule vermittelt. In dieser Zeit wird er sich selber prüfen müssen, ob er ein geeigneter Bewerber für den Schuldienst ist. Die Hochschule wird die fachpraktische Begleitung in ihrem Aufgabenbereich fest verankert sehen. Schließlich wird das Kernpraktikum in der Master-Phase neben dem – dann allerdings verkürzten – Referendariat dafür sorgen, dass der erziehungswissenschaftliche sowie der fachwissenschaftliche Anteil einen hohen Zeitanteil erhalten, ohne das Studium insgesamt zu verlängern. Mit der Betonung dieser Maßnahmen und dieser fachdidaktischen Kompetenz soll ein konkreter und später messbarer Unterrichtserfolg sichergestellt werden.

Als wichtiges Element ist das neu eingerichtete Zentrum für Lehrerbildung anzusehen. Hier werden sowohl die universitäre Lehre als auch die Arbeit der Studentinnen und Studenten in den drei Schulpraxisphasen qualifiziert und fortentwickelt. Präzise Ziel- und Leistungsvereinbarungen gewährleisten, dass der schulische Anteil an der Ausbildung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ wächst. Wir legen in unserem Antrag auch Wert auf die in staatlicher Verantwortung durchgeführten Abschlussprüfungen nach dem Vorbereitungsdienst der Primar- und Sekundarstufenlehre I. Dies ist eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Hochschule und Bildungsbehörde.

Ich gehe gerne noch einmal auf die Tischvorlage ein, die seitens der Opposition eingereicht wurde. Ihr werden wir nicht zustimmen können, denn es überzeugt nicht, mit dem Hinweis nur auf die Enquete-Kommission aus einer gleich langen Studienzeit auch auf eine gleichwertige Ausbildung ohne weitere Differenzierung nach Ausbildungszielen zu schließen. Dies ist zunächst keine beamtenrechtliche Frage, sondern es setzt eine intensive inhaltliche Strukturdebatte innerhalb der Bundesländer und der KMK voraus.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, oft genug haben wir in Bildungsfragen gestritten und wir werden sicherlich auch künftig noch streiten. Ich darf aber als Vorsitzender des Schulausschusses und Mitglied des Wissenschaftsausschusses daran erinnern, dass die inhaltlichen Kernfragen der neuen Lehrerbildung in vielen Bereichen mit großer Übereinstimmung diskutiert und beraten wurden. Aus diesem Grunde hoffe ich – auch im Interesse unserer Kinder und Schüler –, dass die anderen Fraktionen hier im Haus ihre Übereinstimmung mit der Vorlage signalisieren und bei aller Kritik zu einer fairen, überparteipolitischen Reform der Lehrerbildung beitragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lein.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD begrüßt die inhaltliche Ausrichtung der eingeleiteten Reform der Lehrerausbildung. Wir vergessen dabei allerdings nicht – und ich verstehe, dass Herr Freistedt, mein Vorredner, auf die Verdienste seiner Partei in diesen letzten Jahren hinweist –, dass die CDU hier konsequent die aus der sozialdemokratischen rotgrünen Zeit eingeleitete Lehrerbildungsreform fortführt und auch auf ihr baut. Die Weiterentwicklung ist nur konsequent, insofern werden wir im Ergebnis auch große Übereinstimmung haben. Aber ich fände es schon gut, auch aus Ihrem Munde zu hören, dass hier eine Kontinuität entsteht und nicht eine Neuerfindung einer Entwicklung, die in der Tat eine lange Geschichte hat, länger als Ihre Regierungszeit hier.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Durch eine bessere Verzahnung von erziehungs- und fachwissenschaftlichen Elementen sowie von Theorie und Praxis von Studium und Arbeit mit Kindern in der Schule kann die Neigung der Studierenden zur Arbeit mit Kindern und ihre persönliche Eignung für diese Arbeit besser und insbesondere früher festgestellt werden. Ich will all die Akzente, die wir an dieser Stelle schon öfter erörtert haben, nicht wiederholen. Vielem von dem, was Herr Freistedt gesagt hat, können wir zustimmen und es würde eine schlichte Verlängerung der Debatte bedeuten.

Die breite Anlage des Bachelor-Studiengangs können Studierende, die während ihres Studiums beziehungsweise des praktischen Teils der Ausbildung feststellen, dass sie sich doch nicht ganz geeignet für diesen Beruf fühlen, dann mit dem Bachelor abschließen. Allerdings,

Herr Freistedt, das muss auch gesagt werden: Die Bachelor- und Master-Struktur, die eingeleitet worden ist, führt keineswegs zu höherer Mobilität. Wir wissen, dass zurzeit die Einschränkung, was den Studienplatzwechsel angeht, größer ist, als es je zuvor der Fall war. Auch das sollte man wenigstens fairerweise erwähnen. Hoffentlich können die jungen Leute, wenn sie mit dem Bachelor abschließen, dann etwas Sinnvolles am Arbeitsmarkt damit anfangen. Das ist noch keineswegs sicher.

Die CDU möchte mit ihrem heutigen Antrag noch einmal eine öffentliche Duftmarke setzen. Das sei ihr gegönnt. Es steht nichts Neues in diesem Antrag. Vieles von dem, was darin steht, haben wir im Ausschuss erörtert und hier diskutiert, es soll einfach noch einmal festgehalten werden. In Ordnung, wir werden zustimmen.

Spannend wird es allerdings bei der Aufforderung an den Senat in Nummer 6. Da wird er gefragt, welchen

> "… anspruchsvollen, (…) überzeugenden, marktgängigen Abschluss …"

er denn für diejenigen Studierenden wird nennen können, die nicht auf Lehramt studieren. Da erwarten wir jetzt etwas. Es ist noch keineswegs sicher, dass in dem Bereich etwas angeboten werden kann. Wir wissen alle: Die Polyvalenz aus Bachelor und Master ist keineswegs so, wie man es jetzt postuliert und behauptet. Wir wollen also gerne etwas dazu hören und wir passen auf. Hoffentlich kommt bald eine Äußerung Ihres Senats.

Erfolgreiche Absolventen der Hamburger Lehrerstudiengänge können sich also grundsätzlich gleichberechtigt in allen Bundesländern bewerben, selbstverständlich – das versteht sich – mit Ausnahme von Bayern. Da gelten Sonderregelungen. Leider gibt es allerdings eine sehr unterschiedliche Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern der verschiedenen Schulformen oder Laufbahnen bereits in der ersten Phase. Im Ergebnis ist es sogar eine unterschiedlich wertige Ausbildung. Das alte Höhere Lehramt und das einfache Lehramt haben Urständ in Ihrer Vorlage.

Das ist gerade bei der von der CDU für Hamburg beschlossenen Reform der Schulen – also Zwei-Säulen-Modell oder so etwas – nicht sinnvoll. Schließlich sollen nach Regierungsabsicht beide künftigen Hamburger Schulformen zum Abitur führen. Auch die Gymnasien sollen sich künftig um diejenigen Schülerinnen kümmern dürfen oder müssen, die es nicht zum Abitur schaffen, und ihnen die Möglichkeit zur Erlangung eines mittleren oder gar des Hauptschulabschlusses bieten. Wie soll denn die Verteilung der Lehrerinnen und Lehrer auf die beiden Säulen des Hamburger Schulwesens künftig aussehen – nur Gymnasiallehrer an Gymnasien und GHR-Lehrer an den Stadtteilschulen? – Das widerspricht doch auch der von der CDU gewollten neuen Form der gemeinsamen Schule, die in beiden Varianten bis zum Abitur führt. Wenn künftig beide Lehrergruppen in beiden Schulformen vertreten sein sollen, warum gibt es dann eigentlich noch zwei verschieden eingestufte und bezahlte Lehrergruppen? Auch das sollte man fragen. Die Laufbahnen sind eben nicht einfach nur, wie Sie fälschlich dargestellt haben, unterschiedlich lang. Sie haben eine unterschiedliche Wertigkeit, die sich zum Schluss in Gehältern darstellt.

Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen in der Lehrerausbildung muss dazu benutzt werden, die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu verbessern und das Studium in Kompetenzen auszurichten, die die Lehrer von heute gebrauchen. Wir müssen allen Schülern die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die Hierarchie und Abschottung zwischen den Schularten und den Lehrertypen ist dabei kontraproduktiv. Leistungsgerechte Bezahlung von Lehrern darf nicht vom Lehramt beziehungsweise der Schulform bestimmt werden, sondern ausschließlich von der Qualität der Arbeit des Unterrichts und in der Selbstverwaltung von Schule.

Wir erkennen an, dass es in der KMK-Runde außerordentlich schwierig gewesen wäre, eine einheitliche Lehrerinnen- und Lehrerausbildung durchzusetzen. Wir werfen dem Senat aber vor, dass er keineswegs dieses wichtige und sinnvolle Ziel engagiert betrieben hat, sondern haben den Eindruck, dass die Quedlinburger Beschlüsse, die in dem Ausschussbericht auch zitiert wurden, jetzt ein wenig als Alibi dafür herhalten müssen, dass man sagt, es ging eben nicht anders. Das Bedauern nehmen wir Ihnen so nicht ab, wenn es denn wirklich ein Bedauern ist.

In dem vor uns liegenden Bericht aus dem Wissenschafts- und Schulausschuss heißt es zutreffend über die Expertenanhörung seinerzeit:

> "Die Experten …"

– und ich ergänze: sämtliche, ausnahmslos sämtliche Experten

> "… hätten den Umstand der unterschiedlich langen Ausbildungszeiten letztlich dahingehend eingeschätzt, dass er aus pragmatischen Gründen akzeptiert werden könne."

Dieser Einschätzung wollen wir uns eben nicht zähneknirschend und ohne Begeisterung anschließen, deshalb unser Zusatzantrag. Wir bitten Sie, den Mut zu haben, eine Lehrerreform auf den Weg zu bringen, bei der nicht mehr hierarchische Lehrerbildung durchschlägt. Unser Antrag fordert in der zukünftigen Schulentwicklung konsequent gegen Schulformpriorisierung vorzugehen und die Aufforderung der Enquete-Kommission zur Lehrerbildung ernst zu nehmen, die genau dieses als einen wichtigen Beitrag für die Schule der Zukunft dargestellt hatte. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das meiste ist gesagt, aber man muss der Ehrlichkeit halber auch sagen – von wegen mutig und beherzt: Nach 2001 ist erst einmal ein Stillstand gewesen. Wenn Sie die sehr gute Drucksache lesen – da teile ich die Meinung, dass wir wirklich fachlich ausführlich gut beraten haben, das lässt sich alles sehr schön nachlesen –, ist es aber 2004 erst wieder weitergegangen. Insofern hätte man vieles schneller haben können. Wie gesagt, die Ergebnisse basieren auf den Ergebnissen und Empfehlungen der "Hamburger Kommission Lehrerbildung" von 2001.

Ich will eine Sache auch noch ansprechen, die Herr Lein ansprach, die Marktfähigkeit des Bachelor. Da haben wir einfach noch keine Erfahrung. Da muss man sehen, inwieweit man mit dem Bachelor zum Beispiel für den frühkindlichen Bildungsbereich tatsächlich auch etwas anfangen kann. Ansonsten ist der Antrag von Ihnen, von

der CDU, in sehr vielen Punkten schon längst in der Umsetzung.

Ich will einen Punkt ansprechen, der mir noch auf der Seele liegt und auch während unserer Senatsbefragung nicht vernünftig beantwortet werden konnte, wie nämlich die Praxisphasen aussehen. Das ist eigentlich die Gretchenfrage, wie die Praxisanteile auch von der Ausstattung her vernünftig gestaltet werden, wenn die Studenten dann wirklich eine Ausbildungsschule und wirklich mehr Praxisanteile haben. Wie sind die Kollegen vorbereitet, wenn sie Studenten begleiten sollen? Sieht eine Schule das wirklich als Chance, einerseits sich zu öffnen und die Studenten in die Klassenzimmer zu lassen? Diese ganzen Fragen sind für mich noch nicht geklärt. Es geht dabei auch um Betreuung, also um Manpower, die nicht zum Nulltarif angeboten werden kann.

Für mich ist die Reduzierung des Referendariats auf ein Jahr weiterhin fragwürdig. Da gibt es dann auch die verrückte Situation, dass man gerade den Bachelor und Master gemacht hat, kaum in der Schule und im Referendariat ist und dann gleich schon wieder ein zweites Staatsexamen machen muss. Das ist alles noch nicht so ganz ausgegoren. Wir fordern als Grüne auf Dauer, das Referendariat und deren Anteile mit in die Berufseingangsphase zu nehmen, beziehungsweise dann früher schon in die Universitätsausbildung. Wir haben aber bei der Anhörung auch gehört, dass es jetzt noch eine Überforderung wäre. Insofern müssen wir diese Übergangsphase noch gestalten.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass es verrückt ist, eine zweisäulige Lehrerbildung zu machen, obwohl wir doch heterogene Lehrergruppen an den Schulen haben wollen. Letztendlich, ehrlich gesagt, ist es nur eine beamtenrechtliche Laufbahnfrage, denn qualifizieren und spezialisieren, Herr Freistedt, können Sie sich während des Studiums natürlich als Gymnasiallehrer für die Oberstufe. Hier geht es rein um diese laufbahnrechtlichen Fragen. Da wir den Beamtenstatus der Lehrerinnen und Lehrer sowieso abschaffen wollen, ist das überflüssig. Deshalb bitte ich Sie, auch unserem gemeinsamen Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dräger.

(*Ingo Egloff SPD*: Was sagt Roland Berger dazu?)

Senator Jörg Dräger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Reform der Lehrerbildung zeigt, dass wir – und ich meine hier uns alle – unserer Verantwortung für die Chancen zukünftiger Generationen gerecht werden, diese ernst nehmen und dass wir uns, offen für neue Anforderungen, für eine optimale Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer und damit eben auch für eine Verbesserung des Schulunterrichts einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich lässt sich – und das ist mir wichtig, an dieser Stelle noch einmal zu betonen –, was über Jahrzehnte gewachsen und für richtig gehalten wurde, nicht mit wenigen Federstrichen erneuern. Die Reform war deshalb eine der großen bildungs- und auch hochschulpolitischen Herausforderungen der laufenden Legislatur. Denn es war nötig, die Lehrerbildung inhaltlich fit zu machen für die moderne Schulwirklichkeit und sie gleichzeitig in die neue Struktur eines Bachelor-Master-Systems zu integrieren.

Dass dies so gut gelingen konnte und die Experten überwiegend gesagt haben, wir seien auf dem richtigen Weg, war nur möglich durch die konstruktive und auch gemeinsame Anstrengung aller, der beteiligten Hochschulen, des Landesinstituts, der beiden zuständigen Behörden, der Pädagogen aus der Praxis in den Sozietäten durch ihre Arbeit und, nicht zuletzt, eben auch der Politik. Beeindruckend war für mich immer wieder, dass das große gemeinsame Engagement für die Reform der Lehrerbildung die natürliche Meinungsvielfalt überbrückt hat. So haben wir heute ein Ergebnis, das von einem breiten Konsens getragen wird. Und es ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei der CDU)

Die wichtigsten inhaltlichen Ziele – und hier spreche ich auch für Kollegin Dinges-Dierig – haben wir erreicht. Eine Stärkung der Verbindlichkeit der Ausbildungsinhalte, das sind die Kernkurrikula, statt ausufernde und wie in der Vergangenheit teilweise beliebige Kurrikula – da war das Bachelor-Master-System mit seiner Modularisierung sicher eine hervorragende Hilfe. Aber auch die Herstellung der Anschlussfähigkeit der Phasen der Ausbildung ist gelungen. Der Vorbereitungsdienst weiß, welche Grundlage er von den Hochschulen erwarten darf, und schon die Hochschule hat die Anforderungen des künftigen Vorbereitungsdienstes und der Schulpraxis im Auge.

Dazu trägt nicht zuletzt eine erhebliche Verstärkung der Praxisanteile in der Hochschulausbildung bei. Sie gewährleisten eine reflektierte Begegnung mit der Schulwirklichkeit eben aus der Blickrichtung von Lehrerinnen und Lehrern in jeder Phase der Ausbildung – und das dann aber wieder begleitet von Pädagogen der Wissenschaft und Praxis. Die notwendige Umstellung auf das Bachelor-Master-System, auf die neue Struktur, hat sich dann teilweise als ein schwierigerer Prozess herausgestellt als die innerhamburgische inhaltliche Reform. Lange wogten in der KMK die zähen und auch sehr kontroversen Debatten – übrigens über alle parteipolitischen Grenzen hinweg. Doch am Ende hat die KMK eben das geleistet, was ihres Amtes ist. Sie hat einstimmig einen Rahmen für die Ausbildung von Lehrern definiert, der die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse gewährleistet. Da, Herr Lein und Frau Goetsch, kann ich mir nicht verkneifen, zu sagen, dass dieser Rahmen, der auch von den SPD-geführten Ministerien beschlossen wurde, Ihrem Antrag, den Sie einreichen, zuwiderläuft.

Trotz aller anfänglichen Barrieren wurde sogar ein Weg gefunden, der es möglich macht, alle Lehramtsstudiengänge mit einem voll gültigen Masterabschluss abzuschließen. Hamburg war einer der Motoren dieser Einigung. Die Anlehnung an das vorher schon in Hamburg entwickelte Modell, in dem Hochschulstudium und Vorbereitungsdienst miteinander verwoben werden können, hat am Ende für alle 16 Länder eine gemeinsame Lösung möglich gemacht.

Natürlich – auch dieses ist mir ein wichtiger Punkt für die weitere Debatte und die weitere Reform – können wir uns heute nicht selbstzufrieden in diesem wohligen Gefühl zurücklehnen, auf ewig den Stein der Weisen gefunden zu haben. Auch für diese Reform gilt hochschul- und sicher auch bildungsseitig: Das Ende der Reform ist der Beginn der Reform, die Anforderungen an die Schule und

damit auch an die Lehrerausbildung werden sich auch künftig ändern, wahrscheinlich sogar schneller, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Aber dafür sind wir gut gerüstet. Mit der Einrichtung des neuen Zentrums für Lehrerbildung, in dem Hochschulen und Landesinstitut dauerhaft zusammenarbeiten, um ihre gemeinsame Verantwortung für eine gute Lehrerausbildung wahrzunehmen, haben wir etwas Ähnliches wie einen ständigen Reformmotor geschaffen, einen Kreis von Verantwortlichen, die nah an den Problemen und der Schulwirklichkeit Herausforderungen gemeinsam aufgreifen und lösen können. Ähnliches gilt auch für die Sozietäten, wo auch Praxis und Theorie aufeinander treffen.

Die Universität Hamburg – das ist mein letztes Anliegen – hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Umstellung der Lehrerausbildung auf das Bachelor-Master-System bereits zum jetzt beginnenden Wintersemester umzusetzen. Diese Umsetzung ist eine große Leistung. Ich wünsche mir für die Beteiligten im Zentrum für Lehrerbildung, in den Hochschulen und in den Sozietäten, dass dies auch anerkannt wird und nicht stattdessen jedes Übergangsproblem, das bei einer solch großen Änderung unvermeidlich ist, zum Anlass für jene Mischung aus Mäkelei und Häme genommen wird, in der unsere Stadt manchmal stärker ist als in der Anerkennung von Leistung.

Lassen Sie mich abschließend ein Fazit ziehen. Die Reform der Lehrerausbildung war ein aufwendiger aber eben auch notwendiger Prozess, an dem viele – auch die Bürgerschaft – über die intensiven Beratungen, die wir hatten, mitgewirkt haben. Sie alle verdienen unseren Dank. Die Umsetzung erfordert jetzt noch reichlich Anstrengung, wahrscheinlich mehr als die konzeptionelle Arbeit bisher. Die Politik ist gut beraten, wenn sie den Dingen nun Zeit zur Reifung gibt. Aber wir werden alle, davon bin ich überzeugt, auch ein Auge darauf haben, dass die Geduld der Reifung deutlich von der Trägheit des Handelns unterscheidbar bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, zunächst zum CDU-Antrag aus der Drs. 18/6806. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Nun zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drs. 18/6865: Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht aus Drs. 18/6648 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 59 der Tagesordnung, der Drs. 18/6724, Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreier Umbau von U- und S-Bahn-Haltestellen.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Barrierefreier Umbau von U- und S-Bahn-Haltestellen
– Drs. 18/6724 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, bitte.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

> "In Hamburg leben zurzeit circa 250.000 behinderte Menschen. Für viele von ihnen ist es kaum möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Ein weiteres Problem sind die Einschränkungen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Nur circa 30 Prozent aller U- und S-Bahn-Haltestellen sind behindertengerecht ausgestattet. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass ebenso wie in Berlin alle Haltestellen behindertengerecht ausgestattet werden."

– Ende des Zitats.

Soweit die CDU 2001 in ihrem Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2001. Das ist nun sechs Jahre her. In Berlin sind immerhin rund 80 Prozent der S-Bahn-Stationen behindertengerecht erreichbar. In Hamburg sind es gerade einmal halb soviel, nämlich 40 Prozent. In Berlin sind 40 Prozent der U-Bahn-Stationen barrierefrei erreichbar, in Hamburg sind es gerade einmal 30 Prozent. Nur etwas mehr als ein Drittel der insgesamt 146 Haltestellen in Hamburg sind heute barrierefrei. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen von U- und S-Bahn ist also ein weiteres Versprechen an die Schwächeren in unserer Gesellschaft, das der CDU-Senat gebrochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Gehbehinderte, Ältere und Familien mit Kinderwagen müssen sich 2007 immer noch fragen, wie sie an 60 Prozent der S-Bahn-Haltestellen und an 70 Prozent der U-Bahn-Stationen die Züge erreichen sollen. Deswegen hat die CDU dann 2004 im Wahlprogramm auch darauf verzichtet, Aussagen zu diesem Thema zu machen. Wir wollen das jetzt ändern. Bis zur Internationalen Bauausstellung 2013 soll die Zahl der barrierefreien Haltestellen in Hamburg mindestens verdoppelt werden. Anstatt der bisher 57 sollen dann zumindest 120 Stationen auch für Gehbehinderte, Ältere, Familien mit Kinderwagen und Fahrradfahrer nutzbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Nägel mit Köpfen gemacht werden. Unser Ziel ist ein HVV ohne Barrieren.

(Beifall bei der SPD)

Noch im Februar 2003 hatte der HVV eine Prioritätenliste veröffentlicht, mit der kurz- bis mittelfristig der Umbau von 20 Haltestellen geplant war. Heute sind von dieser Prioritätenliste – man höre und staune – gerade einmal zwei Haltestellen tatsächlich hergerichtet worden. Bei fast der Hälfte der 2003 als prioritär umzubauenden Bahnhöfe gibt es heute nicht einmal einen Termin dafür, wann der Beginn der Umrüstung geplant ist. Selbst das kürzlich vorgestellte Programm der S-Bahn bringt leider nur wenig Neues für den barrierefreien Ausbau. Wenn die Umrüstung in diesem Tempo fortschreitet, werden wir noch Jahrzehnte in Hamburg warten müssen, bis alle Haltestellen barrierefrei ausgebaut sind. Ich frage mich, wann Sie endlich aufwachen und etwas tun, um das zu ändern.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lühmann GAL*)

Wir fordern in unserem Antrag deshalb vom Senat, bis Ende des Jahres einen Vorschlag auf den Tisch zu legen, wie bis Ende 2008 zumindest die 18 aus dem Prioritätsprogramm noch offenen Haltestellen endlich umgebaut werden können. Und wir fordern, uns darzulegen, wie bis 2013 – bis zur Internationalen Bauausstellung –, bei der Hamburg wieder weltweit glänzen will, mindestens 120 U- und S-Bahn-Stationen und AKN-Regionalbahn-Stationen in Hamburg umgerüstet sein und barrierefrei erreichbar werden.

Der Senat will 300 Millionen Euro für zwei Stationen der U 4 in den Hafenboden versenken. Gleichzeitig war ihm der behindertengerechte Ausbau von U- und S-Bahn-Stationen 2006 gerade einmal 1,5 Millionen Euro wert. Der Senat will das Klima schützen und den Umstieg vom eigenen Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr fördern. Gleichzeitig schließt er Gehbehinderte, Ältere, Familien mit Kinderwagen und Fahrradfahrer quasi von der Nutzung von fast zwei Dritteln der Haltestellen in Hamburg aus. Das muss sich ändern.

(*Uwe Grund SPD*: Genau!)

Mittel sind vorhanden. Nach eigenen Angaben spart der Senat mit dem neuen Vertrag mit der S-Bahn von 2009 bis 2017 rund 70 Millionen Euro. Wir wollen, dass diese Summe weiterhin für den Bahnverkehr und für das Ziel eines barrierefreien HVV zur Verfügung steht, und wir hoffen, dass Sie uns in diesem Anliegen auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Böttcher.

Niels Böttcher CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, Sie haben uns einen Antrag vorgelegt, dem man auf den ersten Blick eigentlich nur zustimmen kann. Auch wir würden am liebsten alle Haltestellen barrierefrei haben. Aber beim genauen Lesen merkt man, dass Sie Äpfel mit Birnen vergleichen und daher zum falschen Schluss kommen. Sie vergleichen die Hamburger Schnellbahn-Haltestellen mit denen von München und Berlin. Während ein großer Teil der Hamburger Haltestellen aus den Jahren 1907 bis 1936 stammt, wurde die Münchener U-Bahn zum größten Teil erst zur Olympiade 1972 fertiggestellt und dementsprechend nach den gesetzlichen Grundlagen barrierefrei gebaut.

Die erfreulich hohe Zahl der barrierefreien Berliner S-Bahn-Haltestellen ist damit zu begründen, dass nach der Wende ein Großteil der maroden Haltestellen im Osten Berlins mit Fördermitteln des Bundes neu gebaut werden mussten – natürlich dann auch barrierefrei. Zur Berliner U-Bahn machen Sie in Ihrem Antrag keine Aussage. Das haben Sie eben hier nachgeholt. Ein Vergleich hierzu zeigt aber, dass die Ausstattung barrierefreier Haltestellen fast gleich ist, in Berlin sind es 39 Prozent der U-Bahn-Haltestellen und in Hamburg sind es 38 Prozent. Auf dem Hamburger Gebiet sind derzeit von 80 U-Bahn-Haltestellen 30 barrierefrei ausgebaut. Für sieben weitere Haltestellen ist die Barrierefreiheit im Bau beziehungsweise in Vorbereitung – Fertigstellung bis 2011.

Der Anteil erhöht sich damit auf circa 45 Prozent. Im Bereich der S-Bahn sind von 51 Haltestellen 21 barrierefrei und für 13 weitere ist mit dem Bau begonnen beziehungsweise die Planung aufgenommen worden. Die Fertigstellung ist überwiegend bis 2008 geplant. Der Anteil erhöht sich dann auf 67 Prozent.

Seit in Hamburg der CDU-Senat regiert, werden pro Jahr durchschnittlich drei Haltestellen für die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gebaut. Die Senate unter Ihrer Verantwortung schafften durchschnittlich eine Haltestelle pro Jahr. Hätten Sie in dem gleichen Tempo gearbeitet, dann hätten wir die 18, die Sie fordern, schon längst barrierefrei umgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Nun wollen Sie zehn Haltestellen pro Jahr umbauen und schlagen als Finanzierung die eingesparten Regiomittel aus dem neuen Vertrag der S-Bahn GmbH vor. Diese erzielten Einsparungen, sofern sie nicht im Rahmen von Preisklauseln oder zum Ausgleich von tariflichen Maßnahmen im Rahmen des Vertrags gegebenenfalls teilweise kompensiert werden, laufen erst im Jahre 2019 auf und kommen in jedem Fall dem ÖPNV zugute, da diese zweckgebunden sind.

Angesichts bestehender Großprojekte, gegebenenfalls erforderlich werdender Leistungserweiterungen im ÖPNV und künftiger Maßnahmen ist der Spielraum bei den Regiomitteln nicht so groß, dass schon heute die Festlegung umfangreicher Programme für den vorgezogenen Umbau von Haltestellen möglich ist.

Nach Vorgabe des Senats werden im Prioritätenprogramm enthaltene Maßnamen um sechs weitere Haltestellen aufgestockt. Welche Haltestellen betroffen und wie sie innerhalb der Prioritätengruppe eingeordnet sind, wird in Kürze mit den Behindertenverbänden und den Verkehrsunternehmen abgestimmt.

Beim zweiten Hinsehen werden Sie bemerken, dass dieses ein millionenschwerer populistischer Wahlkampfantrag ohne erforderliche Deckung ist. Er muss daher von uns abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon richtig, dass der Antrag, den die SPD-Fraktion vorgelegt hat, sehr ambitionierte Ziele nennt. Ich muss auch zugeben, dass wir wahrscheinlich Schwierigkeiten hätten, das 1 : 1 hinzubekommen. Deswegen hat die GAL-Fraktion beantragt, diesen Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen, denn es kann zwischen unseren drei Fraktionen eigentlich gar keinen Dissens geben,

(*Michael Neumann SPD*: Eben!)

dass wir uns in diesen Bereich sehr viel ambitioniertere Ziele setzen müssten, als das bisher der Fall ist.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Das haben wir auch schon mehrfach diskutiert!)

Deswegen ist es überaus bedauerlich, dass die Mehrheitsfraktion in diesem Hause nicht in der Lage ist, jetzt eine sachliche Befassung mit dem Thema neu zuzulassen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Lühmann (fortfahrend): Mit dem größten Vergnügen.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Lieber Kollege Lühmann, Sie stimmen mir doch sicher zu, dass wir das Thema im Ausschuss mehrfach diskutiert haben, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr behindertenfreundlich ausbauen können?

Jörg Lühmann (fortfahrend): Herr Hesse, ich stimme Ihnen zu, dass wir schon über einige Maßnahmen gesprochen haben. Jetzt hatten wir einen Antrag, mit dem wir noch einmal über die Zielsetzungen und über einen sehr viel forcierteren Zeitplan hätten sprechen können. Es ist überhaupt kein Problem, sich dann über verbindliche neue Ziele zu einigen. Das hätte man in diesem Ausschuss vernünftigerweise machen können. Es muss unser Ziel sein, dass wir Menschen nicht länger von Mobilität ausschließen. Genau das passiert aber, wenn Stationen nicht behindertengerecht ausgebaut sind. Wir verweigern Menschen dann die Möglichkeit, sich in dieser Stadt selbstständig zu bewegen.

Das zweite Problem, Herr Quast hat es auch schon kurz angesprochen: Es ist richtig, dass es nicht nur um Menschen geht, die beispielsweise auf einen Rollstuhl angewiesen sind und die deshalb U- und S-Bahnstationen nicht benutzen können. Es gibt auch eine Vielzahl älterer Menschen, die zum Beispiel auf einen Gehwagen angewiesen sind und denen die Überbrückung des Ebenenunterschieds zwischen dem Straßenniveau und einer höher oder einer tiefer gelegten Haltestelle ein echtes Problem bedeutet.

Es gibt auch die große Gruppe derer, die zum Beispiel mit dem Kinderwagen oder einer Kinderkarre unterwegs sind und für die genau dasselbe Problem besteht. Wenn Sie sich einige U- und S-Bahn-Stationen angucken, werden Sie erleben, dass Mütter mit ihrem Kinderwagen immer wieder größte Probleme haben und auf Hilfe angewiesen sind.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Väter auch!)

– Väter auch, Herr Beuß.

Sie sind in der öffentlichen Wahrnehmung leider immer noch die Minderheit. Aber Sie haben Recht, Herr Beuß, jetzt habe ich diesen Fehler der Wahrnehmung noch einmal wiederholt. Ich gebe das zu.

(*Michael Neumann SPD:* Auch Großeltern, Geschwister, alle überhaupt!)

Trotzdem ist auch das eine Gruppe, für die ein barrierefreier Ausbau zwingend notwendig ist. Die letzte Gruppe, die wir brauchen, sind natürlich die Personen, die den öffentlichen Personennahverkehr mit einem Fahrrad vernünftig nutzen wollen. Auch da haben wir immer wieder große Probleme, weil es an diesen Stationen oft genug nicht einmal Schiebehilfen gibt.

Aus all diesen Gründen und für all diese Gruppen wäre es notwendig, noch einmal im Ausschuss verstärkt über diesen Antrag zu beraten. Es ist beschämend, wenn die Mehrheitsfraktion hier diese Beratungen verweigert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zu guter Letzt möchte ich in aller Kürze darauf hinweisen, dass es selbstverständlich ein System des öffentlichen Personennahverkehrs gibt, das all diese Probleme notwendigerweise gar nicht kennt.

(*Michael Neumann SPD*: Die Straßenbahn!)

Herr Reinert, Sie freuen sich schon so. Sie haben Recht, es ist die moderne Stadtbahn. Ihre Stationen liegen auf Straßenniveau, sie sind mithin barrierefrei zu erreichen, und die modernen Niederflurbahnen lassen ein barrierefreies Ein- und Aussteigen für alle sofort zu. Deswegen ist auch in diesem Punkt die Stadtbahn die bessere und günstigere Alternative für den Ausbau unseres ÖPNV-Netzes. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich möchte nur auf das eingehen, was Herr Böttcher gesagt hat. Herr Böttcher, es merkwürdig, Sie werfen uns vor, wir könnten Hamburg nicht mit Berlin vergleichen, und in Ihrem schönen Regierungsprogramm 2001 schreiben Sie, dass Berlin zu 100 Prozent barrierefrei ist, und fordern, dass dies auch in Hamburg geschieht. Wer hat denn Berlin zuerst mit Hamburg verglichen? Sie doch, meine Damen und Herren. Von daher müssen Sie jetzt auch dazu stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich noch sehr gut an eine wunderschöne Pressekonferenz im September 2001 mit Herrn Schira und Frau Koop erinnern. Herr Hesse, Sie vielleicht nicht. Mit Tränen unterdrückter Stimme haben Sie dargestellt, wie schlimm das alles in Hamburg sei

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das kann die gar nicht!)

– doch, das kann sie manchmal doch –

und wenn die Bürgerinnen und Bürger im September CDU wählen würden, dann würden Sie dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren 100 Haltestellen umgebaut werden.

Das ist der sozialpolitische Skandal, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie sind letztendlich an die Regierung gekommen, aber Sie haben es nicht geschafft, diese Haltestellen barrierefrei auszubauen. Damit grenzen Sie weiterhin die Menschen in dieser Stadt aus. Das ist schändlich.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD:* Große Rede!)

2001 haben Sie das gewollt – Frau Koop, Sie können noch so viel und so vertieft in Ihren Unterlagen blättern –, und nun haben Sie die Möglichkeit, das mit uns im Ausschuss zu diskutieren. Herr Hesse, Sie möchten eine Zwischenfrage stellen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hesse? – Das tun Sie. Herr Hesse, bitte.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Kienscherf, ist Ihnen bekannt, dass der SPD-geführte Senat Anfang der Achtzigerjahre ein Programm aufgelegt hat – ich glaube, es waren 120 Millionen D-Mark –, wonach 80 Stationen behindertenfreundlich umgebaut werden sollten, dass aber anschließend lediglich eine Handvoll realisiert wurde?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Herr Hesse, wir können die Diskussion auch fortführen, was der Ortsverein Langenhorn im Jahre 1970 alles gefordert hat, aber ich weiß nicht, ob uns das unbedingt weiterbringt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Fakt ist letztendlich, dass die Mittel in den letzten Jahren drastisch zusammengestrichen worden sind, und Fakt ist auch, dass wir die Diskussion mit Ihnen gemeinsam im zuständigen Fachausschuss führen wollen. Ich glaube, dass es Ihnen gut anstehen würde – auch vor dem Hintergrund, dass Frau Senatorin Schnieber-Jastram morgen einen Bericht zur Lage der Menschen mit Behinderungen in dieser Stadt abgeben wird –, diese Diskussion im Fachausschuss zu führen. Wir wollen das, bitte verweigern Sie sich dem nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6724 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drs. 18/6724 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 66, Drs. 18/6778, Antrag der GAL-Fraktion: Das Wissen über Hamburgs Bausubstanz verbreiten: Einrichtung einer Denkmaldatenbank.

[Antrag der Fraktion der GAL:
Das Wissen über Hamburgs Bausubstanz verbreiten:
Einrichtung einer Denkmaldatenbank
– Drs. 18/6778 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich gehe davon aus, dass bei Ihnen allen ein massives Interesse am Denkmalschutz existiert. Wir werden ja schließlich alle älter.

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL – *Bernd Reinert CDU:* Es werden aber nicht alle unter Schutz gestellt!)

Wenn Sie nun dieses Interesse haben, in Hamburg diesem Interesse folgen wollen und beispielsweise unser Rathaus auf der Datei der Denkmalschutzbehörde verfolgen, dann finden Sie unter "Rathausmarkt 1":

"Rathaus / Rathaus / 1886 – 1897 Ensemble: Rathausmarkt 1, Rathaus mit Brunnenanlage im Hof"

(*Bernd Reinert CDU:* So weit, so gut! – *Klaus-Peter Hesse CDU:* Wir wissen, was gemeint ist!)

– So weit, so gut.

Das ist die komplette Information, die ein denkmalinteressierter Mensch über das Rathaus finden kann. Andere Bundesländer, andere Städte haben auch Rathäuser. Beispielsweise hat Berlin seit 1861 ein Rotes Rathaus – zu Ihrem Ärger, aber das ist nun einmal so. Das erfährt man dort auch in der Datei. Man klickt zunächst nur an die kurze Information, wie sie auch zu Hamburg gegeben wird. Dann kann man aber weiterklicken und kommt zu einer detaillierten kunsthistorischen Beschreibung dieses Rathauses, seiner Funktion und seiner Umbauten.

Wir möchten, dass so etwas Ähnliches auch in Hamburg passiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Kulturbehörde ist auf gutem Wege, sie hat eine vergleichbare Datei in Bezug auf Kunst im öffentlichen Raum. Aber nicht jedes Denkmal fällt unter "Kunst im öffentlichen Raum".

Ich bin im Zusammenhang mit dem sogenannten Mollerschen Palais auf diesen Punkt gestoßen. Ich wohne in der Nachbarschaft dieses Hauses, aber ich muss zugeben, dass ich überhaupt nicht wusste, dass das Gebäude abgerissen werden sollte. Aber wie der Zufall so spielt, werde ich irgendwann auf der Straße von einem Bürger, Herrn Al Lauder, der nebenan wohnt und der mich offenbar in der Zeitung als Abgeordneter wahrgenommen hat, angesprochen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Ihre Sorgen möchte ich haben!)

Herr Al Lauder schickte mir eine detaillierte Geschichte dieses Hauses mit Zeichnungen und Fotos. Es war viel mehr, als ich aus der Denkmaldatenbank erfahren könnte, und wahrscheinlich sogar mehr, als das Denkmalamt wusste, denn das Denkmalamt hatte zunächst die Auskunft gegeben, dass bis auf 10 Prozent alte Bausubstanz alles nur Nazi-Bau sei. Das ist Quatsch.

Zur Geschichte dieses Gebäudes: Nach der Familie Moller gehörte das Gebäude der jüdischen Familie Wolff. 1937 wurde es arisiert und die Ufa-Filmproduktion zog dort ein. Anschließend hat die SS dort ihr Filmmaterial über Verbrechen aufbewahrt, das 1945 im Garten des Palais verbrannt wurde. Man sieht noch heute die Fläche, auf der die Filme verbrannt wurden, weil da heute nichts mehr wächst. Nach dem Kriege haben die Briten in dem Gebäude Dokumentationen für die demokratische Entwicklung der Republik gesammelt. Anschließend war die Rank Corporation Mieter dieses Gebäudes und schließlich diente das Haus der Universität als Seminarunterkunft. Dieses Gebäude hat nicht nur in Bezug auf die Medien dieser Stadt Geschichte gemacht, sondern war auch in Bezug auf die Vorgeschichte von Bedeutung. Das lässt sich nicht nur an der Außenseite des Gebäudes, sondern auch an der Geschichtshaltigkeit der Substanz festmachen.

Jetzt gehe ich davon aus, dass das Denkmalschutzamt natürlich nicht aus bösem Willen gehandelt hat, sondern vermutlich gar nicht über alles informiert war. Woher soll

solche Kenntnis kommen, wenn nicht durch Bürgerinnen und Bürger, die sich für so etwas interessieren, die, wie in diesem Fall, Lokalhistorie betreiben, weil sie Nachbarn waren?

Wie wird jemand angeregt, so etwas mitzuteilen? Nicht dadurch, dass der Bürgermeister sagt, es soll sich jeder melden, der in Hamburg irgendetwas denkmalgerechtes entdeckt, sondern man guckt in Listen und sieht, dass darin schon einige Informationen stehen, zu denen man noch etwas beitragen kann. Wenn die Stadt etwas unternimmt, Wissen, das in der Denkmalbehörde über die einzelnen Gebäude vorhanden ist, im Internet zugänglich zu machen, produziert das zusätzliches Wissen aus Erinnerungen, Erzählungen und Geschichten der Bürgerinnen und Bürger. Das wird uns alle bereichern.

Darum bitte ich Sie, dass wir diesen Antrag im Kulturausschuss beraten dürfen. Wir würden dann natürlich gern mit einem vernünftigen Antrag aus dem Kulturausschuss zurück ins Parlament kommen, in dem wir das beschließen, was, glaube ich, die Kulturbehörde gar nicht ungern macht. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Rusche.

Dietrich Rusche CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stimmen diesem Überweisungsantrag an den Kulturausschuss sehr gern zu. Der Leiter des Denkmalamtes, Herr Hesse, wird dann Gelegenheit haben, darüber zu berichten, wie weit die Vorbereitungen in seiner Behörde schon gediehen sind, eine solche Datenbank einzurichten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU:* Solche Reden liebe ich!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir diesen Antrag im Kulturausschuss beraten. Vor drei Jahren hatten ähnliche Initiativen von GAL und SPD keinen Erfolg bei der CDU. Ich nehme an, dass es jetzt möglich ist.

Das Thema Denkmalschutz ist wieder auf der Agenda. Es ist in der Öffentlichkeit einerseits zum Thema geworden, weil wir die Bedrohung hatten, dass historische Bausubstanz abgerissen oder umgebaut wird – beispielsweise das Mollersche Palais – und andererseits auch, weil die Kultursenatorin mit einer Zweitinitiative in dieser Legislaturperiode das Thema Denkmalschutz wieder auf ihre Fahne geschrieben hat. Da sieht man, wie schnell der Senat auf öffentliche Stimmung reagieren kann, was nicht immer schlecht ist. In diesem Fall ist es offensichtlich, wenn man den Zusammenhang zwischen öffentlicher Empörung, einem schnell ausgerufenen Villengipfel und dem Versprechen, mehr für Denkmalschutz zu tun, genau betrachtet.

Uns wäre es sehr lieb, wenn dem Denkmalschutz wieder das Gewicht zukäme, das ihm gebührt. Dazu einige Worte, wie es in der Realität mit der Denkmalschutzarbeit aussieht über das hinaus, was eben Herr Dr. Maier sehr freundlich beschrieben hat.

Erstens: Wir haben eine mangelhafte Gesetzgebung. Über die Missachtung des "ipsa-lege"-Prinzips, das landauf, landab gewollt wurde, will ich aber nicht länger reden. Das haben wir hier schon diskutiert.

Zweitens: Es ist positiv, dass wir in den vergangenen Jahren eine Schnellinventarisierung gehabt haben. Deswegen gebührt unser Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Denkmalschutzamtes, dass jetzt über 3.000 Einzeldenkmäler und über 2.000 Ensembles verzeichnet sind.

Drittens: Wie sieht es aber tatsächlich beim Denkmalschutzamt aus, wie ist die personelle Situation, Frau Senatorin? Was haben Sie in der Vergangenheit getan, damit diese Arbeit wirklich stattfinden kann? Wir haben etwas mehr als 20 Stellen. Eine wichtige Stelle ist nicht besetzt und eine zweite wichtige Stelle ist lange freigehalten worden. Wenn Sie in diesem Jahr nichts tun, Frau Senatorin – wir haben den Haushaltsplan 2008 schon beschlossen –, dann wird die Stelle des stellvertretenden Amtsleiters wegen altersbedingten Ausscheidens, wegen eines KW-Vermerks, nicht wieder besetzt. Das ist für die Denkmalschutzarbeit in Hamburg überhaupt nicht gut.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Kommen Sie mal zum Thema!)

– Ich bin genau beim Thema, Herr Beuß. Solche dummen Bemerkungen lassen Sie bitte nach.

Zum Schutze des kulturellen Erbes zum Beispiel, für die Möglichkeiten, die die Bezirke über Erhaltensgebiete und Milieuschutzgebiete haben, braucht man qualifizierte Mitarbeiter und auch dort werden Initiativen wichtig.

Viertens: Das Thema Öffentlichkeit. Was wissen wir über Denkmäler? Die letzte Denkmaltopografie stammt aus dem Jahre 1999. Das heißt, ganze Bezirke wie zum Beispiel Wandsbek, große Teile von Eimsbüttel, Harvestehude und Rotherbaum und Altona haben keine aktuelle Denkmaltopografie. Das ist ziemlich fahrlässig.

Fünftens: Der Einfluss auf öffentliche Baukultur. Sie fordern ein, Frau Senatorin, dass es bei uns einen respektvollen Umgang mit prägenden Bauten und Stadtstrukturen geben soll. Dazu braucht es Wissen. Hier schließt sich der Kreis, weil wir eine breitere und besser informierte Öffentlichkeit brauchen und mehr Wissen über Denkmalschutz, was über diese Denkmaldatenbank natürlich erfüllt werden kann.

Das Anbringen von Denkmalplaketten lässt sich gut fotografieren. Aber gute Denkmalschutzarbeit braucht Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6778 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so.

Damit ist die Sitzung geschlossen. Wir sehen uns morgen.

Schluss: 20.51 Uhr

A C

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Bernd Capeletti, Lydia Fischer, Dr. Natalie Hochheim und Lutz Kretschmann-Johannsen.

B D

Anlage

Zu Punkt 68

(siehe Seite 4588)

Namentliche Abstimmung über die Drucksache

**[Stellungnahme der Bürgerschaft zum Volksentscheid am 14. Oktober 2007: Hände weg von der Verfassung
- Drucksache 18/6826 -]**

Name	Abstimmungsergebnis	Name	Abstimmungsergebnis
Ahrons, Barbara	Ja	Goetsch, Christa	Nein
Bestmann, Tanja	Nein	Goldberg, Thies	Ja
Beuß, Wolfgang	Ja	Grapengeter, Jens	Ja
Bliebenich, Bettina	Ja	Gregersen, Martina	Nein
Blömeke, Christiane	Nein	Grund, Uwe	Nein
Boeddinghaus, Sabine	Nein	Güclü, Nebahat	Nein
Böttcher, Niels	Ja	Hamann, Jörg	Ja
Böttger, Olaf	Ja	Harlinghausen, Rolf	Ja
Böwer, Thomas	Nein	Hecht, Heiko	Ja
Brinkmann, Petra	Nein	Heinemann, Robert	Ja
Brüning, Dr. Barbara	Nein	Heintze, Roland	Ja
Buss, Wilfried	Nein	Hesse, Klaus-Peter	Ja
Claußen, Bruno	Ja	Hilgers, Dr. Andrea	Nein
Cords, Ingrid	Nein	Hoth, Dietrich	Ja
Dietrich, Lars	Ja	Husen, Katja	Nein
Dobritz, Werner	Nein	Jäger, Dr. Manfred	Ja
Dräger, Gesine	Nein	Jensen, Hans Heinrich	Ja
Dressel, Dr. Andreas	Nein	Jürs, Vera Antonia	Ja
Duden, Barbara	Nein	Kerstan, Jens	Nein
Eggers, Karin	Ja	Kienscherf, Dirk	Nein
Egloff, Ingo	Nein	Kleibauer, Thilo	Ja
Ehlers, Inge	Ja	Klooß, Rolf-Dieter	Nein
Engels, Hartmut	Ja	Köncke, Gudrun	Nein
Ernst, Britta	Nein	Koop, Karen	Ja
Fiedler, Luisa	Nein	Kraxner, Stefan	Ja
Finck, Henning	Ja	Krüger, Harald	Ja
Frank, Günter	Nein	Kruse, Rüdiger	Ja
Frankenberg, Egbert von	Ja	Lafrenz, Hans	Ja
Freistedt, Marino	Ja	Langhein, Dr. A. W. Heinrich	Ja
Frommann, Jörn	Ja	Lappe, Dr. Verena	Nein
Fuchs, Michael	Ja	Lein, Gerhard	Nein
Gienow, Hanna	Ja	Lemke, Dittmar	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Lieven, Claudius	Nein
Lühmann, Jörg	Nein
Maaß, Christian	Nein
Machaczek, Bettina	Ja
Maier, Dr. Willfried	Nein
Mandel, Doris	Nein
Martens, Brigitta	Ja
Marx, Wolfgang	Nein
Mattner, Dr. Andreas	Ja
Meyer-Kainer, Marita	Ja
Möller, Antje	Nein
Müller, Farid	Nein
Müller-Kallweit, Wolfgang	Ja
Neumann, Michael	Nein
Niedmers, Ralf	Ja
Ohlsen, Olaf	Ja
Opitz, Dr. Heike	Nein
Özoguz, Aydan	Nein
Petersen, Dr. Mathias	Nein
Ploog, Wolfhard	Ja
Pumm, Erhard	Nein
Quast, Jan	Nein
Reinert, Bernd	Ja
Riecken, Jan Peter	Nein
Röder, Berndt	Ja
Rogalski-Beeck, Karin	Nein
Roock, Hans-Detlef	Ja
Rosenfeldt, Jenspeter	Nein
Rusche, Dietrich	Ja
Sardina, Alexander-Martin	Ja
Sarrazin, Manuel	Nein
Schaal, Dr. Monika	Nein
Schäfer, Dr. Martin	Nein
Schira, Frank-Thorsten	Ja
Schmidt, Jürgen	Nein
Schulz, Rüdiger	Nein
Spethmann, Viviane	Ja
Stapelfeldt, Dr. Dorothee	Nein
Steffen, Dr. Till	Nein
Stehr, Dr. Diethelm	Ja
Strasburger, Stefanie	Ja
Thomas, Elke	Ja
Timmermann, Karin	Nein
Trepoll, André	Ja
Veit, Carola	Nein
Voet van Vormizeele, Kai	Ja
Vogt-Deppe, Silke	Nein
Wankum, Andreas C.	Ja
Warnholz, Karl-Heinz	Ja
Wersich, Ekkehart	Ja
Winter, Herbert	Ja
Zuckerer, Walter	Nein